Mittwoch, 14. März 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 63 - 11.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rückendeckung: Eine deutliche Mehrheit zeichnet sich innerhalb der Berliner SPD für die Spitzenkandidatur Hans Apels bei den Wahlen 1985 ab. Apel erläuterte gestern vor dem Landes- und Fraktionsvorstand die Gründe für seine Bewerbung. (S. 12)

El Salvador: Zur Absicherung der Wahlen am 25. März schicken die USA vier Kriegsschiffe vor die Karibikküste. (S. 6)

Afghanistan: Die Ankündigung der Verlängerung des Wehrdienstes von drei auf vier Jahre hat in der afghanischen Armee zu Desertionen und Meutereien geführt, berichten westliche Diplomaten.

Kruzifixe: Aus allen polnische Schulen sollen die Kruzifixe entfernt werden, beschloß die Regierung in Warschau. Damit solle der nichtkonfessionelle Charakter der staatlichen Schulen hervorgehoben werden.

Terrorismus: Nach den Bombenanschlägen in London und Manchester hat die Polizei acht Libyer festgenommen. Hinter den Attentaten wird die Khadhafi-Regierung vermutet.

Klinikum Aachen: Im Zusammenhang mit der Kostenexplosion sind fünf Klagen der Düsseldorfer Landesregierung gegen den Baubetreuer, Neue Heimat Städtebau, anhängig. (S. 4)

Vorruhestand: CDU/CSU und FDP haben sich bei einem Koalitionsgespräch auf die Herabsetzung der Altersgrenze für den Vorruhestand auf 58 Jahre geeinigt. Der alte Gesetzentwurf soll geändert werden. (S. 12)

Giftgas aus Moskau? Das bei verletzten Iranern nachgewiesene Kampfgas Mycotoxin gebe es im Westen nicht und könne daher nur von Moskau stammen, sagt ein belgischer Wissenschaftler.

Libanon: Die Kämpfe in Beirut gehen trotz eines in Lausanne von der Versöhnungskonferenz ausgehandelten sofortigen Waffenstillstands weiter. Die Einigung wurde ohne eine formelle Unterzeichnung beschlossen, da sich Gemayel weigerte, für eine der Bürgerkriegsparteien zu zeichnen.(S. 7)

Mediziner: Das Bundesbildungsministerium hat Forderungen von Ärzteverbänden nach Verringerung der Medizin-Studienplätze abgelehnt. In der Bundesrepublik gebe es keinen Überschuß an engagierten, motivierten und gut ausgebildeten Ärzten. (S. 6)

Heute: Strauß unterrichtet Kanzleramt über Gespräch mit Honecker. – Von Brauchitsch erneut vor Flick-Ausschuß. – Außerordentliche Mitgliederversammlung des Bauernverbandes in Bonn berät Einkommenslage.

ZITAT DES TAGES



❞ Kaum ein Richter überblickt noch das gesamte Steuerrecht ❞

Der Präsident des Bundesfinanzhofs, Franz Klein, bei der Vorlage des Jahresberichts 1983 FOTO: DIE WELT

WIRTSCHAFT

Maschinenbau: Nach dreijähriger Talfahrt rechnet die Branche 1984 mit einem realen Produktionswachstum von etwa drei Prozent. (S. 13)

US-Unternehmen: Der Ölkonzern Exxon führt mit 94,6 Milliarden Dollar Umsatz 1983 vor dem Autokonzern General Motors (74,6 Milliarden Dollar) die Liste der 25 größten Konzerne (ohne Finanzinstitute)an. (S. 16)

Hochtief: Die Bauleistung stieg 1983 leicht auf 4,65 Milliarden DM. Es wurde eine „gute Dividende" in Aussicht gestellt. (S. 15)

Großbritannien: Bis gestern hatten sich 100 000 der 180 000 Bergarbeiter dem Streik gegen Zechenschließungen angeschlossen. Zum Wochenende wird mit einer totalen Arbeitsniederlegung in den Gruben gerechnet.

Börse: Am deutschen Aktienmarkt kam es auf Grund der festeren Tendenz an der Wall Street zu einer spürbaren Stimmungsbesserung. WELT-Aktienindex 147,8 (146,2). Auch am Rentenmarkt setzte sich eine freundlicher Tendenz durch. Dollar-Mittelkurs 2,5904 (2,6082) Mark. Goldpreis je Feinunze 397,25 (395,75) Dollar.

KULTUR

Uwe Johnson gestorben: Der 1959 aus der „DDR" in den Westen übergesiedelte Schriftsteller wurde 49 Jahre alt. Als Todesursache wird Herzversagen vermutet. Johnson, vielfach als „Autor der deutschen Teilung" bezeichnet, lebte seit 1974 in Sheerness-on-Sea, England. (S. 23)

Westside Story: 27 Jahre der Premiere am Broadway darf Leonard Bersteins Welterfolgs-Musical jetzt erstmals auch in der „DDR" aufgeführt werden. Das Stück startet morgen im Opernhaus in Leipzig. Die Aufführungsrechte waren in der Bunderepublik gekauft worden. (S. 4)

SPORT

Fußball: Einen Kontersieg erzielte Bayern München mit einem 9:0 (5:0) gegen Kickers Offenbach in einem Nachholspiel der Bundesliga. – Mit einem Tor in der letzten Minute warf Bremen den VfB Stuttgart aus dem DFB-Pokal.

Boykott: Knapp fünf Monate vor den Olympischen Spielen in Los Angeles boykottieren UdSSR und „DDR" den Gymnastik-America-Cup in New York. Begründung: „Häufung antisowjetischer Kampagnen" in den USA.

AUS ALLER WELT

Bocksbeutel: Der Schutz der bauchigen fränkischen Weinflasche ist mit den EG-Verträgen nicht vereinbar und daher unzulässig, befand der Europäische Gerichtshof. (S. 24)

Italien: Nach dem populären Showmaster Enzo Tortora wurde jetzt ein weiterer Prominenter des Showbusiness verhaftet: Der Liedermacher Franco Califano steht im Verdacht, im Auftrag der Camorra mit Rauschgift gehandelt zu haben. (S. 24)

Wetter: Meist heiter, durchweg niederschlagsfrei. 4 bis 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl über „DDR": Ein zutiefst unmenschliches Regime

Der Kanzler ist aber für Gespräche und pragmatische Lösungen

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Häufung von Politikerbesuchen aus der Bundesrepublik Deutschland bei der Leipziger Messe und bei SED-Generalsekretär Erich Honecker wird von der Bundesregierung zwar nicht öffentlich kommentiert, aber doch mit einem gewissen Stirnrunzeln verfolgt. Nicht ohne Grund, so haben politische Beobachter registriert, hat Bundeskanzler Helmut Kohl gerade in den letzten Tagen den unmenschlichen Charakter des SED-Regimes, Mauer und Schießbefehl in Erinnerung gerufen. Vor dem in Bonn tagenden CDU-Bundesvorstand hat Kohl auf eine Karikatur hingewiesen: Sie zeigte links eine Schlange von Ausreisenden aus der „DDR" und rechts einen Politikerstrom, der zur Messe ansteht.

Kohl betonte vor dem Vorstand seiner Partei, er sei sehr für Gespräche und pragmatische Lösungen mit der „DDR". „Aber die Tatsache bleibt, daß es ein zutiefst unmenschliches Regime ist und bleibt." Die Gesprächsbereitschaft Bonns gegenüber Ost-Berlin, wie er sie gegenüber Honecker bei dem Zusammentreffen in Moskau unterstrichen habe, könne die „prinzipiellen Unterschiede zu Kommunisten" nicht aufheben, sagte der Kanzler. Keinesfalls dürften sie verwischt werden. Hier gelte unverändert seine Aussage in der Regierungserklärung.

Kohl hat vor dem CDU-Bundesvorstand keine Politiker, die er gemeint haben könnte, namentlich genannt. Auf Anfragen im Kanzleramt hieß es, der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß habe – anders als bei seiner Reise nach Syrien – den Kanzler über sein Treffen mit Honecker vorab unterrichtet. Auch hinterher habe er in einem Telefongespräch mit dem für die Deutschlandpolitik im Kanzleramt zuständigen Staatsminister Jenninger einen ersten Bericht gegeben. Für heute ist in Bonn eine Begegnung zwischen Strauß und Jenninger vorgesehen. Kohl ist, wie versichert wurde, mit Terminen belegt: Beratungen über die EG-Problematik und Kabinettssitzung. Es ist aufgefallen, daß Kohl den saarländischen Ministerpräsidenten Werner Zeyer (CDU), und nicht Strauß, damit beauftragt hatte, Honecker „persönliche Grüße" zu übermitteln. Zeyer hatte zugleich die Bereitschaft zur „Vertiefung der friedlichen Beziehungen" bekundet, damit die Menschen „zueinander kommen können". Andererseits hat dem Kanzler daran gelegen, auch eine Begegnung zwischen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) und dem SED-Generalsekretär zu ermöglichen. Lambsdorff wurde von Kohl zu seinem persönlichen Beauftragten ernannt. Der Verdacht drängt sich auf, daß damit zu dem publizitätsträchtigen Auftritt von Strauß in Leipzig und bei Honecker eine Art „Gegengewicht" geschaffen werden sollte. Insgesamt, so wird in Bonn geschätzt, reisen in diesen Tagen rund 100 Politiker verschiedenster Rangordnung und Parteizugehörigkeit in die „DDR". Entschieden hat Kohl offizielle Beziehungen des Deutschen Bundestages zur „DDR"-Volkskammer abgelehnt, wie sie die SPD vorgeschlagen und mit einem Besuch bei Volkskammerpräsident Sindermann auch auf ihrer Ebene praktiziert hat.

Ungeachtet der Zurückhaltung gegenüber den vielen Reisenden in die „DDR" bewertet Kohl die Vielfalt der Gespräche auch als Beleg dafür, daß Ost-Berlin nicht an einer „innerdeutschen Eiszeit" gelegen ist. Widerlegt seien alle düsteren Prognosen der SPD, sagte Kohl. Ihm sei daran gelegen, soweit es gehe, „praktische Alltagsdinge" zu regeln.

Großauftrag aus Ost-Berlin

Wissmann nennt Abkommen ein „deutliches politisches Zeichen" der „DDR"

AP/dpa/rtr, Leipzig/Osnabrück

Die „DDR" wird nach Angaben von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in Kürze ein 300-Millionen-Mark-Abkommen mit der Peine-Salzgitter GmbH und der Hoesch-AG, Dortmund, unterzeichnen.

Das Abkommen, bei dem es darum gehen soll, daß im Lohnverfahren Stahl für die „DDR" in der Bundesrepublik Deutschland gewalzt wird, da die „DDR" für dieses Breitband-Blech nicht über die entsprechenden Kapazitäten verfügt, soll eine Laufzeit von fünf Jahren haben, sagte der Wirtschaftsminister. Er bestätigte zugleich, daß sein Gesprächspartner, der SED-Wirtschaftsexperte Günter Mittag, Anfang April nach seinem Besuch auf der Hannover-Messe in Bonn auch von Bundeskanzler Helmut Kohl empfangen werden wird.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann, nannte den Großauftrag der „DDR" ein „deutliches politisches Zeichen", das „gestiegenes Interesse Ost-Berlins an vernünftigen Beziehungen mit Bonn" erkennen lasse. Wie Wissmann in einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" betonte, sei es besonders zu begrüßen, daß die Klammerfunktion der Handelsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten nun weiter verstärkt werde. Auch die wirtschaftliche Bedeutung solcher Abschlüsse dürfe angesichts der schwierigen Lage der Stahlindustrie nicht unterschätzt werden.

SEITE 4:
Leipzig: Loblied auf Amerika
SEITE 13:
VW-Auftrag bald perfekt

Wissmann wies darauf hin, daß sich die positive Entwicklung im innerdeutschen Handel, dessen Volumen bereits 1983 um acht Prozent zugenommen habe, weiter fortsetze. Er nannte dies einen Beweis dafür, daß es der Union trotz sehr unterschiedlicher Überzeugungen in Grundsatzfragen gelungen sei, ein pragmatisches Verhältnis zur „DDR" aufzubauen, das weitere Vereinbarungen erhoffen lasse.

Am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse hat Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff angekündigt, daß voraussichtlich noch in diesem Jahr ein Umweltschutz-Abkommen zur Werra-Entsalzung unterzeichnet werden wird. In den seit langem laufenden Verhandlungen seien „erhebliche Fortschritte gemacht worden". Dagegen seien die Verhandlungen zur Bekämpfung der Verschmutzung der Elbe allerdings noch nicht in einem so konkreten Stadium, daß hier bald mit einem Abschluß gerechnet werden könne, sagte Lambsdorff weiter.

US-Firmen steigern Investitionen

Washington nennt bessere Abschreibung und Abbau von Vorschriften als Grund

H.-A. SIEBERT, Washington

Die amerikanischen Unternehmen werden in diesem Jahr, von landwirtschaftlichen Betrieben abgesehen, erheblich mehr investieren als 1983. Nach einer neuen Umfrage des Handelsministeriums in Washington werden die Kapitalaufwendungen 1984 nominal um 13,6 Prozent auf 343,6 Milliarden Dollar steigen, verglichen mit einem Rückgang um 4,4 und 1,6 Prozent 1983 und 1982. Im Dezember hatten die Firmen zunächst ein Plus von 9,9 Prozent gemeldet.

Handelsminister Baldrige erklärte, die betrieblichen Investitionen würden Ende dieses Jahres preisbereinigt um 18 Prozent über dem Tiefpunkt der letzten Rezession liegen, der im November 1982 erreicht worden war. Als Motoren nannte der Minister den kräftigen Konjunkturaufschwung, der vor 15 Monaten begann, die steuerlichen Anreize in Form verbesserter Abschreibungen und Vorabzüge sowie den Abbau staatlicher regulativer Eingriffe.

Die Wende ist sehr deutlich im Sommer 1983 eingetreten – nachdem die Wertschöpfung in den USA in den beiden vorausgegangenen Quartalen real um 2,6 und 9,7 Prozent gewachsen war. Zu Preisen von 1972 erhöhten sich die Aufwendungen im zweiten und dritten Quartal um 3,5 und 3,9 Prozent, wobei das Schwergewicht auf kleineren Kapitalgütern wie Datenverarbeitung und Fahrzeugen lag.

Real nehmen die betrieblichen Investitionen 1984 um zwölf Prozent zu. Dabei wird vorausgesetzt, daß sich Kapitalgüter um 1,4 Prozent verteuern. Im zweiten Halbjahr neigt sich die Kurve (5,1 Prozent) wieder leicht nach unten. Baldrige führt das auf den abnehmenden Cash-flow und die Bremswirkungen zurück, die von den hohen Kreditkosten ausgehen: „Ausgabenkürzungen im US-Haushalt sind nötig, um das Investitionstempo aufrechtzuerhalten."

Wie schon bisher führt die verarbeitende Industrie die eindrucksvolle Ausgabenliste an: Nominal plus 16,3 Prozent, wobei 21,2 Prozent auf Gebrauchs- und zwölf Prozent auf Konsumgüter entfallen. Im Automobilbau steigen die Investitionen um 34, bei elektrischen Geräten um 23,7, in der Luftfahrt um 20,4 und im Maschinenbau um 19,3 Prozent. In den Bereichen Textilien und Papier erhöhen sich die Aufwendungen um 28,4 und 15,4 Prozent.

Gesamtmetall: Gewerkschaft will Machtkampf

dpa, Frankfurt

Als „Ultimatum" und Ausdruck des Willens zum Machtkampf hat der Arbeitgeberverband Gesamtmetall am Dienstag die indirekte Drohung des IG-Metall-Vorstandes bezeichnet, die Verhandlungen abzubrechen, wenn die Arbeitgeber bis Ende März keine Bereitschaft zeigen, auf die Gewerkschaftsforderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche einzugehen. Im Südwesten wurden indessen die Warnstreiks in mehreren Betrieben der Metallindustrie fortgesetzt.

Vorstand und Beirat der IG Metall hatten in Frankfurt weitere Verhandlungstermine als sinnlos bezeichnet, „wenn in den bis zum 29. März bereits fest vereinbarten Verhandlungen weiterhin keine Bereitschaft der Arbeitgeber zweifelsfrei erkennbar wird", auf die Forderung der IG Metall nach Einführung der 35-Stunden-Woche einzugehen. Gesamtmetall-Geschäftsführer Dieter Kirchner sagte: „Es ist bezeichnend für die gegenwärtige tarifpolitische Denkweise der IG-Metall-Führung, daß sie bis heute 56 Verhandlungen in den Regionen führen läßt, um nun zu erklären, weitere Verhandlungen seien sinnlos."

Diepgen will Staaken länger offenhalten

dpa/F. D., Berlin

Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) hat in seinem Gespräch mit SED-Politbüromitglied Günter Mittag in Leipzig den Wunsch des Senats erläutert, den Transit-Übergang Staaken über den vereinbarten Termin 1985 hinaus offenzuhalten. Dies sei erforderlich, weil die innerstädtische Anbindung des neuen Übergangs in Heiligensee nicht rechtzeitig fertiggestellt werden könne.

Mittag und er hätten darin übereingestimmt, daß Vorbereitung und Ablauf der 750-Jahr-Feier Berlins 1987 zwischen beiden Seiten koordiniert werden sollten. Entsprechende Gespräche hatte bereits Richard von Weizsäcker mit „DDR"-Staatschef Honecker vereinbart. Diepgen erläuterte das Interesse des Senats an einer Verbesserung der Lieferchancen der Berliner Wirtschaft im innerdeutschen Handel: Berlin leide unter „erheblichem Ungleichgewicht". Rund ein Drittel der „DDR"-Lieferungen kämen nach Berlin, von dort würden jedoch nur fünf bis sieben Prozent aller Produkte in die „DDR" geliefert.

Lehrer fordern mehr Mittel für Reisekosten

dpa, Düsseldorf

Die Lehrer des Landes Nordrhein-Westfalen erwägen nach Angaben des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) den Boykott von Klassenfahrten. Der Grund: Im Haushalt des Landes für 1984 seien „wiederum völlig unzureichende Reisekostenmittel" für sie ausgewiesen. Der VBE-Landesvorsitzende Franke bedauerte gestern in Düsseldorf, daß sich „trotz ständiger jahrelanger Mahnung der Personalräte die von der Kultusbürokratie geübte Praxis – nämlich die dienstlich verordnete Reisebegleitung – zum überwiegenden Teil von den Lehrern selbst finanzieren zu lassen, nicht im geringsten geändert hat".

Die zur Abdeckung der Reisekosten für Lehrer notwendigen Gelder seien von Jahr zu Jahr verringert worden und deckten inzwischen „nicht einmal mehr einen Bruchteil der Kosten". Die rechtliche Absicherung der Fahrtleiter sei darüber hinaus „stark eingeschränkt". Im übrigen wachse die Zahl der Schüler, die – auch aus finanziellen Gründen – nicht mehr an einer Klassenfahrt teilnähmen.

DER KOMMENTAR

Nüchterne Perspektive

HEINZ BARTH

Bevor das Leipziger Defilee der Bundespolitiker von beiden Seiten des Mains in ein prozessionales Andante Majestuoso ausartet, hat der Bundeskanzler mit dem ihm eigenen Instinkt für kritische Situationen die Kelle mit dem Stoppzeichen gehoben. Es ist gewiß hoch erfreulich, daß es gegenwärtig in den deutsch-deutschen Beziehungen etwas weniger ruppig zugeht. Doch von „geregelten Zuständen" zu sprechen, denen man sich nach Meinung von Franz Josef Strauß angeblich nähert, emotionalisiert eine Entwicklung, die gerade jetzt eine nüchterne Perspektive nötiger hätte als je zuvor.

Natürlich ist überhaupt nichts „geregelt", solange – trotz partieller Ausreise-Erleichterungen für unbequeme „DDR"-Bürger – die Grenze durch Deutschland die abartigste Grenze der Welt bleibt. Was ist eigentlich so erstaunlich an den Bemühungen Erich Honeckers, der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik ein Vertrauen einzuflößen, auf das der Staat des Schießbefehls und der Todesautomaten bisher wenig Wert zu legen schien? Neu ist es nicht, daß die „DDR" mit 21 Mrd. DM auf dem Euro-Markt hoch – und großen Teils kurzfristig – verschuldet ist. Aber es sind nicht allein materielle Zwänge, die ein Vorfrühlingslächeln auf die Züge des Staatsratsvorsitzenden zaubern.

Wichtiger ist für ihn, die überfälligen Konsequenzen aus der Niederlage zu ziehen, die der Osten während der herbstlichen Nachrüstungskampagne auf den Straßen der Bundesrepublik erlitt. Es war ein Debakel, das so bald nicht wiedergutzumachen ist, wie Willy Brandt scharfsinnig erkannte. Da bleibt für Moskau und seinen Ostberliner Statthalter nur die Alternative, sich mit der bürgerlichen Mitte zu arrangieren, an der in der Bundesrepublik bis auf weiteres nicht vorbeizukommen sein wird. Der Osten kann hier nur etwas in seinem Sinn bewegen, wenn er das Mißtrauen der Mehrheit überwindet und realistische Schlüsse aus der Wende von 1982 zieht.

Wachsamkeit ist also geboten. Helmut Kohl hat die Gefahr erkannt, die in der Euphorie verborgen ist, mit der die westliche Gutgläubigkeit bislang noch immer auf jedes freundliche Handzeichen der kommunistischen Machthaber reagierte. Wie bescheiden sind wir eigentlich geworden?

In einem Augenblick, in dem der Kreml in einer Führungskrise steckt, gibt es weniger als je Anlaß, in gesamtdeutschen Blütenträumen zu schwelgen. Muß man wirklich daran erinnern, daß es eine bayerische Staatsregierung war, die durch ihre Verfassungsklage in Karlsruhe die Pflicht Bonns festnagelte, das Recht auf Wiedervereinigung nach innen und außen „beharrlich" wach zu halten?

Einigung über Abbau des Grenzausgleichs in Stufen

Agrarminister erzielen Teildurchbruch zur EG-Reform

U. L./DW. Brüssel/Straßburg

Nach der überraschenden Einigung der EG-Agrarminister über Kernpunkte der angestrebten Agrarreform konzentrierten sich gestern die Bemühungen in Brüssel darauf, auch in anderen Streitpunkten Kompromisse zu finden. Der EG-Außenministerrat machte allerdings in seinen Beratungen, die bis zum späten Montagabend andauerten, kaum Fortschritte.

Die Agrarminister der Europäischen Gemeinschaft beschlossen gestern einen Dreistufen-Plan zum Abbau des umstrittenen deutschen Grenzausgleichs, der bisher deutsche Agrarexporte in andere EG-Länder um zehn Prozent verbilligte. Nach der Einigung über die Eindämmung der Milchüberschüsse in der Nacht zum Dienstag haben die Agrarminister damit eine zweite Hürde auf dem Weg zur Agrarreform genommen. Der französische Ratsvorsitzende nannte dieses Verhandlungsergebnis „einen Sieg für Europa".

Nach der neuen Regelung soll der Grenzausgleich in drei Stufen abgebaut werden, die den Bauern in Ländern mit schwachen Währungen Einkommensverbesserungen möglich machen. Die Einkommen der deutschen Bauern werden davon in der ersten Stufe nicht betroffen. Am 1. Januar 1985 werden die deutschen Agrarpreise allerdings in der zweiten Stufe um fünf Prozent gesenkt, und der Grenzausgleich damit auf unter zwei Prozent gedrückt. Die Einkommensverluste für die deutschen Landwirte, die mit zwei Milliarden Mark beziffert werden, sollen zum großen Teil aus dem Bonner Haushalt beglichen werden. Bonn erwartet aber, daß die EG einen Teil dieser finanziellen Belastungen mittragen wird. In der dritten Stufe soll der restliche Grenzausgleich unter Berücksichtigung der Bauern im Rahmen der Agrarverhandlungen abgebaut werden.

Das neue System sieht außerdem vor, daß die „grüne Währung" für die Agrarpolitik sich künftig an der stärksten EG-Währung orientiert. Das ist gegenwärtig die D-Mark. Damit will die EG den Schwierigkeiten mit dem Grenzausgleich, der bei jeder Aufwertung der D-Mark deutsche Exporte mehr verbilligt und damit nach Ansicht der Franzosen den Wettbewerb verzerrt, endgültig zu den Akten legen.

Ohne erkennbares Ergebnis blieb ein mehrstündiges Geheimgespräch der Außenminister auf Schloß Val Duchesse bei Brüssel, bei dem es vor allem um die EG-Finanzen ging. London besteht nach wie vor auf einer langfristigen Regelung seines Beitragsproblems. Die Franzosen sind nur bereit, den Briten für einige Jahre Rabattzahlungen zuzugestehen.

Das Europäische Parlament zeigte sich unterdessen gegenüber den britischen Wünschen kompromißbereiter. Es formulierte am Montagabend die Bedingungen, unter denen London seinen 1,7-Milliarden-Mark-Rabatt 1983 doch noch erhalten soll. Danach wird die EG Projekte „im europäischen Interesse" bis zu 60 Prozent bezuschussen. Gedacht ist ein Vorhaben im Energie-, Verkehrs- und Sozialbereich.

Seite 13: Kompromiß in Brüssel

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kommen wir zur Sache

Von Enno v. Loewenstern

Ach ja, richtig, die SPD gibt es ja auch noch auf dem Gebiet der Ostpolitik. Fast hätte man's im Trubel von Leipzig-Einundleipzig vergessen. Was eigentlich ungerecht ist, denn die SPD hat ja doch die westöstliche Herzlichkeit erst erfunden. Und nun bleibt ihr justament auf dem deutsch-deutschen Gebiet nichts als eine einsame Aktie, die einer der ihren seinem Gastgeber Honecker überreichen konnte – fürwahr, die Aktien stehen nicht gut. (Noch dazu war die Aktie auf das Stichwort Konsum bezogen!). Da kam es der Partei gelegen, daß der neue Vorsitzende in Moskau ihren derzeitigen Spitzenvertreter zu empfangen bereit war.

Herausgekommen ist dabei freilich nichts außer den sprichwörtlichen Spesen. Tschernenko hat wiederholt, daß der Westen seine nachgerüsteten Mittelstreckenwaffen wieder abbauen müsse, wenn er mit Moskau über den Abbau von Mittelstreckenwaffen reden wolle. Über dies Thema gibt es derzeit Kontakte zwischen Amerikanern und Sowjets; Einzelheiten dazu erfuhr man nicht. Der Besucher diente als bereitwilliges Medium für die altvertrauten Warnungen, daß Schatten über uns lasteten. Nach dem ombra mai fu kam dann der Generalbaß zu seinem Recht: man müsse die erreichten Beziehungen ausbauen. Was damit gemeint ist, weiß jeder Handeltreibende. Aber das alles war schon vorher bekannt.

Tschernenkos abruptes „Kommen wir zur Sache", die Kürze und Inhaltslosigkeit des Kontakts, der eigentlich nur von seinen Fernsehhkameras lebte, das alles unterstreicht die derzeit etwas abgelegene Situation der Partei, die noch vor kurzem alle anderen als nicht regierungsfähig beschrieb. Die Begegnung unterschied sich von Vogels jüngster Wanderung durch die Vorzimmer von Washington nur dadurch, daß dort der zweite Mann ihn empfing und hier der erste – und daß dort kein solcher Kameraauftrieb stattfand. Opposition ist ein hartes Brot. Opposition, mit deren Einfluß oder gar Rückkehr zur Macht das Ausland für absehbare Zeit nicht rechnet, das ist Steine statt Brot.

Ein zahmes Parlament

Von Günter Friedländer

Gerüchte, daß Pinochet den Chilenen anläßlich des dritten Jahrestages der Annahme seiner gegenwärtigen Verfassung durch einen Volksentscheid ein Parlament bescheren will, scheinen durch die Ankündigung einer geplanten Verfassungsreform bestätigt zu werden. Sie soll, so heißt es, dem General das Recht geben, die Abgeordneten des chilenischen Parlaments zu ernennen.

Es gibt weitere Anzeichen: Ein enger Mitarbeiter des Generals bezeichnet den neuen Volksentscheid, durch den die Reform genehmigt werden muß, als „Hilfe auf dem Weg des Übergangsprozesses", und im Kongreßgebäude, in dem bis zum 12. September 1973 das Parlament – 120 Abgeordnete und 32 Senatoren – tagte, werden Umbauarbeiten vorgenommen.

Man hört bereits seit einigen Wochen verschiedene Vorschläge, wie dieses Parlament aussehen soll. Die Zeitung „Ultimas Noticias" will von 30 Abgeordneten für die Christdemokraten, 10 Sozialdemokraten, 10 Sozialisten und 20 Nationalparteilern wissen, während die übrigen 50 unter regierungstreuen Gruppen aufgeteilt werden sollen, die mit den Nationalen der Regierung eine Mehrheit geben würden. Einige Quellen meinen, Pinochet könne diesem Parlament einen demokratischeren Anstrich geben, wenn er seine Ernennungen durch einen weiteren Volksentscheid bestätigen lassen würde.

Die Opposition will von alledem nichts wissen. Der Christdemokrat Gabriel Valdes sagt, seine Partei werde nur ein vom Volk gewähltes Parlament annehmen. Die Kommunisten und allendistischen Sozialisten fordern die Übergabe des Landes „an Allendes legitime Erben", was die Mehrheit der Chilenen verhindern will. Die Opposition will am 27. März wieder zu einem Streiktag zurückkehren, eine Taktik, die bisher Menschenleben kostete, ohne einen Fortschritt auf dem Weg der Rückkehr zur Demokratie zu bringen. Chiles politische Parteien stehen vor der Frage, ob die Institutionalisierung des Gesprächs mit der Regierung im Kongreßgebäude nicht wenigstens als ein erster Schritt einem Chaos auf den Straßen vorzuziehen ist.

Den Kicker kicken

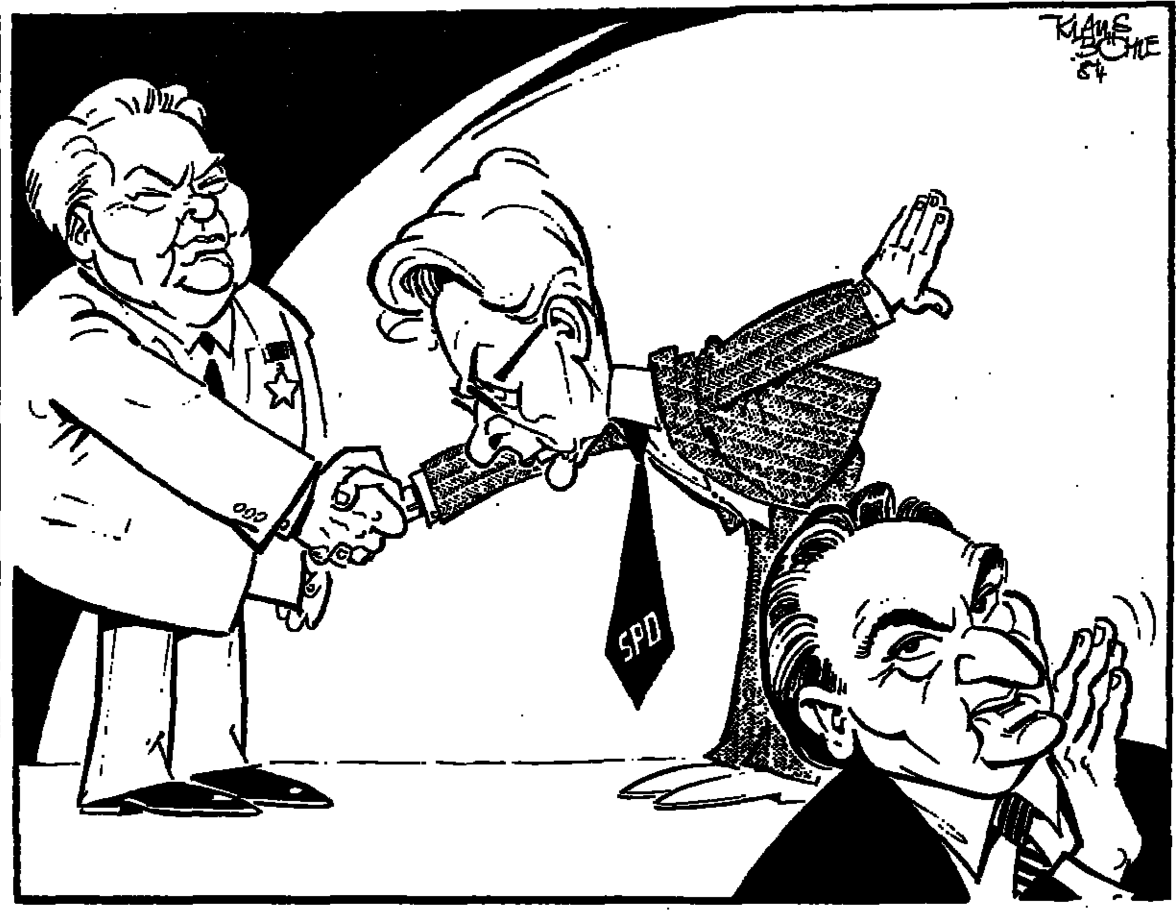
Von Eugen Wolmarshof

Sie können einem irgendwie leid tun, die Günter Grass, Günter Gaus und alle die anderen Günter, Künder und Kinder des Fortschritts, mit ihrem Bemühen, einen „linken Nationalismus" aus den Trümmern der sogenannten Friedensbewegung hervorzubeten. Die Jugend macht Urlaub in Spanien, bezieht Musik und Kleidung aus den USA und bevorzugt die Dritte Welt als Diskussionsstoff; wehe insbesondere dem, der die Gastarbeiterströme in Zweifel zöge. Nein, wir sind sehr weltweit, oder um es auf neudeutsch zu sagen, cool.

Es sei denn, ein großer Deutscher verließe das Vaterland. Aber wer ist ein großer Deutscher? Fragt man nach Vorbildern, erhält man zögernd die Standardantworten „Einstein" oder „Schweitzer". Aber ein Rudolf Mössbauer hatte selbst nach dem Nobelpreis einige Mühe, mit der Emigrationsdrohung einen ordentlich ausgestatteten Arbeitsplatz zu erzwingen. Wo deutsche Dichter oder Philosophen leben, an hiesigen Wirkungsstätten oder im Tessin, läßt die Gemüter nicht minder cool. Vorbilder sind eigentlich auch suspekt.

Bis dann plötzlich die Schreckensnachricht dazwischenschlägt: Der Kalle geht. Und Zeitungen, die eben noch Bundeswehr-Deserteure gefeiert haben, greifen tief in die Kiste des Sozialneids; beispielsweise: „Wenn man bedenkt, daß eine einzige Pershing-2-Rakete ungefähr so viel kostet, wie sich Inter Mailand jetzt den Rummenigge kosten läßt". Das hat er nun von seinem Verrat, der blonde Germane – offen kann man ihm ja nicht sagen: Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an. Das Vaterland war eben leider billiger als Italien.

So muß Rummenigge jetzt mit einem Vergleich leben, der weniger seine Treffgenauigkeit hervorheben als ihn mit Dingen vergleichen will, die man von deutschem Boden weghaben möchte. Das Vorbild als Zerrbild, oder auch: Kein Kleinbürger kann so kleinbürgerlich sein wie ein enttäuschter Fortschritts-Kleinbürger. Rummenigge wird es überstehen. Vielleicht kriegen wir ja zu „unseren" Corneliusson, Nilsson, Sigurvindsson u. a. einmal einen großen Apenninenkicker. Geschehe den Kerlen nur recht, die uns unsere Pershings einfach wegkaufen.



„Wir haben dem Neuen mal den Vogel gezeigt!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Probe auf das Wagnis

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Zum Thema „35-Stunden-Woche – jetzt!" organisiert die IG Metall aus zwei Gründen Kurzstreiks, die sie verschleiernd Warnstreiks nennt. Erstens will sie sich mit vorzeigbaren „Erfolgen" ihrer eingeschworensten Kader aus bestimmten Betrieben selber Mut machen. Zweitens testet sie auf diese Art und Weise, ob sich die Streiklaune ihrer Mitglieder kräftig genug anheizen läßt, so daß die Gewerkschaftsführung das Wagnis einer Urabstimmung eingehen könnte. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge müßte Franz Steinkühler als der Mann, welcher die mächtige IG Metall auf den falschen Weg bugsiert hat, mit einer Niederlage rechnen, wenn die Mitgliedschaft zum Plebiszit über die 35-Stunden-Woche aufgerufen würde.

Steinkühlers Nöte mit der eigenen gesellschaftsverändernden Courage sind keine Erfindung der Arbeitgeber. Er selbst hat sie Anfang des Monats öffentlich zugegeben. Inzwischen wird er sogar innerhalb des DGB in die Ecke der linken Agitatoren gerückt, wie im Blatt der IG Chemie – zwar ohne Nennung des Namens, aber dennoch unverwechselbar – nachgelesen werden kann. Und DGB-Altvater Heinz-Oskar Vetter hat dem Generalstabschef des Aufmarsches zum Streik nicht ohne Grobheit Unfähigkeit bestätigt, als er sagte, zu dieser Auseinandersetzung seien die Gewerkschaften zu spät angetreten, um ihre Mitglieder für ihre Ziele zu gewinnen.

Die Kurzstreiks widerlegen nichts von dem, was bisher über die mehrheitliche Einschätzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durch die Arbeitnehmer bekannt geworden ist. Die weitaus meisten Arbeiter sind an mehr Geld in der Lohntüte stärker interessiert als an einer gekappten Wochenarbeitszeit. Ihnen leuchtet das Argument des Bundeskanzlers ein, daß ein Streik um einer nicht überzeugenden Sache willen den wirtschaftlichen Aufschwung gefährden könnte und deshalb „Unsinn" sei. Ohnehin geben fünf der siebzehn DGB-Gewerkschaften aus handfesten Gründen einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit den Vorzug vor Experimenten mit der Wochenarbeitszeit. In dieser Situation sagen sich die Arbeitgeber zu Recht: Wie kämen wir dazu, den Gewerkschaftsfunktionären etwas zuzugestehen, was die meisten Arbeitnehmer gar nicht wollen?

Ohnehin fragt es sich, ob Steinkühler und sein Anhang die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich primär als Sachfrage behandeln oder ob ihre Ausgangspunkte eher sachfremd sind. Man erinnert sich, daß der Tarifexperte der IG Metall, Janßen, vor nicht langer Zeit der „Tarifrente", also einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit, das Wort geredet hat. Wie kommt es, daß jetzt der Vorstand den Eindruck erweckt, er gehe geschlossen für eine kürzere Wochenarbeitszeit auf die Barrikaden? Eingeweihte wollen wissen, Steinkühler habe seine Forderung in der IG Metall durchgesetzt, indem er sie zur Geschäftsgrundlage der Wahl von Hans Mayr zum Nachfolger Eugen Loderers machte. Wer die Abläufe in Massenorganisationen kennt, der weiß, daß dort Situationen entstehen können, in denen Personalentscheidungen wichtiger genommen werden als schwerstwiegende Sachentscheidungen.

Ohne Zweifel spielt in diesem Konflikt das vorherrschende Eigeninteresse der IG Metall eine Rolle, aus Gründen der Erhaltung ihrer Organisation der generellen Regelung kürzerer Arbeitszeit den Vorrang vor allen Lösungen zu geben, die den individuellen Bedürfnissen einzelner Arbeitnehmer, Betriebe und Branchen weitaus besser gerecht werden könnten. Solche individuellen Lösungen sind ja als interne Abmachungen schon auf gutem Wege. Es gibt ausbaufähige Perspektiven des Vorruhestands, zu denen auch der Gesetzgeber beitragen wird. Ebenso gibt es Perspektiven der sogenannten Flexibilisierung, zum Beispiel eine Ausdehnung der betrieblichen Arbeitszeit auf sechs Tage in der Woche, was nichts damit zu tun haben muß, die persönliche Arbeitszeit der Betriebsangehörigen wieder auf sechs Tage zu erstrecken. Eine solche flexible Regelung könnte die Produktivität oder auch die Produktion im Betrieb steigern. Und das sollte eigentlich auch für die Gewerkschaften erstrebenswert sein.



Wie steht es um die Streiklaune? IG-Metall-Aufmarsch FOTO: DPA

Gerade weil das egoistische Organisationsinteresse der IG Metall an der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sachfremd ist, hat Steinkühler zu dem probaten Mittel der Ideologisierung gegriffen. Nur so läßt sich erklären, wie er sich dazu hinreißen lassen konnte, den Fall zur Frage von Sein und Nichtsein der Gewerkschaften schlechthin zu stilisieren. Das ist schon deshalb ein Unding, weil andere DGB-Gewerkschaften darüber eine ganz andere Meinung haben. Eben diese Fehlleistung wird ihm jetzt von der IG Chemie als linke Agitation vorgehalten.

Streik oder nicht, das ist hier die Frage. Steinkühler selber hat den möglichen Streikgegenstand schon auf das Prinzip eines Einstiegs in die 35-Stunden-Woche eingeengt; er besteht aLso nicht auf einer Einführung der im Lohn voll ausgeglichenen 35-Stunden-Woche in einem Schritt. Wie sollten anders auch Tarifverhandlungen möglich sein? Die Arbeitgeber verweigern jeden Einstieg, sie haben aber von Anfang an Kompromißmöglichkeiten flexibler Lösungen angeboten.

Wollte die IG Metall bei solcher Sachlage tatsächlich einen großen Streik vom Zaune brechen, so setzte sie sich dem Vorwurf einer unverständlichen Prinzipienreiterei aus. Ihr Argument, sie wolle Wirksames gegen die Arbeitslosigkeit erkämpfen, wäre unglaubwürdig; denn auch den Gewerkschaftsmitgliedern könnte weder Steinkühler noch sonstwer klar machen, daß ein Streik das richtige Mittel sei, um Arbeitsplätze aus dem Boden zu stampfen. Unter solchen Umständen würde der Streik als Ausdruck des Willens aufgefaßt, unsere Wirtschaftsordnung im unpassendsten Augenblick mit Gewalt zu verändern.

IM GESPRÄCH Mel Brooks

Mit fünfzig am Ziel

Von Margarete v. Schwarzkopf

Die besten Ideen habe er in der Badewanne. Dort sei ihm auch der Gedanke gekommen, eines der größten Wagnisse der Nachkriegsfilmgeschichte einzugehen: Die Wiederverfilmung des Klassikers von Ernst Lubitsch, „Sein oder nicht sein". „Du bist verrückt", sagten seine Freunde; „du bist großartig", kommentierte seine Frau, die Schauspielerin Anne Bancroft.

Da er stets auf seine Frau höre, habe er sich an ihr Urteil gehalten und sei kühn ins kalte Wasser gesprungen. Nach der Premiere von „Sein oder nicht sein" rief ihn die Witwe von Ernst Lubitsch an und gratulierte ihm. „Sehen Sie, meine Frau hatte also wieder einmal recht", meint Mel Brooks, der Mann, der sich an Lubitsch heranwagte.



Verrückt, großartig, jedenfalls erfolgreich: Brooks FOTO: CAMERA PRESS

Mut hatte er immer schon, der physisch kleine Mann, dem nach eigenen Worten Gott zwar keine Schönheit, aber dafür Witz und Schnelligkeit beschert hat. Als Melvin Kaminsky wurde er vor 57 Jahren im New Yorker Stadtteil Brooklyn geboren. Sein Vater stammte aus Danzig, die Mutter aus Rußland. Neben Englisch sprach Mel als Kind Jiddisch und sog den jüdischen Witz, wie er behauptet, gleich mit der Muttermilch ein.

Die Familie war so arm, daß Mel schon als Fünfjähriger beschloß, eines Tages furchtbar reich zu werden, um sich alle Süßigkeiten der Erde kaufen zu können. Doch der Weg vom Slum zu den Sternen erwies sich als sehr hart. Schon als Kind trat Melvin Kaminsky, der sich bald nach seinem „Geburtsslum" Brooklyn in Brooks umbenannte, in New Yorker Vaudevilletheatern auf. Er erzählte jüdische Witze, parodierte Künstler und erdachte aus dem Stegreif rüde Scherze. Der Fernsehstar Sid Caesar wurde 1950 auf Brooks' Talent aufmerksam und verschaffte ihm eine Stelle als Gagschreiber beim Fernsehen.

„Ich war ein absoluter Spätstarter", sagt Brooks heute von sich selbst. „Erst mit über vierzig Jahren machte ich meinen ersten Film und bald darauf auch meine erste Million." Doch statt der vielen Süßigkeiten, von denen er als Kind geträumt hatte, kaufte Brooks sich einen riesigen Weinkeller zusammen. „Mit fünfzig Jahren hatte ich es geschafft", zieht er Bilanz. „Für amerikanische Verhältnisse eigentlich zwanzig Jahre zu spät." Der große Erfolg kam für den Regisseur, Drehbuchautor, Produzenten und Schauspieler Brooks, dessen Vorbilder die legendären Marx-Brothers sind, mit Filmen wie „Frankenstein jr.", „Silent Movie" und der Hitchcock-Parodie „Höhenkoller". Den „augenblicklichen Höhepunkt" seiner Karriere aber bedeutet für ihn „Sein oder nicht sein".

Der Film sei nicht nur eine Verbeugung vor dem Genie Ernst Lubitsch gewesen, sondern ein Versuch, mit dem Trauma des Dritten Reiches fertig zu werden, sagt Brooks. Nun endlich könne er sich anderen Themen zuwenden, als da wäre als nächstes Projekt eine Persiflage auf „Star wars". Die Science-fiction-Groteske soll „Planet Moron" heißen, zu deutsch „Planet Schwachsinn". Alle Ähnlichkeiten mit existierenden Planeten, so Brooks, seien rein zufällig.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Intensität der deutschen West-Ost-Kontakte wird von vielen Zeitungen kommentiert:

BERLINER MORGENPOST

Im Zusammenhang mit seinem Besuch in Leipzig und dem dortigen Zusammentreffen mit Honecker sagte CSU-Chef Strauß, er wolle sich nicht ungebührlich wichtig machen und nach vorne drängen. Das ist dem bayerischen Regierungspräsidenten gründlich mißlungen. Denn Strauß war es, der sich mit barockem Schwung an die Spitze der Karawane gesetzt hatte, die von Westdeutschland und von West-Berlin nach Leipzig zog, um dort den innerdeutschen Gral zu heben... Beim nächsten Treffen ist ein Bruderküßchen wohl nicht mehr auszuschließen.

JOURNAL DE GENEVE

Was die Bundesrepublik treibt, ist der Wille, die anderen Deutschen nicht fallenzulassen und sich ihnen anzunähern. Aber der Handel ist nicht frei von Unbehagen, denn ihm fehlt die sichtbare Gegenseitigkeit. Die Bundesrepublik ergreift Initiativen, sie zahlt für eine Ware, die aus ihrer Sicht kostenlos sein sollte, sie hängt von der plötzlichen Schließung der „Pipeline" der Freiheit ab und schweigt über derartige Schmach. Ihre unverbrüchliche Geduld entspricht genau der Haltung, die ein totalitäres Regime von einer Demokratie erwartet.

LE SOIR

Seit Anfang 1984 konnten über 4000 Ostdeutsche in die Bundesrepublik übersiedeln. Als Gegenleistung hat Ost-Berlin mehrere hundert Millionen Mark und Kredite der Bonner Regierung erhalten. Die deutschen Karikaturisten sehen den Tag voraus, wo Honecker nach Hause kommt und ein leeres Land, aber dafür einen Zettel vorfindet, auf dem steht: „Erich, du bist der letzte. Vergiß nicht, das Licht auszumachen." **(Brüssel)**

Westfälische Nachrichten

Während der DDR-Staats- und Parteichef Honecker viel Zeit für entspannende Dialoge aufbringt, opferte der neue erste Mann der UdSSR seinem West-Gast nur 20 Minuten. Sie dürften kaum für mehr als den Austausch höflicher Floskeln gereicht haben. Nachdem im Vorfeld an die Vogel-Reise große Erwartungen geknüpft worden waren, blieb in der Substanz nicht mehr viel übrig. **(Münster)**

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Die Gegner formeller Beziehungen zwischen Bundestag und Volkskammer begründen ihre Haltung in der Regel mit dem Argument, daß es sich bei letztem ja lediglich um ein Scheinparlament handle, das durch offizielle Kontaktpflege unnötigerweise aufgewertet werde. Das Argument scheint freilich nur im deutsch-deutschen Beziehungsfeld zu gelten, denn im Umgang mit anderen kommunistischen Ländern haben sich gegenseitige Parlamentarierbesuche, bei denen auch Unionspolitiker gerne mitmachen, schon seit langem eingespielt.

Ein neues Gesetz gegen den Mißbrauch des Asylrechts

Aber in der Nachzugsfrage herrscht weiter Uneinigkeit in der Koalition / Von Manfred Schell

Union und FDP wollen im Bundeskabinett heute Handlungs-, Kompromiß- und alle sonstige erwünschte Fähigkeit auf den Feldern beweisen, auf denen sie am weitesten auseinander sind: der Innen- und Rechtspolitik. Im Vordergrund steht die Verlängerung des Asylverfahrensgesetzes bis Ende 1988. Hier wenigstens sind sich Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) und Bundesjustizminister Engelhard (FDP) einig: Der Zustrom von Asylbewerbern soll weiterhin gebremst werden.

Der trockene Titel „Asylverfahrensgesetz" sagt freilich wenig aus über seine Konsequenzen. Es gibt den Behörden nämlich die Handhabe, Asylbewerber, deren Anträge als „offenkundig unbegründet" eingestuft werden, unverzüglich abzuschieben.

Gegen solche Entscheidungen gibt es keine Rechtsmittel. Damit ist der Weg für Wirtschaftsasylanten vor allem aus der Dritten Welt versperrt, sich durch langwierige Gerichtsverfahren gute Jahre auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu verschaffen.

Die Zahlen sprechen für sich. 1983 wurden von den 19 737 Asylanträgen nicht weniger als 5290 als „offenkundig unbegründet" beschieden. Millionenausgaben sind damit Bund, Ländern und Gemeinden erspart geblieben. Überhaupt ist als Folge des Gesetzes die Zahl der Asylanträge drastisch zurückgegangen. Noch vor wenigen Jahren wurde die Höchstmarke von hunderttausend erreicht. Jetzt liegt sie, wie gesagt, knapp unter zwanzigtausend. Davon waren wiederum 4651 Asylanten aus den Ostblock-Staaten, für die besondere Regelungen gelten.

Aus naheliegenden Gründen werden sie, auch wenn ihre Anträge den Kriterien nicht standhalten, nicht zurückgeschickt. Bei ihnen unterstellen die Behörden generell, daß sie im Falle einer Abschiebung mit schwerwiegenden Folgen rechnen müßten. Deshalb erhalten sie zwar keine spezielle Starthilfe für das Leben in der Freiheit, aber eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Der Kompromiß, der heute im Kabinett behandelt wird, zielt darauf ab, prinzipiell das jetzt ein Jahr lang dauernde Arbeitsverbot für Asylbewerber aus osteuropäischen Staaten aufzuheben. Angesichts der bisher schon üblichen Regelung, keinen Asylbewerber aus dem Ostblock zurückzuschicken, gleichviel, wie sein Antrag bewertet wird, hält die FDP das Arbeitsverbot für überflüssig. Zimmermann hat zwar Bedenken angemeldet, weil er eine gewisse „Sogwirkung" befürchtet, aber er sperrt sich nicht dagegen. Ihm geht es in erster Linie um die Verlängerung des Gesetzes mit der dämpfenden, vielleicht auch abschreckenden Wirkung auf Wirtschaftsasylanten.

In einem anderen Bereich der Ausländerpolitik ist freilich der Konflikt zwischen Zimmermann und der FDP programmiert. Zimmermann hält an seiner Auffassung fest, daß – hier ist vor allem die Türkei gemeint – das Nachzugsalter für Kinder auf sechs Jahre festgesetzt werden soll. Der Bundesinnenminister weiß, daß er damit nicht den Ausländeranteil reduzieren kann. Aber er sieht in einer solchen Regelung ein Instrument zur frühzeitigen Integration und adäquaten Ausbildung ausländischer Kinder.

Jetzt bleiben die Kinder vielfach bei der Großmutter in Anatolien, damit die Eltern in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten können. Die Kinder werden erst dann nachgeholt, wenn die Eltern meinen, daß die Kinder mitverdienen könnten. Tatsächlich aber stehen sie dann meist vor verschlossenen Türen, weil sie kaum die Sprache beherrschen und keine ausreichende Ausbildung haben. Die Betonung des Elternrechts, mit der so manche Gruppen ein Nachzugsalter verhindern wollen, wird hier zur Widersinnigkeit. Die FDP scheint hier eine bestimmte Klientel im Sinn zu haben, und Bundeskanzler Kohl, der in dieser Frage eher FDP-geneigt ist, scheint das Interesse der FDP im Sinn zu haben. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn es nur nicht so offenkundig zum Schaden der angeblich Begünstigten, der türkischen Jugendlichen, wäre. Programmierte Jugendarbeitslsoigkeit gilt eigentlich den meisten Beobachtern als etwas Schädliches, junge Menschen ins Unheil Treibendes.

Aber Einsichten setzen sich in einem anderen Bereich durch. So gilt es jetzt als sicher, daß der Ehegatten-Nachzug für Ausländer (die erst hier ihre im Ausland lebende Verlobte heiraten) gestoppt wird, weil er eine Kette ohne Ende bedeutet. Die Türkei allerdings läßt, allen Appellen aus Bonn zum Trotz, kein Entgegenkommen erkennen. Sie sollte acht geben, den Bogen nicht zu überspannen. Immerhin leistet Bonn seit Jahren jährlich 130 Millionen Mark an Wirtschaftshilfe und 130 Millionen Mark an Militärhilfe für die Türkei, weit mehr als andere europäische Staaten. Die Forderung aus Ankara, die Deutschen müßten rückkehrwilligen Türken höhere Prämien bezahlen, fordert Überlegungen in der Bundesregierung heraus: wie, wenn die 130 Millionen Mark Wirtschaftshilfe in individuelle Rückkehrprämien umgemünzt würden?

Vor der Wahl in Stuttgart ein Seiltanz der Worte

Eine christlich-liberale Regierung auch in Baden-Württemberg, das ist das Ziel der FDP. Davon will allerdings die CDU nichts wissen. Sie kämpft im Wahlkampf für den Erhalt der absoluten Mehrheit.

Von JOACHIM NEANDER

In Bonn regieren CDU und FDP seit anderthalb Jahren in (fast schon) vertrauter Gemeinsamkeit. Im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg dagegen kämpfen sie (fast schon) erbittert um das gleiche Wählerpotential. Wie geht da der eine mit dem anderen um? In den Versammlungen hat man das Gefühl, einen Seiltanz der Worte zu erleben. Nuancen bestimmen die Szene, beim Gesagten und beim Nichtgesagten.

Kanzler Kohl macht es sich am leichtesten. Er redet fast zwei Stunden, über den Frieden, die Mütter, die Renten, die Leistung, die 35-Stunden-Woche, die Jugend, die Schule, die Pflicht, die Raketen, die Angst, die deutsche Geschichte. Über den Papst, die Polen, den Zweiten Weltkrieg, die amerikanische Zinspolitik, über Herbert Weichmann, Auschwitz, die Stunde Null. Über Hegel, Feuerbach, das Problem der Resignation und über seinen ältesten Sohn, der gerade bei der Bundeswehr ist.

Der Landesvater allein regiert die Werbeflächen

Aber über die FDP, den Koalitionspartner, und über seinen Vizekanzler Genscher sagt er in mehr als 100 Minuten kein einziges Wort. Dreimal benutzt er die Wendung: „Als wir in Bonn die Verantwortung übernahmen ..." Aber niemand unter den fast 4000 Jubelnden in der größten Messehalle von Friedrichshafen am Bodensee käme auf die Idee, mit dem „wir" könne etwas anderes gemeint sein als die Union.

Freilich – auch Baden-Württemberg, das wirtschaftlich stärkste und stabilste unter den Bundesländern (Kohl: „Glanzstück der Bundesrepublik"), und sein Ministerpräsident Lothar Späth kommen beim Kanzler relativ kurz weg. Bonn ist Bonn, Kanzler ist Kanzler. Einmal verspricht er sich und sagt: „Lothar Späth, den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz ..." Keiner scheint es zu merken.

Vielleicht würde Späth es am liebsten ähnlich halten. Nichts reizt ihn an der Idee, die Bonner Koalition auch in Stuttgart zu beschwören, wie die FDP es möchte. Nirgendwo im ganzen Land ein CDU-Plakat mit dem Kanzler – außer dort, wo Kohl selbst auftritt. Der Landesvater allein regiert die Werbeflächen, niemals in der sonst so beliebten Sieger- oder Staatsmann-Pose, immer mit einem Arbeits- oder Nachdenkgesicht, so als wolle er auf eine besonders ernste Weise jene immerwährende Fröhlichkeit des Kanzlers kompensieren, die die Medien (wohl auch nicht ganz zutreffend) suggerieren. Fast scheint es, als hätten die Fotografen versucht, Späth älter wirken zu lassen als seine 46 Jahre, „meist einen Schritt voraus" (CDU-Broschüre).

Aber so landesväterlich-württembergisch, wie Lothar Späth sich auch immer geben mag (bei der feierlichen Einweihung der 90 Millionen Mark teuren Stuttgarter Staatsgalerie schnappt er sich vor der Tür einen laut über die Verschwendung schimpfenden Passanten und nimmt ihn als Ehrengast mit zum Festakt), ganz unerwähnt kann er im täglichen Hickhack die FDP nicht lassen.

Ständige Journalistenfragen reizten ihn schließlich zu der Äußerung, mit ihm sei eine Koalition mit der FDP „nicht zu machen", also einer Zuspitzung des offiziellen Slogans: „Wer Späth will, muß CDU wählen." Listig, wie die Journalisten sind, machten sie daraus eine Rücktrittsankündigung für den Fall, daß die CDU am 25. März tatsächlich von ihrem Stimmenpolster von 56,7 Prozent (1976) und 53,4 Prozent (1980) auf unter die absolute Mehrheit abrutschen sollte.

Dies wiederum reizt jetzt die Bonner FDP-Oberen zu mehr oder weniger mildem Spott. Hans-Dietrich Genscher zum Beispiel: „Der Herr Späth soll sich mal beim Herrn Kreisky anschauen, wie schlecht so eine Drohung ausgehen kann. Späth ist ja jünger als Kreisky, er wird noch gebraucht und – glauben Sie mir – er wird noch besser, wenn er erst mit der FDP zusammen regiert."

Überhaupt konzentrieren Genscher und Graf Lambsdorff sich im wesentlichen auf Lothar Späth. Zwei wörtliche Zitate: „Manchmal habe ich den Eindruck, der will hier so eine Art Bayern zwei machen." (Genscher) „Ministerpräsident Späth hat sich in den letzten Monaten in bezug auf die Bonner Regierungskoalition eher störend als unterstützend betätigt. Bei seinem Ton fragt man sich, ob er vielleicht gar nicht gemerkt hat, daß im Kanzleramt nicht mehr Helmut Schmidt residiert. Vielleicht ändert sich das ja erst, wenn Späth selber Kanzler ist, aber damit hat es wohl doch noch etwas Zeit." (Graf Lambsdorff, im Ton schärfer als Genscher.) Und dann verrät der Graf auch noch, daß Späths jüngste Einlassungen zur Steuerreform beim Bundesfinanzminister „einen mittleren Wutanfall" verursacht haben.

„Warum soll in Stuttgart falsch sein, was in Bonn so erfolgreich ist", fragt Genscher, ganz Musterknabe der Bonner Bündnisregierung (kein böses Wort gegen Strauß und die CSU). Er und Lambsdorff wissen, warum sie so argumentieren. In ihren – in der Regel gut besuchten – Versammlungen sitzen jene älteren bürgerlichen Wähler, die ganz früher einmal vielleicht die FDP angekreuzt haben, nach 1969 zur CDU gewechselt waren und jetzt, nach der Bonner Wende, wieder mit Heimkehrgedanken umgehen. „Parkwähler" nennt Genscher diese Gruppe. Sie wird innerhalb der sicheren 60-Prozent-Mehrheit für die beiden bürgerlichen Parteien zwischen ihnen die Entscheidung über die jeweiligen Anteile bringen.

Genscher und Lambsdorff scheinen da genau den richtigen Ton zu treffen.

Bei Genscher stehen in Biberach an der Riß (satte CDU-Mehrheit) die Leute in drei Reihen an der Wand, weil lange nicht für alle 300 Stühle da sind. Lambsdorff imponiert in Saulgau etwa 150 Hörern nicht etwa mit markig konservativen Sprüchen, sondern mit äußerster Knappheit und Prägnanz. 25 Minuten Rede, 30 Minuten Diskussion. Einer tippt die Flick-Affäre an. Der Graf sagt, er werde alles mit dem „besten und ruhigsten Gewissen" durchstehen. Ein Buhrufer wird von demonstrativem Beifall übertönt. Im anschließenden Gespräch beim Bier (einer formuliert: „Alle Achtung, dabei ist er nicht einmal ein Württemberger.") zeigt sich: Diese Leute wollen zu allererst eine stabile Regierung, die die Probleme meistert, gleichgültig, ob sie Späth oder Späth-Morlok heißt.

Jürgen Morlok, der 38jährige FDP-Landeschef, scheint dies begriffen zu haben. Er versucht, wo es geht, den aufflammenden Streit zwischen CDU und Freien Demokraten zu dämpfen. Von Späth redet er eher lobend: „Ein diskussionsoffener, toleranter Mann – allerdings noch lange kein Liberaler." Der Zusatz ist für die eigenen Leute. Im Gespräch läßt er erkennen, daß er sich eine Zusammenarbeit gerade mit Lothar Späth (vielleicht nicht so gut mit anderen Kabinettsmitgliedern, zum Beispiel Kultusminister Mayer-Vorfelder, dem er „Investitionslenkung mit Menschenschicksalen" vorwirft) ganz gut vorstellen kann.

Aber in der eigenen Partei scheint er auf ein strukturelles Problem zu stoßen. Viele der jüngeren Landtagskandidaten der FDP sind der Partei erst zu sozialliberalen Zeiten beigetreten. Die Frontstellung gegen die Union, vor allem gegen Strauß und die „Rechten", gehört zu ihrer politischen Biographie und Entwicklung. Es prägt ihre Sprache.

Die Lokalmatadore geraten aneinander

Wo es Akademiker sind, haben sie allesamt noch mit der Apo demonstriert (übrigens auch Morlok selber, als Student in Berlin). Da kann man nicht so leicht aus seiner Haut. So geraten auf der unteren Ebene die Lokalmatadore gereizt aneinander. Regierungssprecher Matthias Kleinert sah sich bereits mehrfach genötigt, die FDP angesichts ihrer heftigen Attacken zur „Zurücknahme ihrer unehrlichen Koalitionsaussage" aufzufordern.

Wie es enden wird, das beurteilen nicht einmal die Meinungsforscher einheitlich. Lothar Späth sagt eine „knappe absolute Mehrheit der CDU", aber „keinen Zuwachs für die FDP" voraus. Genscher hat eine Umfrage in der Tasche, nach der über 56 Prozent aller Baden-Württemberger eine bürgerliche Koalition wünschen. Die CDU bezeichnet diese Zahl als „dubios". Da ist der Seufzer eines friedliebenden Schwaben verständlich: „Hätten wir doch einen Georg Lohmeier." Dieser prominenteste Königstreue aller Bayern wirbt nebenan im bayerischen Kommunalwahlkampf für die FDP mit dem unübertrefflich friedlichen Argument, ein „guter Bayer müsse nicht unbedingt fortwährend CSU wählen".



Aus dem Südchinesischen Meer geborgen: Vasen aus der Mitte des 17. Jahrhunderts FOTOS: DIE WELT

Ein Schatz aus der Tiefe des Meeres kommt unter den Hammer

Seit 15 Jahren birgt Captain Michael Hatcher Schiffswracks aus dem Südchinesischen Meer. Vor kurzem gelang ihm ein besonderer Fund: chinesisches Porzellan aus dem 17. Jahrhundert. Die rund 2000 Stücke kommen heute bei Christie's in Amsterdam unter den Hammer.

Von HEIDI BÜRKLIN

Diese Katze hat ein besonders zähes Leben: Sie spannt ihre Muskeln und fletscht die weißen Zähne. Sie ist 330 Jahre alt, chinesisch und aus Porzellan, blau-weiß. Auf 1500–2000 Gulden taxiert, wird sie heute als Nummer 279 bei Christie's in Amsterdam aufgerufen. Dem Hammerschlag wird sie mit Gleichmut entgegensehen. Andere Stürme hat sie bereits überlebt. Nicht jedoch in der Glasvitrine eines Sammlers. Sie ist eine Katze, die aus der Tiefe kommt.

Über 300 Jahre hockte sie in einer dunklen Kiste, die sich tief in den Schlamm des Südchinesischen Meeres vergraben hatte. Im letzten Herbst erst wurde sie mit einer Anzahl weiterer Kästen 40 Meter hoch ans Tageslicht gehievt. Nie, so vermeldet das Auktionshaus mit Genugtuung, ist so viel und so gutes Porzellan am Meeresboden gefunden worden. Das Beste an diesen rund 2000 zerbrechlichen Angeboten: Sie sind ganz und so gut wie neu.

Entdeckt hat diesen Schatz ein englischer Kapitän. Bereits seit 15 Jahren birgt Michael Hatcher, glattrasiert und energisch, Schiffswracks im Südchinesischen Meer. Der Weg dahin führte von England über Australien, wohin er als Elfjähriger emigrierte, per Segelboot nach Singapur. Von hier aus operiert heute sein international bemanntes Bergungsunternehmen. Anfänglich hatte er es meist mit Kriegsschiffen, Flugzeugen und Unterseebooten britischer, holländischer, japanischer und deutscher Provenienz zu tun.

Auf der Suche nach den Wracks der jüngeren Vergangenheit stieß er im Laufe der Jahre auf weitaus ältere Zeugnisse der Seefahrergeschichte. Und aus einem einträglichen Job wurde eine Passion. Hatcher begann sein Gebiet nun auch mit alten Karten und Dokumenten zu sondieren. Zufallsfunde entpuppten sich als aufregende Entdeckungen. So sichtete er bereits vor drei Jahren bei einer Bergungsaktion Reste eines Schiffswracks, dachte nicht weiter daran, wurde bei anderer Gelegenheit wieder erinnert und kehrte an die Stelle zurück, tauchte mit seinen Helfern aus Malaysia, Singapur und Neuseeland und fand tief in den Schlamm gebohrt einen gänzlich verfallenen hölzernen Schiffsrumpf. Dicht daneben aber entdeckten sie die intakten Kisten voll blau-weißen Porzellans.

Mit einigen Stücken flog Hatcher, noch ahnungslos über ihre Bedeutung, nach Amsterdam und wurde dort von den Experten „freudig überrascht": In die Mitte des 17. Jahrhunderts datierten sie das Porzellan und konnten ihnen die Etikette „späte Ming-Zeit" und noch „Übergangs-Stil" anheften. Eilends kehrte der Schatzsucher zurück nach Singapur und holte mit seiner achtköpfigen Crew binnen acht Wochen die restlichen Behälter aus dem Meer. Sie gehören ihm, da er sie in internationalen Gewässern gefunden hat.

Daß der Schatz aus Südchina heute in Holland unter die Leute kommt, hat seinen Sinn: Genau vor einem Jahr wurden hier schon einmal die Überreste aus einem Schiffswrack mit großem Erfolg versteigert. Was Michael Hatcher heute anzubieten hat, steht zudem den Holländern besonders nahe: Blau-weißes Porzellan aus China wurde hier immer mit Vorliebe gesammelt und auf zahllosen Stilleben verewigt.

Um eine asiatische Dschunke muß es sich bei dem Wrack gehandelt haben. Mit chinesischem Porzellan, das für den asiatischen Markt bestimmt war, segelte sie ihrem Untergang entgegen. Daß es sich nicht um den Export für Europa handelte, beweisen die zahlreichen, nur in Asien gebräuchlichen Formen. Das in feinbemalte Büchsen für Kautabak, Reisschalen, Siegeldöschen, Sakeflaschen und eben auch drei der dräuenden Katzen, die ursprünglich zur Abschreckung in Scheunen plaziert wurden. Das in Europa so hoch geschätzte importierte Blau-Weiß des 17. Jahrhunderts – so kann man aus Hatchers Fund schließen – wurde in den chinesischen Haushalten als Standardware benutzt.



Captain Michael Hatcher

Als am originellsten und feinsten bemalt werden die Arbeiten des sogenannten „Übergangsstils" aus den 30er und 40er Jahren des 17. Jahrhunderts empfohlen. Teller dieser Zeit mit delikat gemalten Landschaftsszenen kommen heute zum Schätzpreis von 1000 – 1500 Gulden zum Aufruf.

Das einzig datierte Gefäß unter all dem Porzellan – es trägt die Jahreszahl 1643 – wurde bereits früher zur Auktion gegeben. Es ist wichtiges Indiz für die Annahme, daß die Dschunke um 1645 mit frischer Ware an Bord gesunken ist. Daß überhaupt in jenen Jahren in China getöpfert wurde, hat Hatchers Tauchaktion im übrigen ebenfalls an den Tag gefördert. Im Jahre 1644 war die Ming-Dynastie gestürzt worden. Im Bürgerkrieg wurden die Exporte zum Westen radikal abgeschnitten, und man nahm bisher an, daß auch die Brennöfen erloschen waren. Der jetzige Fund widerlegt diese Ansicht, und man folgert, daß es sich bei dem Wrack um eines der ersten Schiffe handelte, die unter der neuen Ching-Dynastie ausgelaufen sind.

Rund 500 000 Gulden hofft Michael Hatcher heute zusammenzuklopfen. Er wird sie wieder in die Tiefe investieren. Nur vorsichtig gibt er über sein nächstes großes Projekt Auskunft, „denn zu viele strolchen in diesen Gewässern herum". Doch soviel: Ein ehemaliges Frachtschiff der Ostindischen Compagnie hat er in malaysischen Gewässern geortet und alles in allem für intakt befunden. Am 3. Januar 1726 sank der 700-Tonner „Risdan" dort in einem Sturm. Holland und Malaysia müssen sich noch über die Bergungskosten einigen, und auch Hatcher will mit dem Ergebnis dieser Auktion dazu beitragen. Es soll sich lohnen: Eine große Ladung von Porzellan aus Siam, 15 Kanonen und eine ganze Fracht an Zinn hat er bereits erkundschaftet. Bald, so versichert der Kapitän, wird man wieder von ihm hören.

Petra Kelly vor Gericht: Ein teurer Einspruch

Von STEFAN HEYDECK

Eigentlich ist ja der SPD-Vorsitzende Willy Brandt schuld daran, daß Petra Kelly gestern auf der Anklagebank sitzen mußte. Diesen Eindruck konnte das halbe Dutzend Zuhörer beinahe gewinnen, das die Verhandlung gegen die Sprecherin der Grünen im Bundestag im Saal 4 des Bonner Amtsgerichts verfolgte. Petra Kelly mußte sich dort wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verantworten.

Pünktlich um elf Uhr war die 36jährige, wie üblich den inzwischen fraktionslosen Gert Bastian im Schlepp, erschienen. Doch bevor Richterin Anne Rohde die Verhandlung eröffnete, nutzten beide den Auftritt erst einmal für eine „Demonstration": Nebeneinander sitzend präsentierte Petra Kelly auf ihrer schwarzen Lederjacke den Fotografen einen Aufkleber „Bild – nein danke", und Bastian hielt seinen mit einer Folie „Bild lügt" versehenen Aktenkoffer in die Kameras. Noch ähnliche sollen hinzukommen.

Dann ging es „zur Sache". Petra Kelly war zur Last gelegt worden, am 5. November 1982 vor der SPD-Parteizentrale den „fließenden Verkehr durch Verbringen eines Gegenstands" auf die Fahrbahn behindert zu haben. Dies sei mit einer vier Meter langen Papprakete geschehen. Die Folge: ein Bußgeldbescheid über 80 Mark. Weil sie dagegen Einspruch eingelegt hatte, war am 26. Januar ihre Immunität aufgehoben worden.

Petra Kelly betont: „Ich fühle mich unschuldig." Auch zu dem Vorhalt, daß es sich um eine unerlaubte Versammlung gehandelt haben könnte, meinte sie kurz: „Es war keine Demonstration." Vielmehr hätte sie Brandt im Erich-Ollenhauer-Haus einen Protest-Brief „mit nicht sehr schönem Inhalt" übergeben wollen und dazu mit „vier oder fünf Grünen" die Rakete „symbolisch" mitgebracht. Doch Brandt habe es abgelehnt, sie zu empfangen. Deshalb war, so Petra Kelly, „dann spontan zu entscheiden".

Dies nun wiederum wollte Richterin Rohde nicht gelten lassen. „Spontanversammlungen" seien nur zulässig, „zum Beispiel, wenn im Radio was durchkommt". Und warum denn Petra Kelly, die ja wohl besser als sie wisse, „daß man vorher anmelden muß", nicht die Polizei informiert habe und einen Tag später gekommen sei? Dies, so die Erwiderung, sei nicht möglich gewesen: „Am nächsten Tag war ich verreist."

Nach nur 20 Minuten war man sich dann einig, das Verfahren gegen ein Bußgeld von nunmehr 1000 Mark zugunsten krebskranker Kinder einzustellen. Den Vorschlag, „als Frau" für ein Frauenhaus zu zahlen, hatte Petra Kelly abgelehnt. Vorsorglich wurde ihr, die ihr Nettoeinkommen mit 4500 Mark „zusammen mit meiner Aufwandsentschädigung" angegeben hatte, mit auf den Weg gegeben, daß diese Zahlung nicht „als Spende" von der Steuer abgezogen werden dürfe.

Gegen sie laufen noch zwei weitere Verfahren wegen Bruchs der Bannmeile. Bisher hat der Bundestag bereits die Immunität von sechs Grünen-Abgeordneten aufgehoben.

Das Land NRW klagt gegen die Neue Heimat

Skandal um das Großklinikum Aachen weitet sich aus

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die in diesen Tagen aufgeflammte Diskussion um die Kostenexplosion beim Projekt Großklinikum Aachen hat die nordrhein-westfälische Landesregierung gestern veranlaßt bekanntzugeben, daß sie sich mit dem verantwortlichen Baubetreuer, die Neue Heimat Städtebau (NHS), gerichtlich auseinandersetzt. In einer vierseitigen Stellungnahme gegen die Vorwürfe des Bundesrechnungshofes, das Land habe fahrlässig und gröblich seine Pflichten verletzt, heißt es versteckt auf der vierten Seite: „Derzeit sind insgesamt 5 Klagen gegen die NHS mit Forderungen in erheblicher Größenordnung anhängig, eine weitere Klage wegen mangelnder Netzplanleistungen wird zur Zeit vorbereitet." Außerdem würden „in weiteren 168 Fällen ... mögliche weitere Ansprüche des Landes in erheblicher Größenordnung geprüft. Ebenso werden Ersatzansprüche des Landes gegen die NHS aus den Komplexen 'Bauzeitverzögerung' und 'Baukostengarantie' untersucht."

Auf Anfrage der WELT im zuständigen Ministerium für Landes- und Stadtentwicklung vermochte der Sprecher des Hauses die „erheblichen Größenordnungen" allerdings nicht zu qualifizieren. Es sei davon auszugehen, daß die anhängigen Klagen insgesamt einen Streitwert „von neun bis zehn Millionen Mark haben". Ansonsten sei es „noch viel zu früh", die finanziellen Forderungen in Mark-Beträgen einzustufen.

Fragwürdige Kontrolle

Erstaunen löste in Düsseldorf neben dieser erstmaligen Bekanntgabe, daß das Land gegen die NHS klagt, die Tatsache aus, daß die Regierung 1977 eine eigene Sonderdienststelle mit 43 Mitarbeitern eingerichtet hat. Durch verschiedene Arbeitsgruppen sei diese Prüfstelle verstärkt worden für eine möglichst „effiziente Wahrnehmung der Kontrollbefugnisse". Bei der Gründung dieser Kontrollinstanz vor knapp sieben Jahren lagen die Baukosten des Klinikums noch bei 800 Millionen Mark – während der Tätigkeit dieser Stelle stiegen die Kosten sprunghaft auf mindestens 2,2 Milliarden Mark.

Der CDU-Abgeordnete Gerhard Rödding, Mitglied des Wissenschaftsausschusses des Düsseldorfer Landtages, sagte gestern, es verstärke sich der Eindruck, daß diese Summe „bald mehr als 2,5 Milliarden Mark" betrage. Er lastete der Landesregierung an, sie habe sozusagen scheibchenweise „in 100-Millionen-Mark-Schritten" immer höhere Kostensteigerungen zugegeben: „Da hat sich ein Ungeheuer stelbständig gemacht."

Sondersitzung gefordert

„Entsetzt" und „hell empört" sei die Stimmung in der CDU-Fraktion am Vormittag gewesen, teilte Oppositionschef Bernhard Worms mit, nachdem die Kostenexplosion des Klinikums „aktenkundig geworden ist". Er erinnerte daran, daß der damalige Finanzminister Halstenberg 1978 vor dem Plenum erklärt hatte, das Projekt werde „nie und nimmer mehr als eine Milliarde Mark kosten".

Allerdings verschob die Fraktion die Entscheidung, einen neuerlichen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß einsetzen zu lassen. Der erste Ausschuß über das Klinikum um Aachen war 1979 praktisch ergebnislos auseinandergegangen. Bernhard Worms forderte nun lediglich eine Sondersitzung des Wissenschaftsausschusses und eine „rückhaltlose Aufklärung".

Dabei fragt die CDU vor allem nach den Ursachen der zusätzlichen Kostensteigerungen, nach den Verhandlungen der SPD-Landesregierung mit der damaligen SPD/FDP-Bundesregierung zur 50prozentigen Kostenbeteiligung des Bundes, und nach den Maßnahmen der Regierung Rau, wie diese den ständigen Anstieg der Kosten zu stoppen gedenke. Weitere Schritte behielt sich Worms vor. Er gehe davon aus, daß mindestens der Landtag das Thema Klinikum Aachen noch einmal intensiv behandeln werde.

Der FDP-Landesvorsitzende Jürgen W. Möllemann begrüßte ausdrücklich „die Worms-Aktivitäten" und forderte eine „schnelle Aufklärung ohne Wenn und Aber". Er sagte in Bonn, er werde sich bei der Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms dafür einsetzen, daß der Bund gegen das Land wegen Verletzung der Aufsichtspflicht klagt.

Uwe Barschels Initiative für Berlin

Von C. GRAF SCHWERIN

Die Regierungschefs der vier norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind bestrebt, die bereits bestehende „Konferenz Norddeutschland" neu zu organisieren, um die Vertretung gemeinsamer Interessen nach außen wirkungsvoller zu gestalten. Der Ministerpräsdient von Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, hat zur Erreichung dieses Ziels zwei Vorschläge gemacht, die er in einem Gespräch mit der WELT erläuterte: 1. Berlin an der Norddeutschen Konferenz zu beteiligen und 2. bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel ein gemeinsames Büro der norddeutschen Länder zu eröffnen.

Barschel nennt drei Gründe für seinen Vorschlag, die wirtschaftlichen Beziehungen der Küstenländer zu Berlin weiter auszubauen und eine Form der stärkeren politischen Anbindung zu finden. „Da gibt es den deutschlandpolitischen Aspekt, daß, im Rahmen der verschiedenen regionalen Länderkonferenzen innerhalb der Bundesrepublik, Berlin irgendwo angebunden sein sollte."

Dieses entspreche der „politischen Generallinie der Stärkung der Verbindungen zwischen Teilen der Bundesrepublik und Berlin". Berlin sei landsmannschaftlich gesehen norddeutsch orientiert. „Die Berliner denken und fühlen doch, bezogen auf das Spektrum der Bundesrepublik, 'im Zweifel' norddeutsch."

Und drittens sei Berlin ein wichtiger Wirtschaftspartner für Norddeutschland, vor allem für die Agrarprodukte und für den Fremdenverkehr. Barschel betonte jedoch, daß er nicht daran denke, Berlin als gleichberechtigten Partner als fünftes Mitgliedsland in die Konferenz Norddeutschland aufzunehmen. Die Stadt solle vielmehr ein „Teilnahmerecht" und ein „Initiativrecht" erhalten.



„Man könnte aber daran denken, daß die vier Regierungschefs im Wechsel den Vorsitz führen, und Berlin, um es mehr als einen Beobachter sein zu lassen, einbezieht, indem es ständig den Vizevorsitzenden stellt."

Sehr sorgfältig müsse die Frage geprüft werden, ob die „Mitwirkung Berlins in der Konferenz Norddeutschland, wenn sie eine politische Dimension erreicht, nicht vorher mit den Alliierten abgestimmt werden muß". Den „guten Ansatz" dürfe man nicht dadurch kaputt machen, daß er „berlinpolitische Probleme im Verhältnis zu den Alliierten" auslöst. Barschel hat seinen Vorschlag bisher einzig mit dem Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi besprochen: „Er sieht das so wie ich." Mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, hat Barschel nicht über dieses Thema gesprochen, da er dazu nicht autorisiert sei. Eine Entscheidung über seinen Berlinvorschlag erwartet der Kieler Regierungschef auf der nächsten Konferenz Norddeutschland.

Diese Konferenz im ersten Halbjahr 1984 diene generell der strukturellen Neuordnung dieser Institution. Dabei soll auch die allgemeine Unzufriedenheit der Länder „über die Berücksichtigung ihrer Interessen in der praktischen Arbeit der Brüsseler EG-Administration" zur Sprache kommen. Das gemeinsame Büro, das die Länder gegenwärtig in Brüssel unterhalten, sei nicht sehr wirkungsvoll. „Und ich erwarte, daß mindestens die größeren Länder daraus die Konsequenz ziehen werden, indem sie sagen, wir machen in Brüssel unser eigenes Büro auf."

Es sei notwendig, daß die vier Beauftragen der norddeutschen Länder eine eigene Vertretung errichten, damit die Belange Norddeutschlands effektiver vertreten werden können. Die Europäische Gemeinschaft schalte sich immer mehr in die regionale Politik ein, „und deshalb müssen wir darauf achten, nicht jeweils vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, wenn im Bundesrat wieder einmal die Zustimmung zu einer EG-Richtlinie ansteht".

Die Interessenvertretung Norddeutschlands dürfe jedoch nicht den Eindruck erwecken, daß die Länder unter Umgehung der Bundesregierung auf eigene Faust Außenpolitik betreiben wollen. Barschel zur WELT: „Aber warum sollen die norddeutschen Länder nicht versuchen, durch Überzeugungskraft unter Zuhilfenahme eines solchen Büros Einfluß zu nehmen auf die Meinungsbildung in Brüssel. Wenn wir dort nämlich Erfolg haben, haben wir unser Ziel schneller erreicht, als wenn wir den Versuch unternehmen wollten, erst über den Bundesrat bei der Meinungsäußerung zu bereits fertigen Beschlußvorschlägen noch etwas zu ändern. Das ist in der Regel kaum möglich."

Es wäre allerdings nicht fair, die eigenen Interessen so zu vertreten, daß am Ende Bonn zusätzlich zahlen müsse. Aber bei der Regelung bestimmter Fragen, wie beispielsweise der Milchordung, werde es möglich sein, „die strukturellen Bedingungen der norddeutschen Landwirtschaft" besser zu berücksichtigen.

Ehrung für drei „Edelweiß-Piraten" in Yad Washem

dpa, Jerusalem

Die Jerusalemer Gedenkstätte „Yad Washem" für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus hat gestern vier frühere Kölner Widerstandskämpfer geehrt, zwei von ihnen posthum. „Edelweiß-Piraten" nannten sich die 13- bis 16jährigen Jugendlichen, die damals jüdischen Mitbürgern und anderen Verfolgten des Nazi-Regimes Unterschlupf gewährten. 13 von ihnen wurden von der Gestapo getötet, 18 leben noch.

Jean Jülich und Wolfgang Schwarz nahmen in Jerusalem die Ehrung entgegen, auch stellvertretend für Michael Jovy und Bartholomäus Schink, die 1944 von der Gestapo getötet wurden. Vier Bäume an der „Straße der Gerechten" vor der Gedenkstätte tragen nun die Namen der Widerstandskämpfer. Es ist das erste Mal, daß in Jerusalem eine Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus geehrt wird, der Jugendliche angehörten.

Morlok: Liberale wollen zwei Minister

xhk, Stuttgart

Die FDP in Baden-Württemberg hat erstmals Einzelheiten für den Fall bekanntgegeben, daß es in Stuttgart nach der Landtagswahl am 25. März zu einer FDP/CDU-Koalition kommt. Jürgen Morlok, Landes- und Fraktionschef sowie Spitzenkandidat der Südwest-FDP, erklärte gegenüber den „Badischen Neuesten Nachrichten" (Karlsruhe), in diesem Falle wolle seine Partei zwei Minister stellen. Morlok nannte auch die von den Liberalen gewünschten möglichen Ressorts: Wirtschaft, Technologie, Bildung sowie Wissenschaft. Morlok äußerte sich optimistisch, daß die absolute Mehrheit der seit zwölf Jahren alleinregierenden CDU in diesem Bundesland gebrochen werden könne. Dies ist nämlich die Grundvoraussetzung für eine solche Koalition, die von der CDU bislang strikt abgelehnt wird.

In Leipzig wird ein Loblied auf Amerika gesungen

HANS R. KARUTZ, Leipzig

Nicht angelsächsisch, sondern sächsisch redet das jüngste aller Musenkinder morgen in Leipzig. Im Messezenit hüllt sich im Opernhaus ein Welterfolgs-Musical ins sonst gemiedene Sternenbanner. Leonard Bernstein darf sich mit seiner „Westside-Story", 27 Jahre nach der Premiere im „Wintergarden" am Broadway, zum erstenmal auch auf „DDR"-Bretter wagen. Für zwei Jahre kaufte die „DDR", so ist aus Ost-Berlin zu vernehmen, von einem Verlag in der Bundesrepublik für teure Devisen die Aufführungsrechte. Werbung für diese Sensation bedurfte es nicht, und so blieb sie auch weitgehend aus. Auch Ronald Reagans höfliches Messe-Telegramm an die Messe-Chefs half nicht über wahrscheiliche Bedenken der örtlichen SED hinweg, Reklame für dieses US-Stück könne insgesamt nur dem verpönten „American way of life" ideologisch förderlich sein.

Selbst schon die normale Praxis, begehrte Eintrittskarten für die Abend-Künste nach dem Tages-Kommerz nur noch gegen D-Mark abzugeben, erhöhte die Chancen von DM-Zahlern nicht, einen Premierenplatz zu erlangen. Der Eintritt in die weltberühmten Gewandhaus-Konzerte gelang in diesen sonnigen Märztagen nur, wenn 35 DM pro Sitz auf den Zahltresen einer speziellen Kasse im „Ausländer-Treffpunkt" geblättert wurden.

Morgen Abend musizieren die Gewandhaus-Stars – sonst Bach, Beethoven oder Mendelssohn-Bartholdy zugetan – die Geschichte von den beiden New Yorker Banden, den „Jets" und den „Sharks", die sich bekriegen. Die Leipziger, seit Monaten nach Premierenkarten fahndend, fiebern Songs wie „Maria" und dem Loblied auf Amerika entgegen. Zum erstenmal schallt er ins preußisch-sozialistische Parkett, der Rhythmus: „Schön ist es hier in Amerika / es gefällt mir in Amerika / wie Pionier in Amerika / bleiben wir hier in Amerika!"

Kaum vorstellbar, daß in einem Land, das seine Jugendprobleme mit Punks und Rockern gern der evangelischen Kirche zur Lösung überläßt, die wilden Gesellen von der Westside durch den Opernbau am Karl-Marx-Platz toben läßt ...

Im „Merkur", der erlesensten Herberge im ganzen Land, bestimmen die Landsleute der Bauherren dieses Hotels das Bild. Nippons Söhne in allen Clubsesseln und Nachtclub-Winkeln. Japans Wirtschaftspäpste sprachen auch diesmal wieder bei Erich Honecker vor. Aber ein 1983 erschienenes Buch im partei-eigenen Dietz-Verlag goß etwas Wasser in den Reis-Wein. „Nüchtern" müsse man feststellen, daß die gegenwärtigen Beziehungen, international gesehen, „noch wenig selbst voranbrachten und mitbestimmten".

Mitbestimmung übte hingegen Gastgeber und Marktwirtschaftler Graf Lambsdorff beim opulent ausgerichteten Epfang für die „DDR"-Wirtschaftselite am Montagabend. Bedienstete der Ständigen Vertretungen aus Ost-Berlin karrten Sekt und Weine von Ahr und Mosel nach Leipzig. Gegen ein einträgliches „Korkengeld" durften die alsbald geleerten Mitbringsel ausgeschenkt werden.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J 07632.

Zusammenarbeit Bonn–Paris macht Egon Bahr Sorgen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit einer gewissen Beunruhigung werden von der SPD die gemeinsamen Bemühungen von Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterrand betrachtet, in der Koordination und Organisation der europäischen Sicherheitspolitik Forschritte zu erzielen. In diesem Sinne wird in Bonn ein von Egon Bahr in der neuen Ausgabe des „Vorwärts" veröffentlichter Artikel gesehen, in dem er sich für ein „konstruktives Zusammenwirken" von CDU und SPD in der europäischen Sicherheitspolitik ausspricht. Bahr, der Mitglied des SPD-Präsidiums ist, weiß offenbar, daß die Kontakte zwischen Kohl und Mitterrand für die Entwicklung einer weitergespannten Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen sehr intensiv sind und konkrete Ergebnisse erwarten lassen.

Mit seinem jetzt im „Vorwärts" veröffentlichten Vorschlag, nach Entwicklung eines europäischen Sicherheitskonzepts, das „beide Seiten umfassen muß", will die SPD auf die deutsch-französische Kooperation Einfluß gewinnen. Nach der WELT vorliegenden Informationen richten sich die Absichten von Kohl und Mitterrand nicht auf dieses von Bahr anvisierte Ziel. Bonn und Paris überlegen vielmehr, innerhalb des auf Westeuropa, die NATO und die Westeuropäische Verteidigungsunion beschränkten Rahmens neue Möglichkeiten der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit zu entwickeln. Dieses Ziel verfolgt auch die Sozialistische Partei in Frankreich.

Bahr stellt solchen Überlegungen eigene entgegen. Er schreibt: „Gemeinsame Sicherheit für die europäischen Länder in ihren bestehenden Grenzen ist unsere Situation; dies zu einer konstruktiven Politik von Rüstungskontrollbegrenzung und Abrüstung zu machen, ist die Perspektive in diesem Jahrzehnt und vielleicht darüber hinaus."

Bahr forderte die „beiden großen Parteien in der Bundesrepublik" in dieser Hinsicht zu einem konstruktiven Zusammenwirken auf. Es müsse „aus der Mitte Europas her" entwikkelt werden. Mit einem Zitat von Herbert Wehner, der 1979 an das Ziel einer „europäischen Sicherheitspartnerschaft" erinnerte, rief Bahr zugleich diesen Gedanken in Erinnerung, den er selbst bei jeder Gelegenheit äußert.

Klare Absage an die flexible Arbeitszeit

Werkstattgespräch der SPD über die „Zukunft der Arbeit"

GISELA REINERS, Bonn

Einer Flexibilisierung der Arbeitszeit haben Politiker, Wissenschaftler und Gewerkschafter bei einem SPD-Werkstattgespräch über die „Zukunft der Arbeit" eine entschiedene Absage erteilt. Sie diene einseitig den Interessen der Unternehmer und der Betriebe und mache den Arbeitnehmer zum Werkzeug. Außerdem sei ein Beschäftigungs-Effekt nicht zu erwarten, im Gegenteil. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit über einen längeren Zeitraum hinweg könne sich sogar beschäftigung-senkend auswirken.

Während der Leiter der Planungsabteilung des Auswärtigen Amtes, Konrad Seitz, für „flexible, dezentrale Lösungen" bei einer Regelung der Arbeitszeit forderte, wurde dies von den meisten Gesprächs-Teilnehmern so verstanden, als ob eben flexible Arbeitszeiten gefordert würden. Gesprächsleiter Herbert Ehrenberg, früherer Arbeits- und Sozialminister, nannte die Flexibilisierung der Arbeitszeit „eine Arbeitszeitverkürzung nach Gutsherrenart". Sie lasse nur dem Unternehmer die Entscheidungsfreiheit, wann mehr oder weniger gearbeitet werde; der Mitarbeiter habe zu folgen.

Gefahr für Beschäftigung

Die SPD-Abgeordnete Ursula Skarpelis-Sperk nannte die Forderung nach einer flexibleren Handhabung der Arbeitszeit „ein intelligenter formuliertes Konzept, um Frauen aus dem Arbeitsmarkt zu drängen." Sie bekam indirekte Schützenhilfe vom Direktor des Wissenschaftszentrums Berlin, Professor Fritz Scharpf, der ganz deutlich machte, daß eine Flexibilisierung vor allem eine bessere Kapazitätsauslastung bedeute, die eine Senkung der Kapitalkosten bewirke. Er sehe auch eher die Gefahr einer Beschäftigung hemmenden Wirkung, denn Flexibilisierung und Teilzeitarbeit müßten im Zusammenhang gesehen werden. Und Teilzeitarbeit sei die Domäne der mitverdienenden Ehefrauen. Eventuell könne sie noch jungen, unverheirateten Erwerbstätigen zugemutet werden. Aber im Hinblick auf die Beschäftigung würden „die Bäume nicht in den Himmel wachsen".

Auch die von der Regierung propagierte Vorruhestandsregelung hält Scharpf nicht für sehr arbeitsmarktwirksam. Sie sei wenig attraktiv für Arbeitnehmer und wohl eher geeignet, einen „sozial verträglichen" Abgang von Beschäftigten aus schrumpfenden Branchen zu sichern. – Die Leiterin der Abteilung Arbeitsmarkt beim DGB-Bundesvorstand, Ursula Engelen-Kefer, bezeichnete die Flexibilisierung als „neueste Masche" der Arbeitgeber. Das bedeute Arbeitszeitverkürzung und Teilzeitarbeit ohne Lohnausgleich, also insgesamt eine Lohnkürzung. Für den DGB sei dies keine „diskussionsfähige Alternative".

„Politisch zu wenig"

Allgemein war Arbeitszeitverkürzung keine Frage. Laut Professor Karl-Georg Zinn von der Technischen Hochschule in Aachen behauptete auch niemand mehr ernsthaft, daß Wachstum allein für die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit genügt. Es gehe nur um die Frage, welche Kosten sie verursache und obe diese für die deutsche Volkswirtschaft tragbar seien. Er wies darauf hin, daß die entscheidenden Lohnstückkosten sich in den vergangenen zehn Jahren in der Bundesrepublik sich günstiger entwickelt hätten als sogar in Japan. Ein weiterer Nachfrageausfall sei auch nicht zu verkraften, weder sozial noch volkswirtschaftlich.

Professor Scharpf setzte sich mit seiner Auffassung, eine Stunde Wochenarbeitsverkürzung pro Jahr, und das über fünf Jahre hinweg, bringe „politisch zu wenig", in Gegensatz zu Professor Hans-Jürgen Krupp, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin. Krupp hatte für eine schrittweise Prozedur plädiert, denn sie bringe die größeren Effekte. Er warnte auch davor, ständig den Vorsprung der USA in der Mikroelektronik und Biotechnologie als Vorbild für Wachstumsbereiche zu zitieren. Man dürfe den massiven Strukturwandel der USA hin zur Dienstleistungsgesellschaft nicht übersehen, der zum Aufschwung beigetragen habe. Die beiden genannten Bereiche seien nur ein kleiner Ausschnitt der amerikanischen Wirtschaft.

Kirche Bremen: Altes Privileg abgeschafft

HENK OHNESORGE, Bonn

Als erste evangelische Landeskirche in der Bundesrepublik hat Bremen ein altes Privileg abgeschafft: Theologiestudenten müssen künftig Wehrdienst oder Ersatzdienst leisten, ehe sie in die Studentenliste der Bremischen Evangelischen Kriche aufgenommen werden. Weibliche Theologiestudentinnen müssen analog ein geleistetes diakonisches oder soziales Jahr nachweisen. Diesen Beschluß hat jetzt der Kirchenausschuß, die Leitung der Bremischen Landeskirche, gefaßt.

Grundsätzlich sind Theologiestudenten beider Konfessionen in der Bundesrepublik vom Wehrdienst oder dem entsprechenden Ersatzdienst befreit, wenn sie in die Studentenliste einer Landeskirche oder Diözese aufgenommen sind. Bei angehenden protestantischen Theologen bedeutet die Eintragung darüber hinaus das Interesse, bei der entsprechenden Landeskirche nach erfolgreichem Abschluß des Studiums angestellt zu werden.

Gegen das „Theologenprivileg" ist schon seit längerer Zeit innerkirchlich aus verschiedenen Gründen Kritik laut geworden. Unter anderem wird darauf verwiesen, daß die Gleichheit vor dem Gesetz auch gleiche Pflichten voraussetzt, zumal denjenigen jungen Menschen, welche den Dienst mit der Waffe aus religiösen Gründen ablehnen, die Möglichkeit des zivilen Ersatzdienstes offensteht. Die Bremer Kirchenleitung begründet ihren Beschluß auch mit dem Argument, angehende Theologen sollten zwischen Schule und Studium in einem anderen Umfeld den Umgang mit Menschen lernen. In Württemberg beispielsweise kann das dem eigentlichen Studium vorgeschaltete obligatorische soziale Jahr teilweise oder ganz erlassen werden, wenn der angehende Theologe statt dessen Wehrdienst oder Ersatzdienst leistet.

Mit einer Aufgabe des „Theologenprivilegs" durch alle Landeskirchen – in Bremen bewerben sich jährlich etwa zehn Studenten um Aufnahme in die Liste der Theologiestudenten – ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Durch den Bremer Beschluß ist jedoch zumindest wieder die Diskussion über eine vielfach nicht mehr als zeitgemäß empfundene Privilegierung einer Minderheit erneut in Gang gekommen.

Studienplätze werden nicht abgebaut

Bonn weist Forderung der Ärzteverbände zurück

PETER JENTSCH, Bonn

Die Bundesregierung ist offensichtlich nicht bereit, die Zulassung zum Medizinstudium schärferen Restriktionen zu unterwerfen. Wie Staatssekretär Anton Pfeifer vom Bildungsministerium gestern in Bonn erklärte, sei nicht erkennbar, daß in der Bundesrepublik zu viele Ärzte tätig würden. Eine Reform der sogenannten Kapazitätsverordnung, die die Zahl der Medizinstudentenzulassung von den vorklinischen und klinischen Plätzen an den Hochschulen abhängig macht, sei nicht zu vertreten.

Mit dem Hinweis auf eine mögliche Gefährdung der Qualität der ärztlichen Ausbildung hatten verschiedene Krankenkassen, Ärzteverbände und auch Politiker zuletzt bei der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen im Dezember 1983 eine Reform der Kapazitätsverordmung gefordert. Ihr Argument: Angesichts der hohen Studentenzahl (Wintersemester 1983/84: 7170 Studienanfänger) sei eine qualifizierte Ausbildung am Patienten nicht zu gewährleisten. Viele Mediziner hätten im Laufe ihrer Ausbildung nicht einmal einen Blinddarm getastet, geschweige denn an einer Geburt teilgenommen oder an einem operativen Eingriff.

Auch Pfeifer sprach sich für Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsqualität aus. Allerdings nicht mit dem Mittel, Medizinstudienplätze abzubauen. Das sei vielmehr zu erreichen über eine Praxisphase nach dem Studium und über einen weiteren Ausbau der akademischen Lehrkrankenhäuser in der Nähe der Universitätskliniken.

Hohe Investitionen

In diesem Sinne sei die Regierung bereits aktiv geworden. Bei einem Anteil von etwa sieben Prozent Medizinstudenten an den Studenten insgesamt „betrugen die Bauinvestitionen von Bund und Ländern nach dem Hochschulbauförderungsgesetz für Medizinbauten 1982 fast die Hälfte der Mittel für alle Hochschulbauten, nämlich mehr als eine Milliarde Mark". Darüber hinaus, so Pfeifer weiter, seien bis einschließlich 1982 mehr als zwölf Milliarden Mark für Investitionen in den medizinischen Forschungs- und Ausbildungsstätten (bei 31 Milliarden für den Hochschulbau insgesamt) zur Verfügung gestellt worden.

Schließlich, so Pfeifer weiter, seien Baumaßnahmen in 270 akademischen Lehrkrankenhäusern finanziell gefördert worden. Bis 1987 seien allein in Baden-Württemberg für diesen Zweck noch einmal zwölf Millionen Mark vorgesehen.

Zur Verbesserung des Praxisbezugs der medizinischen Ausbildung fördere das Bundesbildungsministerium zahlreiche Modellversuche wie etwa das Bochumer Modell. Dabei werden Studenten bereits zu Beginn des klinischen Studiums in außeruniversitären Krankenhäusern in Bochum und Umgebung praxisnah ausgebildet.

NC wird nicht verschärft

Die Ausbildung in außeruniversitären Einrichtungen solle in Zukunft weiter ausgebaut, aber nicht durch eine Steigerung der Studienanfängerzahlen verwässert werden. Angesichts dieser Leistungen der öffentlichen Hand für die Medizinerausbildung könne sich die Bundesregierung nicht dafür einsetzen, daß die Zahl der begehrten Studienplätze im Fach Medizin noch weiter verringert werde und damit ein noch schärferer Numerus clausus eingeführt würde.

Eine Verringerung käme nach dem Votum der „Kleinen Kommission" aus Sachverständigen und Vertretern von Bundes- und Länderministerien, der Hochschulen und Verbände auch aus verfassungsrechtlichen und bildungspolitischen Gründen nicht in Betracht, betonte Pfeifer.

Dem Vorschlag der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), neben dem Auswahlsystem (Abiturnote/-Wartezeit) und Test auch die Professoren an der Auswahl ihrer Studenten (in Form eines Gesprächs) zu beteiligen, steht das Bundesbildungsministerium wohlwollend gegenüber. Zur Zeit machen die Auswahlgespräche 15 Prozent der Zulassung aus. Pfeifer: „Wir sind der Meinung, daß sich dieses Kriterium bei Bewährung nach oben bewegen kann. Das entspräche auch unserem Wunsch, den Hochschulen in dieser Frage mehr Einfluß zu gewähren."

US-Kriegsschiffe auf Kurs nach Mittelamerika

AP/AFP, Washington

Die USA haben beschlossen, erneut Kriegsschiffe in die Gewässer vor Mittelamerika zu entsenden. Der zur Zeit vor den Jungfern-Inseln liegende Flugzeugträger „America" sowie drei weitere Kriegsschiffe werden nach Angaben aus dem Pentagon noch in dieser Woche in der Region eintreffen, um „eventuellen sandinistischen Aktionen zur Störung der Wahlen am 25. März in El Salvador vorzubeugen".

Die vier Schiffe sollen anschließend von Kreuzern und Zerstörern abgelöst werden, die über einen Zeitraum von mehreren Monaten eine amerikanische Marine-Präsenz in der Region gewährleisten sollen. Aus Pentagon-Kreisen hieß es weiter, unbewaffnete amerikanische Aufklärungsflugzeuge hätten mit Aufklärungsflügen über El Salvador begonnen, um festzustellen, ob dort in größerem Umfang Guerilla-Verbände zusammengezogen würden.

US-Präsident Ronald Reagan hat gestern in Washington betont, die von ihm beim Kongreß beantragte Militärhilfe für El Salvador in Höhe von 93 Millionen Dollar sei „dringend notwendig". Reagan hatte am Montag den Kongreß aufgefordert, die zusätzliche Militärhilfe rasch zu bewilligen, da „der Erfolg der Wahlen in El Salvador" davon abhänge.

Rühe skeptisch über Wahlen in Nicaragua

AP, Bonn

Mit großer Skepsis hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühe, nach einer Reise durch Mittelamerika gestern die Chancen beurteilt, daß es am 4. November in Nicaragua zu wirklich freien Wahlen kommt. Vor Journalisten sagte Rühe, die Wahlen blieben eine Farce, wenn die Opposition nicht auch eine reelle Chance habe, die Regierung übernehmen zu können.

Rühe wies darauf hin, daß bis zu den Wahlen in Nicaragua auch in Salvador (25. März), Panama (6. Mai) und Guatemala (1. Juli) gewählt werde. An alle Wahlen sollten gleiche Maßstäbe angelegt werden. Ebenso verwerflich wie die militärische Einflußnahme auf die Wahlen sei der Terror von links- oder rechtsextremistischen Gruppen. Die Region könne nur befriedet werden, wenn kein Land versuche, sein politisches Modell den anderen aufzuzwingen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffe (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geltel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Swapo stimmt Angebot Südafrikas bedingt zu

Verhandlungen über Namibia sollen Angola ausschließen

M. GERMANI, Johannesburg

Die Vorschläge des südafrikanischen Außenministers Pik Botha, über die Einberufung einer Konferenz zur endgültigen Lösung der Namibia-Frage, hat unterschiedliche Reaktionen im südlichen Afrika ausgelöst. Der Vorschlag der Südafrikaner sieht die Teilnahme der in Windhuk tagenden Viel-Parteien-Konferenz vor, die in Zusammenhang mit dem Generaladministrator Willie van Niekrerk an einer internen Verfassungslösung arbeitet, die angolanische Regierung, die südwestafrikanische Volksorganisation (Swapo) und die nationale Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (Unita). Nach der Lusaka-Konferenz und der bevorstehenden Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes mit Moçambique ist das der dritte Vorstoß der Regierung in Kapstadt, das südliche Afrika zu befrieden.

Swapo-Präsident Sam Nujoma sagte in der sambischen Hauptstadt Lusaka, seine Organisation würde eine solche Konferenz akzeptieren, unter der Bedingung, daß sie sich nur mit Namibia und nicht mit der Angola-Frage beschäftige. Damit lehnte er indirekt eine Beteiligung der Unita ab. Ya Toivo, der Mitbegründer der Swapo, den die Südafrikaner vor Abbüßung seiner Strafe aus dem Gefängnis entlassen haben, hat dem sambischen Präsidenten Kanneth Kaunda in der vergangenen Woche gesagt, die Swapo sei nicht an einer Beilegung des Konfliktes interessiert und werde notfalls „unbegrenzt" weiterkämpfen. Kaunda dagegen hielt Premier Botha für „einen ehrlichen Mann, der die Schlüssel zur Unabhängigkeit Namibias in seinen Händen" halte. Gleichzeitig warnte er die Swapo, dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) in einem unabhängigen Namibia militärische Unterstützung zu gewähren. Dieses würde Südafrika den Vorwand liefern, militärische Vergeltungsschläge zu unternehmen. „Genossen, das wäre ein schwieriges Problem für euch."

Willkommene Annäherung

Ein Sprecher der Unita sagte dagegen der WELT, seine Organisation halte die südafrikanischen Vorschläge für eine sehr willkommene Annäherung, um direkten Kontakt zwischen den kämpfenden Fraktionen in Angola herzustellen. Die Ablehnung Nujomas, die Angola-Frage mit in die Verhandlungen einzubeziehen, beweise, daß die Swapo nicht für sich selbst, sondern im Auftrag der angolanischen Regierung spreche.

Südafrikanische Wirtschaftsexperten begrüßten die jüngsten Vorschläge der Regierung Botha. Die wirtschaftliche Interdependenz der Staaten im südlichen Afrika würde die Möglichkeit effektiver Sanktionen gegen Südafrika damit auf ein Minimum beschränken. Politische Beobachter glauben, die UNO-Resolution 435 werde in diesem Zusammenhang nicht mehr angewandt; einer der Haupthinderungsgründe für eine Lösung in Namibia war bisher der von der UNO gegenüber der Swapo verliehene Alleinvertretungsanspruch der Bevölkerung Südwestafrikas, der nun fallengelassen werden könnte.

Truppen dringen vor

Südafrika müßte nun den USA gegenüber beweisen, daß es ernsthaft gewillt ist Namibia die Unabhängigkeit zu geben und sich nicht durch Hindernis, wie eine erhöhte Terror-Tätigkeit der Swapo, von seinem Ziel abbringen lasse. Nach Angaben von Außenminister Pik Botha würde die Tätigkeit der südafrikanisch-angolanischen Überwachungskommission zum Abzug der südafrikanischen Truppen aus Südangola zur Zufriedenheit aller beteiligten Parteien ausgeführt.

Swapo-Truppen dringen nach den letzten Meldungen aus Windhuk weiter innerhalb des Landes vor. Vor zwei Tagen wurden zwei Terroristen 130 Kilometer östlich der Hauptstadt erschossen. Swapo-Gruppen sind bisher so tief noch nicht vorgedrungen. Nördlich der Stadt Oshakati in Ovamboland war ein Dorf mit Granatwerfern am Montag beschossen worden. Die Lage in Ovamboland sei gespannt, und die Armee versuche in einer großangelegten Aktion die 800 Swapo-Infiltranten am weiteren Vordringen nach Süden zu hindern.

In Kapstadt wurden die Gespräche über die künftige Nutzung des am Sambesi in Mocambique gelegenen Wasserkraftwerkes Cabora Bassa vor allem durch südafrikanische Stromabnehmer fortgesetzt. An dem Treffen nahmen der stellvertretende südafrikanische Außenminister Nel und eine portugiesische Delegation teil. Portugal als ehemalige Kolonialmacht Mocambiques hält heute noch etwa 80 Prozent der Anteile des Kraftwerkes. Mocambique hat etwa 18 Prozent der Finanzierung zu tragen.

Heath rügt Londons EG-Haltung

Mißfallen am schroffen Ton und der Substanz der Europapolitik / Für Kompromiß

FRITZ WIRTH, London

Edward Heath, der unversöhnliche Kritiker Margaret Thatchers, hat wieder zugeschlagen, und zwar dort, wo es die Regierung am meisten schmerzt. Nur wenige Tage vor dem Brüsseler EG-Gipfel hat er den Stil und die Substanz der Europapolitik und der Verhandlungsstrategie seiner Regierung attackierrt. Frau Thatcher ist verärgert über die Seitenhiebe ihres Parteifreundes. Sie ist der Meinung, daß sie die Verhandlungsposition der Briten in Brüssel schwächen.

Diese Position hatte sie am Wochenende unmißverständlich vor den Europa-Abgeordneten ihrer Partei umrissen: „Ich will am 19. März eine Lösung der EG-Probleme. Eine Lösung heißt jedoch nicht, die Risse zu kitten. Ich möchte das Fundament wieder herstellen. Das heißt: keine Pfuschereien und keine Kompromisse, die uns über die nächsten Wochen hinweg helfen, sondern realistische und dauerhafte Lösungen der Probleme."

Das sieht auf den ersten Blick so aus, als habe sich die bisher eher lauwarme EG-Pragmatikerin zu einer europäischen Fundamentalistin gewandelt. Zutreffender jedoch ist wohl eher, daß diese Äußerung Teil der Verhandlungstaktik der Briten in Brüssel sind. London will verhindern, daß ihm bei einem Mißerfolg des Gipfels der „Schwarze Peter" zugespielt wird. Frau Thatcher machte deshalb vorsorglich bereits deutlich, daß es in Brüssel „nicht um britische sondern um europäische Probleme gehe".

Edward Heath, der Großbritannien vor zwölf Jahren in die EG führte, hatte bereits 24 Stunden später in einer Rede in Preston die in der Sache unnachgiebige Haltung Frau Thatchers, die in den Tagen zuvor auch Bundeskanzler Kohl und der französische Staatspräsident Mitterrand bei ihren London-Besuchen zur Kenntnis nehmen mußten, herbe kritisiert. Heath ist wie die übrigen europäischen Regierungschefs der Meinung, daß der Ausgang des Brüsseler Gipfels vom Ausmaß der britischen Kompromißbereitschaft abhängig ist. Er forderte deshalb Frau Thatcher zu Zugeständnissen in der Frage der britischen Beitragsregelung und in den Auseinandersetzungen über die Agrarreform auf.

Da seine Rede jedoch nur ein geringes öffentliches Echo fand, hakte Heath gestern mit einem Rundfunk-Interview nach. Er machte die Regierung zunächst darauf aufmerksam, daß ihre Drohung, möglicherweise Beitragszahlungen zurückzuhalten, rechtlich fragwürdig sei; dann attakkierte er den Stil und den Ton, in dem britische Minister mit ihren europäischen Partnern verkehren.

Er bezog sich dabei besonders auf Äußerungen des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe, mit denen er vorgestern gegenüber seinen europäischen Kollegen die britische Position umrissen hatte. „Man könnte glauben", erklärte Heath, „er verhandelt mit der Sowjetunion statt mit unseren europäischen Partnern." Heath warnte davor, daß dieser Konfrontations-Stil zu einem Verlust des Goodwills der EG-Partner führen könnte, „wie ihn einst auch General de Gaulle beklagen mußte".

„Wir müssen jeden Versuch aufgeben, unsere europäischen Partner zu erpressen. Sie wollen eine kooperative Partnerschaft", sagte Heath, der gestern zu Privatgersprächen nach Brüssel fuhr, um seinen Standpunkt vor Ort mit Mitgliedern der EG-Kommission zu diskutieren. In der konservativen Unterhausfraktion gibt es einige Abgeordnete, die die Meinung von Heath teilen, die jedoch das „Timing" für unglücklich halten.

Waffenruhe für Libanon beschlossen

Aber weiter Kämpfe in Beirut / Streit um Rolle Gemayels auf der Versöhnungskonferenz

dpa/APP, Lausanne

Die Teilnehmer der libanesischen Versöhnungskonferenz in Lausanne haben sich gestern abend auf eine unverzügliche Waffenruhe in Libanon geeinigt. Der Waffenstillstand sollte um 21.00 Uhr Ortszeit in Kraft treten. Wie aus Beirut am späten Abend gemeldet wurde, gingen die Kämpfe aber auch nach diesem Zeitpunkt unvermindert weiter. Die christlichen Milizen hätten zwar dem Waffenstillstand prinzipiell zugestimmt, lehnten es jedoch ab, sich aus ihren Positionen zurückzuziehen.

Ein Sprecher des libanesischen Staatspräsidenten Amin Gemayel teilte nach zwei Sitzungsrunden der Konferenz weiter mit, daß in Beirut eine militärische Kommission aus den Vertretern aller Bürgerkriegsparteien an diesem Mittwochmorgen zusammentreffen soll. Die Kommission werde für die Einhaltung des Waffenstillstands verantwortlich sein und auf den Kriegsschauplätzen die Entflechtung der Truppen überwachen. Sobald die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen seien, würden Hafen und Flughafen von Beirut wieder geöffnet.

In dem Beschluß über den Waffenstillstand werden die zerstrittenen Parteien zur Einstellung jeglicher Polemik und ihrer gegenseitigen Rundfunk-Kampagnen aufgefordert. Aufgrund von Streitigkeiten über die Rolle von Präsident Gemayel wurde die Erklärung in Lausanne nicht unterzeichnet. Drusenführer Walid Dschumblatt hatte die Unterschrift von Gemayel als eines Vertreters einer Bürgerkriegspartei gefordert. Gemayel lehnte dies ab, weil er nach seinen Worten als Präsident über den Parteien stehe.

Nach der Einigung über einen Waffenstillstand begann die Versöhnungskonferenz mit der Debatte über das eigentliche Konferenzthema – eine politische Reform des Landes. Ein Sprecher Präsident Gemayels teilte vor der Presse mit, daß dazu am Dienstag verschiedene Papiere eingereicht worden seien. Für diesen Mittwoch seien auch bilaterale Gespräche der einzelnen Gruppen untereinander geplant mit der Hoffnung, „bald eine Rahmenübereinkunft für soziale, politische und wirtschaftliche Reformen zu finden".

Eine Vereinbarung über einen Waffenstillstand war zuvor vor allem an Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierungs- und Oppositionslager über die Rolle von Gemayel gescheitert. Dschumblatt meinte vor Journalisten, Gemayel wolle zu Unrecht als Schiedsrichter auftreten, während er in Wirklichkeit eine „interessierte Partei" sei und nicht über den verschiedenen Gruppen stehe.

Nur wenige Stunden vor der Bekanntgabe des Waffenstillstands hatte Drusenführer Dschumblatt in einem Interview der britischen Rundfunkgesellschaft BBC seine Forderung wiederholt, Gemayel müsse zurücktreten. Ihm sollte wegen „Verbrechen gegen das libanesische Volk" der Prozeß gemacht werden. Dschumblatt sagte, die Konferenz sei Zeitverschwendung, da die maronitischen Christen Gemayels nicht zu radikalen Reformen bereit seien, um ihre historische Dominanz im Libanon zu beenden.

Für Jakarta gilt China als der „Hauptfeind"

Arrangement mit Hanoi über Kambodscha gesucht

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Die Erklärung des Kommandeurs der indonesischen Streitkräfte, Benny Murdani, Vietnam stelle nach Ansicht der indonesischen Militärs keine Bedrohung für die südostasiatische Region dar, ist in Thailand und anderen Mitgliedsländern der Asean mit Befremden registriert worden. General Murdani war im Februar offizieller Gast des vietnamesischen Verteidigungsministers Van Tien Dung, der als Führer des in der Kambodscha-Frage kompromißlosen Flügels im Politbüro gilt. Zuvor hatte Murdani, der bis zum März 1983 Chef aller indonesischen Geheimdienste war, in zwei geheimgehaltenen Vietnamreisen mögliche Gemeinsamkeiten mit Hanoi sondiert.

Läßt sich aus dem Februar-Besuch eine indonesische Abweichung von der bisherigen Einheitsposition der Asean in der Kambodschafrage schließen? Die sechs Aseanländer (Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Thailand, Brunei) bestehen auf dem vollständigen Abzug aller vietnamesischer Truppen aus Kambodscha und freien Wahlen. Murdani, ein energischer und oft ungeduldiger Mann, ist der Führer jener Gruppe indonesischer Militärs und Politiker, die nicht Vietnam, sondern China als den Hauptfeind Südostasiens ansieht.

Unter dieser Perspektive scheint es für Murdani logisch zu sein, durch eine Versöhnung und Kooperation mit Vietnam gemeinsam der „chinesischen Gefahr" entgegenzuwirken. Das soll offenbar dadurch erreicht werden, daß Hanoi und die Asean sich über Kambodscha einigen, konkret: daß beide Seiten den Roten Khmer eine Rückkehr nach Phnom Penh blockieren.

Rolle der Roten Khmer

Murdani geht davon aus, daß sie Marionetten Pekings sind und mit ihrer möglichen neuen Machtergreifung oder Beteiligung in einer Koalitionsregierung China das Sagen in Kambodscha bekäme. Damit stünde China vor der Schwelle zu Südostasien.

Beobachter in Bangkok meinen, daß es Murdani an Sachlichkeit fehle. Schon während der Jahre ihrer Macht haben die Roten Khmer sich von China nicht dreinreden lassen. Sie waren und sind auf Neutralität und Unabhängigkeit bedacht, obwohl China sie – aus Gründen seiner eigenen Antivietnam-Politik unterstützt.

Gut gewählt ist der Zeitpunkt, die indonesischen Vietnam-Interessen in die Diskussion zu bringen. Als Vorsitzender des ständigen Komitees der Asean wird Indonesien Ende Juni der Gastgeber der alljährlich stattfindenden Konferenz der Asean-Außenminister und dem daran anschließenden Dialog mit den Außenministern aus den USA, Japan, Kanada, Australien, Neuseeland und dem jeweiligen EG-Repräsentanten sein. Vietnams Außenminister Nguyen Co Tach hält sich gegenwärtig in Jakarta auf.

Grenze der freien Welt

Im April will sich der indonesische Außenminister Mochtar Kusumaatmadja in Moskau als Sprecher der Asean um sowjetische Vermittlung im Kambodscha-Konflikt bemühen. Doch ob Mochtar dann als Asean-Sprecher auftreten kann, ist fraglich geworden. Während der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten von Brunei einigte sich Thailands Außenminister Siddhi Sawetsila mit seinem Kollegen aus Jakarta auf die Feststellung, daß „Thailand und Indonesien die Bedrohung Südostasiens durch Vietnam unterschiedlich beurteilen".

Wie die Thais über Murdanis Vorstöße denken, ließen sie bei einem Abendessen am 25. Februar mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Kenneth Dam wissen. Siddhi Sawetsila betonte, daß die „thailändische Ostgrenze die Front der freien Welt in diesem Teil des Globus gegen den Vormarsch des Sozialismus ist", und daß das Schicksal Südostasiens vom Schicksal Thailands abhänge. Zuvor hatte der Minister eine dreistündige Unterredung mit seinem chinesischen Kollegen Wu Xuegian, der auf dem Weg von Birma nach Malaysia war. Die beiden Politiker bekundeten ihre Zuversicht, daß die Einheit der kambodschanischen Widerstandskoalition und deren wachsende militärische Stärke Hanoi zum Verhandlungstisch zwingen werde.

Zur Widerstandskoalition gehören die Roten Khmer und die Widerstandsgruppen unter Führung von Prinz Sihanouk und von Son Sann. Murdani will den Ausschluß der Roten Khmer aus der Widerstandskoalition. Aber sie sind deren stärkste und kampffähigste Gruppe. Ohne sie hätte Hanoi in Kambodscha längst gesiegt.

„Marxisten versagen als Wirtschaftsführer“

Jugoslawischer Experte prangert Belgrads Mißerfolge an

C. GUSTAF STRÖHM, Belgrad

Im kommunistischen Jugoslawien wird der zukünftige wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Weg des Landes immer heftiger diskutiert. Dabei melden sich jetzt vermehrt auch jene Kräfte zu Wort, die von der herrschenden Partei – vor allem zu Lebzeiten Titos – als „Techno-Manager“ verteufelt und als Sündenböcke für ökonomische Mißerfolge abgestempelt wurden.

In der jugoslawischen Zeitschrift „Direktor“ – vergleichbar etwa mit dem „Manager-Magazin“ bei uns – stellt der Diplomvolkswirt Ivan Sifter der Wirtschaftspolitik der Zentralregierung und den Teilrepubliken ein geradezu vernichtendes Zeugnis aus. Sifter schreibt: „Der Plan funktioniert nicht. Der Markt wurde zerstört. Eine einheitliche Wirtschaft gibt es nicht.“ Die Bundesinstanzen in Belgrad hätten in den letzten Jahren „keine einzige richtige Entscheidung im Sinne der (wirtschaftlichen) Stabilisierung gefällt.“

Der von der Regierung betriebene „Export um jeden Preis“ führe zu einem „Ausverkauf Jugoslawiens in der Welt“, heißt es. Der Autor fordert eine „Reprogrammierung“ der Auslandsschulden – also eine Art Umschuldung. Ohne eine solche „Reprogrammierung“ könne die Krise nicht überwunden werden. Die bisherige Politik, bei der die Wirtschaft immer mehr exportiere und immer weniger daran verdiene, führe das Land in eine totale Katastrophe.

Vor einer Katastrophe

Immer wieder spricht er von einer bevorstehenden „Katastrophe“, etwa wenn er schreibt: „Wenn wir eine Reprogrammierung der (Auslands-) Kredite, das heißt eine Verlängerung der Zahlungsfristen nicht akzeptieren, sondern auf neue Kredite und neue Schulden zusteuern, dann treten wir in eine Phase wirtschaftlicher Katastrophen ein, und zwar deshalb, weil noch immer nichts Ernsthaftes in Richtung auf eine bessere Ausnutzung einheimischer Natur-, Produktions- und Menschenpotentiale unternommen haben.“

Falls es den Jugoslawen nicht gelingen sollte, die Produktion erheblich zu steigern ..., werde die jugoslawische Führung eine Art „Kriegskommunismus und das System der Lebensmittelkarten im ganzen Land einführen müssen.“

Die Verfassung von 1974 habe zu einer „Beamtenherrschaft“ mit verheerenden Folgen geführt, behauptet Sifter. Charakteristisch für das gegenwärtige System seien „dogmatisches Verhalten, Opportunismus, Selbstbetrug, Flucht vor der Wahrheit und schlechte Information“; damit werde Unwissen sowie Verantwortungslosigkeit kaschiert. Der Artikel schließt mit den Worten: „Wenn wir auch weiterhin die Dogmen der politischen Bürokratie beibehalten, dann wird das nichts anderes hervorbringen als die Zerstörung der Revolution durch die Revolutionäre selber.“

Gute Revolutionäre

Der Autor spricht offen aus, daß sich alle Länder, in denen der Marxismus herrscht, gegenwärtig in der Krise befinden. Diese Länder seien gezwungen, Lebensmittel zu importieren und zur schnelleren Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft die Kredite kapitalistischer Staaten in Anspruch zu nehmen. Die Marxisten, so Ivan Sifter, hätten sich in der Geschichte als außerordentlich gute Revolutionäre und Oppositionelle erwiesen. Wenn es aber um die Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft gehe, in der sie (die Marxisten) an der Macht seien, gehe es nicht so glatt. Die Marxisten bevorzugten dann nämlich die Entwicklung der Produktionsverhältnisse und der Sozialpolitik zum Schaden der Produktivkräfte der Gesellschaft.

Sifter kommt zu dem Schluß, daß sich die Marxisten gegenüber der eigenen Volkswirtschaft in jenen Ländern, in denen sie an der Macht sind, im Grunde immer noch „oppositionell“ verhalten – so, als ob es sich um eine „kapitalistische“ Wirtschaft handle: Sie zerstörten diese Wirtschaft. Deshalb seien die Marxisten geneigt, sich auf Auslandskredite eher als auf die eigene Wirtschaft zu stützen.

Wegen ihrer „oppositionellen“ Haltung gegenüber der eigenen und ihrer Liebe gegenüber der fremden Volkswirtschaft hätten sich viele Marxisten als „sehr schwache Wirtschaftsführer“ erwiesen. Sie hätten ihre eigenen wirtschaftlichen Reichtümer vernachlässigt.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Beschämend und traurig

„Leserbrief: Parteibuch im Waffenrock“; WELT vom 23. Februar

Der General a. D. Pickert mag meinen: „Was kümmert's die alte Eiche, wenn sich ein Borstentier an ihr reibt“ – und schweigen.

So sei es mir als Waffenkameraden und als ehemaligem Untergebenen des Generals gestattet – und ich weiß, daß ich für Tausende spreche – Herrn Major Schütte auf seinen wunderlichen Leserbrief vom 23. 2. zu antworten. Wir Soldaten sind es nachgerade satt, uns – von wem auch immer – verdächtigen und verleumden zu lassen. Daß nun sogar ein aktiver Offizier der Bundeswehr in den Chor der Böswilligen einstimmt, ist – nicht nur für unsere Bundeswehr – beschämend und traurig zugleich.

Woher, so frage ich mich, nimmt der vergleichsweise junge Major, der keinerlei eigenes Urteil haben kann über Persönlichkeiten und Ereignisse, die vierzig Jahre und mehr zurückliegen, die Kühnheit, derart abstruse Ideen zu vertreten und auch noch zu veröffentlichen? Das, was sachlich und historisch darauf zu antworten war, hat Generalmajor Weber in seinem dankenswerten Leserbrief vom 5. 3. 84 gesagt.

Mir als ehemaligem Flakartilleristen und langjährigem Kommandeur in der Bundeswehr geht es dabei allein um die Ehre des Generals der Flakartillerie Pickert. Schon die stil- und formwidrige Titulierung des Generals als „Herr Pickert“, dem „gestrigen, besser noch: vorgestrigen“ Verfechter überholter Anschauungen zeugt von wenig Anstand und soldatischem Empfinden des Herrn Major Schütte.

Den General Pickert aber gar zu verdächtigen, er trage „persönlichen Anteil an Verbrechen und Elend unseres Volkes“ ist ungeheuerlich und schlicht unanständig! Eine solche Äußerung halte ich für empörend und für unvereinbar mit der Standesehre eines Stabsoffiziers der Bundeswehr. Gott sei Dank findet eine solche Ansicht in der Bundeswehr keinen Widerhall.

Als Mann des Krieges und als Offizier der Bundeswehr, aber auch als älterer Kamerad, möchte ich aus meiner praktischen Erfahrung und der Kenntnis des Generals Herrn Major Schütte dahingehend aufklären, daß der ehemalige General der Flakartillerie Pickert ein in drei Armeen und ein in Krieg und Frieden höchst bewährter und ausgezeichneter Soldat und ein untadeliger Truppenführer in einer stets anerkannt modernen und fortschrittlichen Waffengattung gewesen ist. Seine Verdienste um seine Waffengattung und um die ihm anvertrauten Soldaten, seine sprichwörtliche Korrektheit und Zivilcourage und seine Leistungen für unser Land und Volk verdienen Achtung. Sie sind erhaben über polemische Anfeindungen. Diese seine Verdienste angesichts derart unqualifizierter Angriffe in Erinnerung zu rufen, ist ein Gebot der Gerechtigkeit und eine Pflicht der Kameradschaft.

Wer als Offizier der Bundeswehr die Ehre eines solchen Generals angreift und sich dabei auch noch auf Tradition und Ehrbegriffe beruft, der muß sich fragen lassen, ob er den rechten Beruf gewählt hat.

Helmut Schmolck, Oberst a. D.
Rendsburg

Existenzfrage

„Hindernisse für Brüssel in London und Rom?“; WELT vom 2. März

Einmal anders gesehen: Wenn man Ihren Artikel liest, bemerkt man, wie sehr sich die EG-Politik verselbständigt hat. Nur einmal kommt das Wort „Agrarmarkt“, und daraus besteht die EG zum größten Teil, überhaupt vor, und dabei geht es hier um Existensfragen der deutschen Bauern. Voll des Lobes war die WELT beim Agrarbericht. Das durchschnittliche Agrar-Unternehmer-Einkommen, das ist nämlich gleichzeitig sein Lohn, betrug für 1982 26 282 DM.

Ein Arbeitsloser kostet den Staat 22 500 DM. Wir mißgönnen niemandem etwas, und jeder Arbeitslose weiß, wie schlecht damit auszukommen ist. Der Bauer muß aber davon noch die notwendigen Investitionen tätigen, und 1983 sinkt dieses Einkommen noch unter die Kosten eines Arbeitslosen auf 20 600 DM – und das bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 63,5 Stunden wöchentlich.

Pro Kopf der EG-Bevölkerung kostet den Bürger der Agrarmarkt jährlich 100 DM. Das ist die Versicherung für den „am reichsten gedeckten Tisch“ der ganzen Welt.

Der Bürger gibt heute im Durchschnitt 17 Prozent seines Einkommens für Lebensmittel und Getränke aus, vor 25 Jahren waren es noch 40 Prozent. Es sei ihm gegönnt, aber bitte lassen Sie auch dem Bauern seinen gerechten Anteil zukommen. Vor 20 Jahren tauschten wir 1 kg Roggen gegen 1 kg Brot. Heute ist der landwirtschaftliche Anteil an einem Brötchen, das, je nachdem wo ich es kaufe, zwischen 35–50 Pfennige kostet, 1,5 Pfennige.

Claus-Peter Dreckmann,
Dipl. Agr. Ing.,
Hamburg 65

Wort des Tages

„Daß jeder in der Lage, in der er sich befindet, darum ringt, wahres Menschentum an Menschen zu betätigen: davon hängt die Zukunft der Menschheit ab.“

Albert Schweitzer, elsäss. Theologe, Arzt und Musiker (1875–1965)

Weitaus besser

„Beim Babyhandel drückt Justitia oft ein Auge zu“; WELT vom 5. März

Warum sollte die italienische Justiz nicht auch die Augen zudrücken, wenn junge Mütter statt wie hierzulande ihre Kinder per Abtreibung töten zu lassen, diese lieber an zahlungsbereite Adoptiveltern abgeben? Es gehört schon eine gewisse Perversion des Denkens dazu, daß dies überhaupt unter Strafe gestellt ist und heimlich gemacht werden muß.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Abtreibung gehört unter Strafe, und die Abgabe der Säuglinge an Adoptiveltern auch für angemessene 12-15 000 DM – immer noch weniger als ein Mittelklassewagen – sollte gesetzlich geschützt und gefördert werden.

Etwa 100 000 gemeldete Abtreibungen zuzüglich einer Dunkelziffer von 800 000 ergibt fast eine Million mehr Kinder pro Jahr in der Bundesrepublik Deutschland. Man kann davon ausgehen, daß sich die Adoptiveltern mit größerer Liebe und Sorgfalt der Erziehung ihrer Kinder widmen, als die zur Tötung der Babys bereiten abtreibungswilligen Frauen.

Dr. W. Rothenbächer,
Diez

Personalien

EHRUNG

Thyssen Vorstandsvorsitzender **Dieter Spethmann** und **Wichard Gräfin von Arnim** sind für ihre verdienstvolle Zusammenarbeit mit Frankreich ausgezeichnet worden. Spethmann ist seit 14 Jahren Vorsitzender des Deutsch-Französischen Kreises in Düsseldorf, Gräfin Arnim Generalsekretärin des Kreises. Frankreichs Botschafter **Jacques Morizet** überreichte auf Schloß Ernich Spethmann die Insignien des Ritters der Französischen Ehrenlegion, Gräfin Arnim wurde Chevalier des „l'Ordre National du Merite“. Botschafter Morizet würdigte die Aktivitäten des Kreises, in dem es gelungen sei, die in Paris verfolgte Politik insbesondere im wirtschaftlichen Bereich in der Bundesrepublik Deutschland bekannter zu machen. Er erinnerte daran, daß Spethmann eine bedeutende Rolle bei der Gründung von „Eurofer“, dem Verband der europäischen Stahlindustrie, gespielt hat. An der Ehrung nahm auch Pierre Kaufmann teil. Er war viele Jahre in Bonn als Diplomat tätig. Heute ist er Chef der interministeriellen Kommission für Deutsch-Französische Zusammenarbeit im Pariser Außenministerium.

VERANSTALTUNG

Mit einem Empfang in der Hamburger Finanzbehörde beging **Helmut Rademacher**, Präsident des Rechnungshofes der Freien und Hansestadt, sein 40jähriges Dienstjubiläum. Seit 1976 steht Rademacher – bis dahin Staatsrat in der Baubehörde – an der Spitze dieses unabhängigen Kontrollorgans, dessen erster Chef nach dem Krieg der aus den USA heimgekehrte **Herbert Weichmann** war. Zu den Gratulanten gehörten Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi**, Bürgerschaftspräsident **Peter Schulz**, Finanzsenator **Jörg König**, der ehemalige Finanzsenator **Gerhard Brandes**, der Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg **Gerhard Schröder**, SPD-Fraktionsvorsitzender **Henning Voscherau**, der Präsident der Landeszentralbank **Wilhelm Nölling** und Generalstaatsanwalt **Heinrich Backen** sowie zahlreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Rademacher, der 1921 in Hamburg geboren wurde, tritt Ende Juni in den Ruhestand.



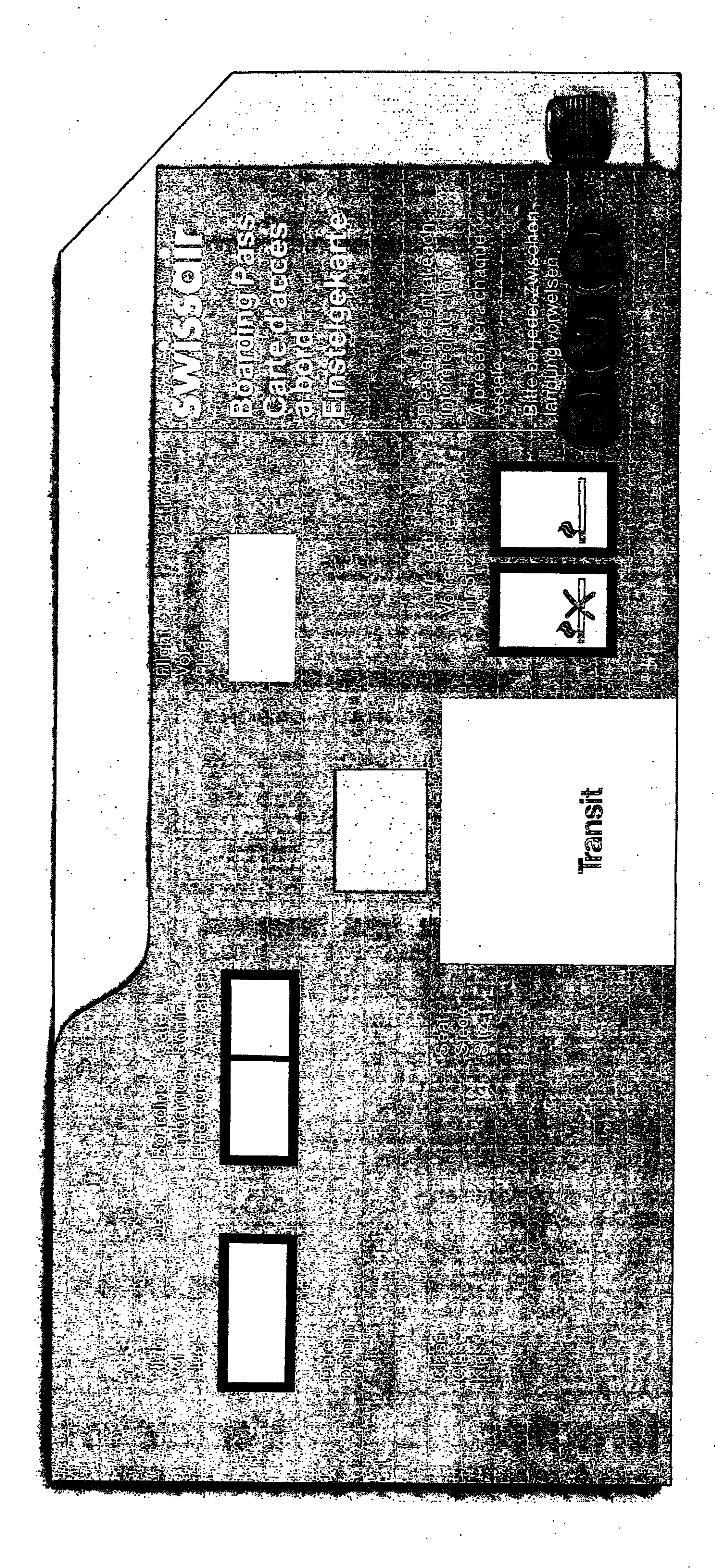


Auszeichnungen: Botschafter Morizet, rechts, ehrte Dieter Spethmann. In der Residenz des französischen Botschafters auf Schloß Ernich wurde auch Wichard von Arnim, links unten, ausgezeichnet. Aline Morizet, Frau des Botschafters, umarmte die Gräfin. FOTOS: KEIL

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

STELLENANGEBOTE

Haben Sie schon erkannt, wie unsere neuste Klasse heisst, die Ihnen weltweit offensteht?



Weil das Bild recht schön symbolisiert, wie massgeschneidert unsere neuste Klasse auf die Bedürfnisse der Geschäftsleute zugeschnitten ist, ist die Aufgabe ganz leicht: Es handelt sich natürlich um unsere Business Class.

Und ganz leicht ist es auch, die Business Class kennenzulernen. Denn sie fehlt ja in keinem Swissair-Flugzeug. Weder auf unseren Strecken nach 20 Destinationen in Afrika noch in unseren Grossraumflugzeugen auf dem Weg nach einer der 13 im Mittleren Osten, der 10 im Fernen Osten, der 5 in Nordamerika oder der 4 in Südamerika. Und in keinem Airbus und in keiner DC-9 auf dem Weg nach einer der 48 Destinationen in Europa.

In der Business Class selber fehlt auch nichts. So sitzen Sie in den B-747 und DC-10 auf neuen, breiteren Sesseln mit Ohrlehnen und Fussstützen. Übrigens um so bequemer, als der Abstand zum Vordersitz auf 96,5 cm vergrössert worden ist, mit nur 8 Sitzen pro Reihe in der B-747 und nur 7 in der DC-10.

Versteht sich, dass wir in einer so gediegenen Atmosphäre für eine besonders sorgfältige Betreuung sorgen. Dass das Kabinenpersonal wesentlich verstärkt worden ist, merken Sie zum Beispiel, wenn Ihnen auf Langstrecken die einzelnen Menü-Gänge nacheinander serviert werden. Oder wenn Ihnen der Champagner kredenzt wird. Falls Sie übrigens mit Tafelmusik speisen möchten: Die acht verschiedenen Musikprogramme können Sie jetzt über neue elektronische Hi-Fi-Kopfhörer empfangen.

Weil Sie jetzt vielleicht finden, dass wir die First Class und die Economy Class wegen der Business Class etwas vernachlässigt haben, möchten wir Ihnen versichern, dass uns das höchstens in einer Anzeige, aber nie an Bord passiert.

swissair

ITALIEN / Woher kommt das Geld für die Stars?

80 000 Essen pro Tag bezahlen Rummenigge

DW./sid, Mailand/Bonn

„Es kommt der blonde Wirbelsturm. Er wird Inter zehn Milliarden Lire kosten!" („Tuttosport"). „Er ist der Champion, der uns noch fehlte. Der italienische Fußball gratuliert Inter. Er hat 13,2 Millionen Mark gekostet, und sein Gehalt wird 5000 Mark pro Tag betragen" („Corriere della Sera").

Italiens Sportjournalisten war gestern kein Superlativ zu gering, um den Wechsel von Karl-Heinz Rummenigge zu Inter Mailand zu feiern. Alles scheint also in bester Ordnung zu sein in der neuen sportlichen Heimat des Kapitäns der deutschen Fußball-Nationalmannschaft. Wer sich hier aber freut, sind vielleicht die Zuschauer und auch die reichen und großen Klubs, die eine Attraktion ausgemacht haben, die auch das eigene Geschäft beleben könnte. Scharfe Kritik kommt dagegen von den kleinen Vereinen. Constantion Rozzi, Präsident des AC Ascoli, machte sich im italienischen Fernsehen zum Sprecher der kleinen und finanzschwachen Klubs: „Wir alle galoppieren dem Bankrott entgegen, wenn weiter mit solch astronomischen Summen jongliert wird. Rummenigges Transfer ist aber nicht nur aus finanziellen, sondern auch aus moralischen und ethischen Gesichtspunkten schärfstens zu verurteilen."

Nicht nur diese Kritik führt zwangsläufig zu der Frage, was die großen italienischen Klubs in die Lage versetzt, derartig hohe Summen für einen einzigen Fußballspieler ausgeben zu können. Wichtig bei der Antwort: Für italienische Klub-Präsidenten ist der Kampf um ausländische Stars eine Prestige-Angelegenheit, die gar nicht genug kosten kann. Rummenigge ist zum Beispiel so etwas wie das Antrittsgeschenk von Ernesto Pellegrini, der erst am Montagabend zum Präsidenten von Inter Mailand gewählt wurde. Und dieser Pellegrini, 44 Jahre alt, ist ein sehr reicher Mann. Er besitzt eine Restaurant-Kette, in der täglich etwa 80 000 Essen verkauft werden. Sein Tagesumsatz wird auf umgerechnet 500 000 Mark geschätzt. Rummenigges Millionen-Gage und die Ablöse an den FC Bayern München bezahlt der neue Präsident von Inter Mailand über den Werbeetat seiner Firma.

Hier liegt das Geheimnis des Finanzgebarens der großen Klubs in der italienischen A-Liga, die mit rund 250 Millionen Mark hoffnungslos verschuldet ist, aber dennoch mit dem Geld um sich wirft. Hinter allen fußballsportlichen Transaktionen steckt die Wirtschaft. Fiat-Boß Gianni Agnelli führt seit Jahren den Verein Juventus Turin. Er kaufte parallel zu Massen-Entlassungen in seinem Werk den Franzosen Michael Platini und den Polen Zbiegniew Boniek. Die in Udine beheimatete Kühlschrank-Firma Zanussi investierte elf Millionen Mark Ablöse für den Brasilianer Zico. Der AS Rom lebt von der größten italienischen Nudelfabrik (Barilla).

Auch die im Vergleich dazu normalen Geldquellen sprudeln im Lande des *Fußball-Weltmeisters* ergiebiger als in der deutschen Bundesliga. Zur Zeit gibt es einen Zuschauerdurchschnitt von rund 40 000 pro Spiel – fast doppelt so hoch wie hierzulande. Die 16 Vereine haben Verträge für Trikot-Werbung in Höhe von etwa 40 000 Millionen Mark abgeschlossen. Das private Fernsehen „Tele Milano" hat für die Übertragungsrechte 90 Millionen Mark geboten. 55 Millionen mehr als die staatliche Gesellschaft „RAI".

In der Bundesliga wird dafür weiter darüber gerätselt, wie Bayern München die Millionen, die es für den Wechsel von Rummenigge erhält, anlegt. Die neuesten Gerüchte: Der Verein will in England einkaufen. Alan Brazil, Mittelstürmer von Tottenham Hotspur, soll auf der Wunschliste stehen. Dagegen scheint eine andere Spekulation beseitigt. Dettmar Cramer, Trainer von Bayer Leverkusen, dementierte Berichte (auch in der WELT vom Montag), er habe mit Vertretern von Bayern München über die Möglichkeit gesprochen, Herbert Waas an die Isar ziehen zu lassen. Cramer: „Ich habe weder mit Rummenigge, Manager Hoeneß oder irgendeinem anderen Vertreter des FC Bayern über Waas gesprochen. Auch nicht mit einem anderen Klub, weder in Deutschland noch im Ausland. Ich würde sogar mein Hierbleiben davon abhängig machen, wenn irgend jemand aus meinem Klub über einen Wechsel von Waas verhandeln sollte."

Seite 2: Den Kicker kicken

FUSSBALL / Pokal ist die letzte Hoffnung dieser Saison für Hertha BSC Berlin – Zuletzt nur noch 2392 Zuschauer

Trainer Luppen sollte durch Kliemann ersetzt werden

DIETER DOSE, Berlin

„Der Mann hat kein Konzept." Das war die Begründung von Hertha BSC im Frühjahr 1983, als sich Diethelm Ferner (42) um den vakanten Trainerposten beim Absteiger aus der Fußball-Bundesliga bewarb. Der Berliner Klub entschied sich für Martin Luppen (47), der mit Fortuna Köln das Pokalfinale *erreicht hatte (0:1 gegen* den 1. FC Köln). Ferner, „der Mann ohne Konzept", aber steht jetzt mit Schalke 04 an der Tabellenspitze der 2. Liga und gilt als sicherer Aufsteiger in die Bundesliga. Heute, im Nachholspiel des Pokal-Viertelfinales in Berlin, kann Ferner mit seiner Mannschaft die letzte Hoffnung der Berliner auf ein Erfolgserlebnis in dieser Saison beenden.

Denn nur noch im Pokal läßt sich Herthas Image aufpolieren. Zwar konnte die akute Abstiegsgefahr inzwischen gebannt werden, aber Mittelmaß, wie es Hertha präsentiert, ist fast noch tödlicher. Die Zuschauerzahlen zeigen es: Seit dem 2. Oktober von 22 379 (beim 2:3 gegen Schalke) sackten sie auf zuletzt 2392.

„Unsere Zielsetzung heißt ganz klar: direkter Wiederaufstieg", verkündete Martin Luppen beim Dienstantritt. Unter diesen Erfolgszwang setzte ihn das Präsidium. Inzwischen erwies sich der Trainerstuhl für Luppen (Max Merkel in der „Bild"-Zeitung: „Ich stelle ihn mir prima vor als Latein-Lehrer für meine Tochter") zeitweise als Schleudersitz. Aus einer Berliner Zeitung erfuhr er letzten Samstag, daß Hertha noch vor dem heutigen Schalke-Spiel den Trainer wechselt, wenn in Lüttringhausen verloren wird. Hertha siegte – „und der Spuk von einem Trainerwechsel ist endgültig vorbei" (Präsident Wolfgang Holst). Denn den möglichen Pokal-K.o. gegen Schalke wollen selbst die strengsten Luppen-Kritiker in der Vorstandsetage dem Trainer nicht anlasten. Ein Luppen-Nachfolger stand schon Gewehr bei Fuß, um innerhalb von Stunden einzuspringen: Uwe Kliemann (34), ehemaliger Berliner Bundesligaspieler, der durch eine Knieverletzung frühzeitig zum Bundesliga-Invaliden wurde. Bei der Abstimmung im Wirtschaftsrat des Vereins war er Luppen im letzten Jahr nur knapp unterlegen.

Dabei hängt die Misere des Vereins nur bedingt mit dem Trainer zusammen. Der Kredit beim kritischen Berliner Publikum war schon in der vergangenen Saison verspielt worden, als sich die Mannschaft fast widerstandslos dem Abstiegsschicksal ergab und der Vorstand am 64 Jahre alten Trainer Georg Gawliczek festhielt, obwohl er bei den Spielern keinen Funken Autorität mehr besaß.

„Ganz Fußball-Deutschland lacht über die Verpflichtung von Nogly und Skov", mußte sich Präsident Holst in der Mitgliederversammlung die Mißgriffe bei der Verpflichtung neuer Spieler unter die Nase reiben lassen. Von sieben Spielern, die Hertha seit Sommer 1983 holte, haben nur zwei einen Stammplatz: Der allerdings häufig verletzte Ex-Fürther Wolfgang Metzler und der von Arminia Bielefeld gekommene Heiko Meier. Peter Kempa aus Kassel, mit 375 000 DM Ablösesumme der teuerste, ist nur Reservist, ebenso wie der für 345 000 DM verpflichtete Däne Sören Skov.

Peter Nogly (37), beim Hamburger SV einst „Eiche" genannt, kam zum Nulltarif aus Amerika. Weil sein Vertrag jeweils zum 15. eines Monats kündbar ist, belastet er Hertha zumindest finanziell nicht sehr. Dank seiner Routine ist er immer noch stärker als mancher 15 Jahre Jüngere im Luppen-Kader.

„Wir haben unsere Mannschaft insgesamt überschätzt", will Holst das sportliche Debakel in der 2. Liga nicht nur den Fehleinkäufen zuschreiben. „Den entscheidenden Fehler haben wir schon 1982 begangen. Nach dem Aufstieg wurde die Mannschaft nur unzureichend verstärkt, so daß es postwendend zum Abstieg kam." Als Holst 1980 offiziell der erste Mann im Verein wurde, hatte Hertha rund sechs Millionen Mark Schulden. Heute sind es noch 2,5 Millionen. Schuldenabbau zum Preis des zweimaligen Abstiegs ...

Trotz der Zuschauermisere ist die finanzielle Situation erstaunlich gut. Denn den Verbindlichkeiten stehen 1,8 Millionen Mark Außenstände gegenüber. Allein 1,1 Millionen an Ablösesummen u. a. für die Spieler Mohr (Eintracht Frankfurt) und Remark (SVW Mannheim). „Mit 700 000 DM rechnen wir noch von der Versicherung für die Sportinvaliden Bonhof und Ziegert", sagt Club-Sekretär Günther Herzog. Für den 1982 vom 1. FC Köln geholten Rainer Bonhof, der insgesamt nur 519 Minuten für Hertha spielte und dabei – so rechnete es eine Zeitung aus – einen Stundenlohn von 48 000 DM kassierte, muß die letzte Rate in Höhe von 60 000 DM noch an den 1. FC Köln gezahlt werden....

Keine Zuschauer, wenig Siege, kleine Prämien. 445 000 DM noch schüttete Hertha in der Saison 1981/82 an Prämien aus. In dieser Spielzeit sind es bisher rund 90 000 DM. Für den 4:1-Sieg in Lüttringhausen gab es pro Spieler genau 187,07 DM. Für die nächste Saison ist dem Deutschen Fußball-Bund zusammen mit dem Lizenzantrag auch schon ein Sparplan zugesandt worden. Statt 2,4 Mill. DM stehen die Spielergehälter künftig nur noch mit 1,55 Millionen zu Buche. Statt 17 000 Zuschauer im Schnitt pro Heimspiel wird nur noch mit 12 000 (derzeit ca. 9400) kalkuliert.

SPORT-NACHRICHTEN

Sperre für Gruber

Frankfurt (dpa) – Rigobert Gruber, Vorstopper von Werder Bremen, ist vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes für drei Wochen gesperrt worden. Gruber war beim Bundesligaspiel gegen den 1. FC Nürnberg (25. Februar) wegen unsportlichen Verhaltens des Feldes verwiesen worden.

Erneutes Remis

Wilna (dpa) – Die beiden sowjetischen Schachgroßmeister Wassili Smyslow und Garry Kasparow trennten sich auch in der zweiten Partie im Kandidaten-Finale zur Schach-Weltmeisterschaft mit einem Remis. Vor der dritten Partie, die heute stattfindet, steht es nun 1:1.

UdSSR und „DDR" fehlen

Indianapolis – Knapp fünf Monate vor den Olympischen Spielen in Los Angeles boykottieren die UdSSR und *die „DDR" den Gymnastik-Amerika-*Cup am Wochenende im New Yorker Madison Square Garden. Die Sowjetunion begründet ihre Entscheidung mit „antisowjetischen Kampagnen" in den USA.

Leverkusen erst in Belgrad

Leverkusen (sid) – Die beiden Endspiele um den Europapokal im Damenhandball gegen Radnicki Belgrad *werden die Damen* des deutschen Meisters Bayer Leverkusen am 25. März in Jugoslawien und am 31. März in der eigenen Halle zu Hause austragen.

Holmes gegen Coetzee

New York (sid) – Der Kampf um die Box-Weltmeisterschaft im Schwergewicht zwischen Larry Holmes (USA) und dem Südafrikaner Gerrie Coetzee ist perfekt. Er soll am 1. oder 8. Juni in Las Vegas stattfinden. Holmes erhält rund acht Millionen Dollar, Coetzee 2,5 Millionen.

Beutel ausgeschieden

Metz (sid) – Hans-Dieter Beutel schied bereits in der ersten Runde des Internationalen Tennis-Turniers in Metz aus. Beutel unterlag dem Amerikaner Eric Korita 6:7, 2:7.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 744 263,60 Mark, 2: 57 251,00, 3: 6223,80, 4: 121,90, 5: 9,50. – **Spiel 77:** 1: unbesetzt, Jackpot: 1 680 126,40. – **Toto:** Elferwette 1: 39 193,20, 2: 1011,40, 3: 299,00. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 761 771,30, 2: 21 511,00, 3: 1548,70, 4: 34,10, 5: 3,90. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 196,90, 2: 39,10. Rennen B: 1: 252,50. 2: 41,10. – Kombinationsgewinn: unbesetzt.

(Ohne Gewähr)

Formel 1 – oder: Wohl dem, der einen Kühlschrank hat

Wohl dem Formel-1-Team, das in dieser Saison einen entwicklungsfreudigen Kühlschrank-Hersteller an der Hand hat. Wie die englische Firma Toleman mit ihrem italienischen Partner. Denn besonders für jene Teams mit Turbo-Motoren wird der gutkühlende Schrank in der Boxenstraße künftig unabdingbar sein.

Nicht wegen des Champagners nach dem Rennen. Es geht um anderen Treibstoff, es geht um Benzin. Der muß künftig auf 20 Grad Kälte gebracht werden, um das neue Reglement zu umgeben. Denn ab sofort dürfen pro Rennen nur noch 220 Liter Kraftstoff verbraucht werden, Nachtanken ist ohnehin passé. Da stellt sich die Frage: Wie macht man aus notwendigen 250 Liter 220 Liter Benzin? Durch Absenken der Temperatur, denn 220 Liter gutgekühlten Treibstoffs entsprechen 250 Liter bei Betriebstemperatur.

Ein Eisschrank für die Formel 1!

Nur, was passiert, wenn es zum Beispiel beim Grand-Prix-Einstand am 25. März in Rio de Janeiro eine Startverzögerung gibt? Wenn dann die ganze Sauce bei vierzig Grad tropischer Hitze aus allen Ritzen auf die heiße Straße quillt, weil das Zeugs auftaut und ein stehendes Auto es nun einmal nicht verbrauchen kann? Die Tragweite einer möglichen Brandkatastrophe ist nicht vorstellbar.

Aber gravierende Regeländerungen in der Formel 1 haben fast immer zur technischen Eskalation geführt, und daß man auch ein Material verwenden kann, das Benzin gleichsam wie ein Schwamm aufsaugt, das ist eigentlich schon wieder ein alter Hut. So, wie der meiste Fortschritt in der Formel 1.

K. Bl.

STAND PUNKT

Liefert Moskau dem Irak Giftgas?

dpa/UPI, **Bagdad/Teheran**

Der Irak hat gestern erneut dementiert, im Krieg gegen Iran Giftgas eingesetzt zu haben, sich aber bereiterklärt, die Anklage untersuchen zu lassen. Während in der iranischen Hauptstadt Teheran eine aus vier Giftgasexperten bestehende UNO-Kommission zu einer Inspektion eintraf, sagte der Generaldirektor des irakischen Informationsministeriums, Hassan Tawalba, in einem Interview, der Irak werde eine internationale Untersuchung hinnehmen, „aber wir erklären, daß wir nicht gewillt sind, andere Waffen einzusetzen als konventionelle". Er beschuldigte den amerikanischen CIA, die Anschuldigungen in die Welt gesetzt zu haben.

Der belgische Professor Aubin Heyndrickx von der Universität Gent hat inzwischen erklärt, er habe in den Körpern von ihm untersuchter Soldaten Spuren von Senfgas und Mycotoxin, ein unter dem Namen „Gelber Regen" bekanntes Gift, gefunden.

Mycotoxin gebe es in westlichen Ländern nicht. Die Benutzung sei nur in Afghanistan und Kambodscha gemeldet worden. Im letzten Falle habe sein Laboratorium Substanzen identifiziert. Es deute alles darauf hin, daß die Sowjetunion seinem Verbündeten Irak Mycotoxin geliefert hat. Die Vermischung mit dem anderen Gas könne im Irak erfolgt sein.

Die iranischen Soldaten seien, so der Wissenschaftler, durch diese besondere Giftgasmischung verletzt worden. Heyndrickx sagte nach Untersuchung von Proben, es sei das erste Mal, daß das im ersten Weltkrieg von den deutschen Truppen verwendete Senfgas mit dem „Gelben Regen" vermischt worden sei.

Gegen diese Mischung gebe es kein Mittel. Sie verursache nicht nur schwere und äußerst schmerzliche Wunden. Dieses Gas dringe auch in die Lungen, und man finde seine Spuren im Blut und im Urin. Heyndrickx, der täglich aus Wien von Verletzten stammende Proben erhält und analysiert, meinte: „Es wäre besser, sofort zu sterben, als davon betroffen zu sein."

Dennoch ist es Ärzten in Wien offenbar gelungen, den Zustand vergifteter Iraner zu „stabilisieren". Wie gestern aus der Universitätsklinik in Wien verlautete, konnte ein Iraner aus der Intensivstation entlassen werden.

Vorruhestand demnächst bereits mit 58 Jahren?

Neue Regelung sieht geringeren Bundeszuschuß vor

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Vorruhestandsregelung soll gegenüber dem Gesetzentwurf der Bundesregierung geändert werden. Darauf einigte sich gestern eine Koalitionsrunde, an der unter anderem der Chef der Unionsfraktion, Dregger, und die Minister Blüm und Stoltenberg teilnahmen. Heute entscheiden die Koalitionsfraktionen über diesen Vorschlag. Danach sollen auch 58jährige in den Genuß der Regelung kommen (bisher sollte sie von 59 Jahren ab gelten). Der Bundeszuschuß wird aber auf 35 Prozent (bisher 40) gekürzt. Ferner enthält der Vorschlag eine Überforderungsklausel: Wenn mehr als fünf Prozent der Belegschaft von dem Angebot Gebrauch machen wollen, muß dem Arbeitgeber Freiwilligkeit garantiert werden; es sei denn, es werden in den Tarifverträgen Ausgleichskassen vereinbart, in die die Arbeitgeber einen bestimmten Prozentsatz der Lohnsumme einzahlen. Nach Bonner Schätzungen wären für die 58er Regelung etwa 1,3 bis 1,4 Prozent der Lohnsumme erforderlich. Diese Leistung müßte in den Tarifverhandlungen honoriert werden.

Damit wird die im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehene Mittelstandsklausel für Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten hinfällig: Wenn mehr als ein Beschäftigter in Betrieben dieser Größe den Vorruhestand in Anspruch nehmen will, sind die fünf Prozent überschritten, und es liegt Überforderung vor.

Einigen sich die Tarifpartner auf die Bildung von Ausgleichskassen, so ist es aus der Sicht des einzelnen Betriebes vom finanziellen Standpunkt her gleichgültig, wie viele Beschäftigte den Vorruhestand in Anspruch nehmen.

Apels Kandidatur gesichert?

Longolius als Favorit der SPD-Linken ohne Chancen / Entscheidung am 31. März

F. DIEDERICHS/dpa **Berlin**

Der frühere Bundesverteidigungsminister Hans Apel (SPD) hat gestern in Berlin offiziell seine Bereitschaft erklärt, als Spitzenkandidat der Berliner Sozialdemokraten für den Wahlkampf 1985 anzutreten. Apel, der diese Entscheidung bereits am Montag in Ludwigsburg bekanntgegeben hatte, erläuterte gestern vor dem Landes- und Fraktionsvorstand der Berliner SPD seine Bewerbung, die in enger Abstimmung mit der Bonner und Berliner Parteispitze zustande kam. Für Apel zeichnet sich innerhalb der SPD bereits eine deutliche Mehrheit ab.

„Ich will in Berlin gewinnen", sagte Apel am Nachmittag nach einer gemeinsamen Sitzung des SPD-Landes- und Fraktionsvorstandes. Er habe die „feste Absicht", unabhängig vom Wahlkampf in Berlin zu bleiben. In den nächsten sechs bis acht Wochen werde er „zur Sache" der Probleme Berlins so wenig wie möglich sagen. Er wolle zunächst die zwölf Bezirke der Stadt besuchen und dann zu den Problemen Stellung nehmen.

Apel betonte, er sei im Wahlkampf darauf angewiesen, daß die „ganze Breite" der Sozialdemokraten ihn unterstütze. Um „Flügelspielereien" werde er sich nicht kümmern. Seine politische Überzeugung werde er aber „nicht an der Berliner Garderobe abgeben". Er erwarte, daß die Berliner SPD bis zum Sonderparteitag am 31. März um den besten Kandidaten ringe, dann aber geschlossen hinter dem Gewählten stehe.

Auf einer Pressekonferenz unterstrich Apel, er komme „aus eigenen Stücken" nach Berlin. „Ich bin zu alt, als daß man mich noch schicken kann." Er habe die Entscheidung nach „schwierigen Gesprächen mit seiner Frau" getroffen.

Apel will sich im Falle seiner Nominierung auch um ein Mandat im Berliner Abgeordnetenhaus bewerben. Zunächst wolle er aber wieder für das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion kandidieren und sein Bonner Mandat so lange behalten, bis er sein Berliner Amt im März 1985 antrete. Das Jahr bis zu den Wahlen wolle er in Hamburg wohnen bleiben und ein bis zwei Tage in der Woche nach Berlin kommen.

In einer ersten Stellungnahme zu der Kandidatur Apels sagte gestern der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, er habe Interesse „an einer gewissen Stabilität und der damit verbundenen Berechenbarkeit der Opposition". Es sei ihm jedoch „gleichgültig, wer SPD-Spitzenkandidat wird".

Über die Möglichkeit, gegen Apel im Wahlkampf antreten zu müssen, äußerte er sich zurückhaltend. Apel sei sicherlich ein Mann mit besten Erfahrungen, mit Berlin werde er jedoch Erfahrungen noch sammeln müssen, sagte Diepgen.

Überreaktionen der „DDR" gegen Ausreisewillige

AP, **Berlin**

Zu „hysterischen Überreaktionen" des Staatssicherheitsdienstes der „DDR" ist es in Jena gegen Personen gekommen, die Ausreiseanträge gestellt haben. Wie die Berliner „Arbeitsgemeinschaft 13. August" gestern bekanntgab, seien in letzter Zeit größere Gruppen Ausreisewilliger im Schnellverfahren von zu Hause oder im Betrieb abgeholt und von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes verhört worden. Dies hätten aus Jena in West-Berlin eingetroffene ehemalige Bewohner Mitteldeutschlands berichtet.

Bei den Verhören habe der Staatssicherheitsdienst vor allem nach den Motiven für die beantragte Ausreise gefragt. Die Beamten wollten ferner wissen, ob die Ausreisewilligen bereits bei der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin gewesen seien oder dorthin geschrieben hätten. Bei den Verhörten habe sich der Eindruck aufgedrängt, daß die Befragung darauf abzielte, Material gegen die Ständige Vertretung zu sammeln. So sei einem Verhörten ins Protokoll diktiert worden: „Ich habe mir erhofft, daß die Ständige Vertretung Bonns in Ost-Berlin Druck auf unseren Staat ausübt."

In Moskau traf Vogel auf Skepsis und Unverständnis

F. H. NEUMANN, **Moskau**

In der rüstungspolitischen Diskussion zwischen Ost und West gab es keine neuen Erkenntnisse. Das ist wohl das wichtigste, wenn auch etwas magere Ergebnis der Gespräche gewesen, die eine Gruppe von SPD-Abgeordneten unter Führung von Hans-Jochen Vogel in Moskau führte. Der Fraktionsvorsitzende stellte auf einer abschließenden Pressekonferenz fest, daß die sowjetische Seite unverändert die Rückkehr zum „vorherigen Zustand" in Europa verlange, bevor es wieder Verhandlungen über die Begrenzung der Mittelstreckenraketen geben könne. Alle anderen Erwartungen seien eine Selbsttäuschung. „Die amerikanischen Raketen müssen weg", faßte ein Teilnehmer die sowjetische Haltung zusammen.

Vogel sah dadurch die Bedenken bestätigt, die seine Fraktion in der Stationierungsdebatte des Bundestages vorgebracht hatte. Er bedauerte erneut, daß im Herbst vorigen Jahres ein „erreichbarer Kompromiß nicht ernsthaft angestrebt wurde". Egon Bahr betonte, in Moskau sei jetzt „nicht der geringste Punkt eines Unterschiedes" zur vorherigen sowjetischen Haltung erkennbar gewesen. Karsten Voigt vertrat sogar die Ansicht, die SPD-Abgeordneten seien nach Moskau gekommen, „um alle früheren Positionen bestätigt zu bekommen".

Die von den SPD-Abgeordneten vorgebrachten Vorschläge sind in Moskau unterschiedlich aufgenommen worden. „Skeptisch", so Vogel, hätten sich die Gesprächspartner des Obersten Sowjet, die vom Politbürokandidaten und ZK-Sekretär Ponomarjow angeführt wurden, über eine Zusammenlegung der Verhandlungen über strategische und Mittelstreckenwaffen geäußert. „Aufgeschlossen" seien sie der Anregung begegnet, künftig auch über taktische Nuklearwaffen zu sprechen. Beide Seiten stimmten in der Ansicht überein, daß auf anderen Gebieten neue Ost-West-Initiativen „geboten erscheinen", wie sich Vogel ausdrückte. Er bezog sich damit auf die Wiener MBFR-Verhandlungen, umfassende Teststoppvereinbarungen, die Entmilitarisierung des Weltraumes und beiderseitige Vereinbarungen über Gewaltverzicht. Die SPD-Abgeordneten begrüßten die Bereitschaft des Kreml, die weltweite Beseitigung chemischer Waffen an Ort und Stelle kontrollieren zu lassen. Sie schlugen vor, eine ähnliche Regelung vorab schon für Europa anzustreben. Die sowjetischen Partner stimmten dem zu und erklärten, auch dabei örtliche Kontrollen akzeptieren zu wollen.

Wo es zu konkreten Vereinbarungen kam, blieben sie schmal. Auf der Parteiebene soll eine gemischte Gruppe herausfinden, „wie Rüstungsausgaben gesenkt und die ersparten Beträge zugunsten der Dritten Welt verwendet werden können". Das ist ein Hinweis auf Willy Brandt und die Nord-Süd-Kommission, greift aber auch einen entsprechenden Vorschlag des Warschauer Paktes auf. Sodann einigte man sich darauf, daß einige westdeutsche und sowjetische Schulklassen in Aufsätzen über „Sicherheit" nachdenken – und über die Frage, „wodurch sie sich in dieser Sicherheit bedroht fühlen". Später sollen die Schüler darüber diskutieren.

Der als Berater mitgereiste Physiker Carl-Friedrich von Weizsäcker beschwor in einem Gespräch mit dem sowjetischen Akademiepräsidenten Anatolij Alexandrow die gemeinsame Verantwortung der Wissenschaftler für die Bändigung der atomaren Gefahren, die sie durch ihre Forschungsarbeiten heraufbeschworen haben. Er fand die volle Unterstützung seiner Moskauer Kollegen. Die Reaktion, die von Weizsäcker mit seinen besorgten Hinweisen auf das Schicksal des Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow auslöste, blieb verborgen.

Als die SPD-Abgeordneten ein weiteres Mal darauf drängten, die drastisch verringerte Aussiedlung deutscher Sowjetbürger zu erleichtern, stießen sie auf ausweichende Reaktionen und abweichende Begründungen für diese Entwicklung. Vogel, der dafür vorher Herbert Wehner in Bonn konsultiert hatte, konnte immerhin eine Liste besonders kritischer Fälle überreichen. Er betonte, daß die Opposition in den humanitären Fragen die Wünsche der Bundesregierung voll unterstütze.

Der Fraktionsvorsitzende ließ in Moskau auch keinen Zweifel daran, daß die Sozialdemokraten die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik bejahen. Er verwies auf die wesentlichen Unterschiede in den Gesellschaftsordnungen sowie auf „tiefgehende ideologische Gegensätze". Unter Berufung auf die Vertragspolitik, die von Brandt eingeleitet und von Schmidt fortgesetzt worden sei, betonte er andererseits den Wert der friedlichen Koexistenz für die deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Das zweitägige Besuchsprogramm Vogels und seiner Begleiter Bahr, Wischnewski, Voigt und von Weizsäcker, das auf Einladung des Obersten Sowjets zustande kam, bestand nicht nur aus politischen Gesprächen. Es mußte zum Teil mit eher touristischen Terminen aufgefüllt werden. Der Fraktionsvorsitzende traf sich zum Beispiel mit Moskaus „Oberbürgermeister" Promyslow, den er seit der Münchner Olympiade kennt, und besuchte das Stadthaus von Lew Tolstoj. Am gestrigen Vormittag legte er am Grab des früheren Parteichefs Andropow vor der Kremlmauer ein Blumengebinde der SPD-Fraktion nieder. Für das kurze Zeremoniell hatte die Kremlwache den Roten Platz etwa eine Stunde lang hermetisch abgesperrt. Keiner der sowjetischen Gastgeber war zugegen. Aus ihren Kreisen hörte man nur: „Wozu diese Veranstaltung?"

Seite 2: Kommen wir zur Sache

Nuntius tritt aus Altersgründen zurück

DW. **Bonn**

Der Apostolische Nuntius Guido del Mestri, Vertreter des Heiligen Stuhls in der Bundesrepublik Deutschland, tritt in den Ruhestand. Dies teilte del Mestri gestern auf der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Altötting mit. Er wird sein Amt noch bis zur Ernennung eines Nachfolgers fortführen. Traditionsgemäß ist der Apostolische Nuntius in Bonn auch Doyen des Diplomatischen Corps.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Josef Kardinal Höffner, dankte dem Nuntius für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Mit diplomatischem Geschick habe er die Staat und Kirche gemeinsam interessierenden Fragen behandelt.

Del Mestri, in Bosnien geborener Italiener, wuchs in Österreich auf. Er gehört seit 1940 dem Auswärtigen Dienst des Vatikans an und trat 1975 in Bonn die Nachfolge von Erzbischof Bafile an.

Kein Grund zum Feiern

Ha. (Brüssel) – Viel Beifall können die Agrarminister der EG nicht erwarten, wenn sie zu Hause ihren Kompromiß über die Begrenzung der Milchproduktion präsentieren. Die Hoffnungen auf eine grundlegende Reform der europäischen Agrarpolitik waren ohnehin recht niedrig gespannt. Der Supermann muß noch gefunden werden, der gleichzeitig Europa rettet, die Bauern und Verbraucher zufriedenstellt und den Finanzministern unliebsame Mehrzahlungen erspart.

So beschränkt der Milchkompromiß die künftige Erzeugung auf eine Menge, die noch immer um 12 bis 13 Millionen Tonnen höher liegt als der gegenwärtige interne Verbrauch der EG. Er schiebt damit allenfalls einem weiteren Anwachsen der Marktordnungsausgaben für diesen Sektor einen Riegel vor. Es ist jedoch anzuerkennen, daß der Grundsatz der unbeschränkten Preis- und Absatzgarantie zum erstenmal deutlich eingeschränkt wurde. Wenn dies Schule macht, ist der ärgste Konstruktionsfehler des Agrarmarktes korrigiert

Eine bessere Lösung war politisch nicht drin. Vier Delegationen wollten entweder von dem System ganz ausgenommen werden oder erheblich höhere Quoten beschließen. Daß eine Einigung ohne allzu große Abstriche vom Vorschlag der EG-Kommission gelang, zeugt vom Willen der Minister, über den eigenen Schatten zu springen.

Nicht leicht gemacht hat es sich auch Ignaz Kiechle. Er muß den Bauern als erster Agrarminister nominale Preissenkungen zumuten. Die deutsche Milcherzeugung wird um 7,5 Prozent gedrosselt. Für den Allgäuer Kiechle ist dies kein Grund zum Feiern.

Umschuldung?

J. Sch. (Paris) – Die von der französischen Regierung seit einem Jahr verfolgte Austerity-Politik ist mutig – aber sie reicht zur Wiederaufrichtung des Landes nicht aus. Dieser von der Opposition weitgehend geteilten Auffassung hat jetzt Jean-Pierre Fourcade einen spektakulären Akzent gegeben: Wenn er wieder Finanzminister wäre, würde er als erstes einen Zahlungsaufschub für die gewaltigen Auslandsschulden beantragen. Das ist leicht gesagt aber schwer getan. Zwar bekäme Frankreich durch ein Moratorium konjunkturell etwas Luft, die Regierung müßte nicht mehr die Inlandsnachfrage und damit die Importe so klein halten, wie dies die zur Amortisierung der Auslandsschulden notwendigen Leistungsbilanzüberschüsse erfordern. Aber ein Moratorium wäre für das ohnehin nicht überragende internationale Ansehen der Sozialisten eher von Nachteil. So wird diese Regierung wohl weiter Schulden machen, bis sich die Umschuldungsfrage – möglichst erst für die Nachfolger – von selbst stellt.

MASCHINENBAU / Furcht vor heftigen Ausschlägen in der Währungsentwicklung

„Bei günstiger Konstellation doch noch ein echter Aufschwung in Sicht"

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Noch sieht der Maschinenbau, mit einer Million Mitarbeitern größter deutscher Industriezweig, mit einer gewissen Skepsis in die Zukunft. Ein für 1984 erwartetes reales Produktionswachstum von drei Prozent wird nach dem zweiprozentigen Rückgang des Vorjahres „allenfalls als Erholung" eingestuft. Allerdings hofft die Branche, daß sich daraus „bei günstiger Konstellation doch noch ein echter Aufschwung entwickelt".

Insgesamt kann Otto H. Schiele, neuer Präsident des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) immerhin schon feststellen, daß sich das Geschäftsklima gebessert hat. Seit Oktober 1983 spiegeln auch die Auftragseingänge einen „vorsichtigen Erholungsprozeß" wider. Im letzten Quartal des vergangenen Jahres wuchsen sie preisbereinigt um 16 Prozent, und auch der Januar 1984 gab mit einem Plus von 17 Prozent Anlaß zu „vorsichtigem Optimismus".

Die erhoffte günstige Entwicklung stehe freilich „unter dem Damoklesschwert der völlig überzogenen Forderungen in der laufenden Tarifrunde", warnt Schiele. Und: „Die Forderung der IG Metall nach Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich trifft den Maschinenbau an seinem Lebensnerv." Bei Gewinnen, die mit einem Prozent vom Umsatz in den vergangenen beiden Jahren das langfristige Minimum erreicht haben, sei eine Lohnkostensteigerung um 14 Prozent (plus Anpassungskosten) schlichtweg nicht mehr zu verkraften.

Das gilt um so mehr, als sich noch längst nicht alle der 36 Maschinenbau-Fachzweige wieder auf der sonnigeren Seite der Konjunktur sehen. Beschäftigungssorgen haben noch vor allem jene Bereiche, die von langfristigen Investitionsprojekten, speziell im Grundstoff- und Energiebereich abhängen, wie die Gießerei- und Kraftmaschinenhersteller oder der gesamte Großanlagenbau.

Zudem hat die Branche mit ihrer auf den ersten Blick erfreulichen Umsatzsteigerung um fast zwei Prozent, die freilich schon nach Abzug der Preiserhöhungen in ein Minus von einem Prozent umschlägt, 1983 zum zweiten Mal ausgiebig von ihren Auftragspolstern gelebt. War mit dem Auftragsbestand im Oktober 1981 noch die Beschäftigung der Branche (im Schnitt) für 6,2 Monate gesichert, so waren es ein Jahr später nur noch 5,5 Monate und im Oktober 1983 gerade noch fünf Monate. Inzwischen dürfte das Bild aber schon wieder etwas besser aussehen.

Eine bessere Optik ergibt sich auch bei der Kapazitätsauslastung. Nachdem im Dezember 1982 mit 76,7 (81,9) Prozent der Tiefpunkt erreicht war, hatte sie sich Ende 1983 wieder auf 78,9 Prozent erholt. Dahinter stehen freilich nicht nur höhere Auftragseingänge, sondern auch der Abbau von Kapazitäten: Allein im vergangenen Jahr ging die Beschäftigtenzahl auf 1 010 000 (1 048 000) zurück; 1980 beschäftigte die Branche noch 1 090 000 Mitarbeiter.

Der Produktionszuwachs 1984 wird in erster Linie für einen Abbau der Kurzarbeit (Februar 1984: 84 000 Mitarbeiter, Dezember 1982: 152 000 Mitarbeiter) sorgen, meint Schiele. Da bei anziehenden Investitionen, auf die die Maschinenbauer als ihre eigenen Kunden hoffen müssen, die Produktivität um mehr als die 2,8 Prozent des Vorjahres steigern dürfte, rechnet man aber mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigtenzahl unter die Millionengrenze.

Unwägbarkeiten sehen die Maschinenbauer, die mit 62 Prozent ihrer Umsätze von Auslandsmärkten abhängen, noch in der Verschuldungslage etlicher Abnehmerländer (VDMA-Vizepräsident Peter Jungen: „Da hat sich kaum etwas geändert – eine Besserung könnte sich schnell als falscher Eindruck erweisen") und in der Währungsentwicklung.

Sorgen bereiten vor allem die starken Ausschläge: „Ein Kurs des Dollar zur Mark von 2,80 oder 2,50 bedeutet für uns eine Veränderung unserer Wettbewerbsposition gegenüber unseren Hauptkonkurrenten um zehn Prozent innerhalb weniger Tage. Das reduziert am Ende Zollrunden und andere langwierige handelspolitische Bemühungen zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen zu Bagatellen", urteilt Jungen.

EG-AGRARMINISTER

Über Grenzausgleich und Milcherzeugung einig

W. HADLER / dpa/VWD, Brüssel

Die Agrarminister der Europäischen Gemeinschaft haben gestern einen Drei-Stufen-Plan zum Abbau des umstrittenen deutschen Grenzausgleichs beschlossen, der bisher deutsche Agrarexporte in andere EG-Länder um zehn Prozent verbilligt. Die Einigung über den Grenzausgleich kann aber nur dann in Kraft treten, wenn sich die EG auch auf die restlichen Teile der Finanz- und Agrarreform auf dem Gipfel Anfang nä chster Woche geeinigt hat.

Nach der neuen Regelung sollen von den zehn Prozent am 1. April 1984 drei Punkte abgebaut werden, die den Bauern in Ländern mit schwachen Währungen Einkommensverbesserungen möglich machen. Am 1. Januar 1985 werden die deutschen Agrarpreise allerdings in der zweiten Stufe um fünf Prozent gesenkt und der Grenzausgleich damit auf unter zwei Prozent gedrückt. Die Einkommensverluste für die deutschen Landwirte, die mit zwei Milliarden Mark beziffert werden, sollen zum großen Teil aus dem Bonner Haushalt beglichen werden.

Zuvor war es den Landwirtschaftsministern – beinahe unerwartet – gelungen, einen der wichtigsten Streitpunkte der Reform der europäischen Agrarpolitik rechtzeitig vor dem bevorstehenden Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs auszuräumen: der Eindämmung der Milcherzeugung.

Vom Wirtschaftsjahr 1984/85 an werden den Milchbauern der Gemeinschaft nur noch innerhalb bestimmter Höchstmengen volle Preis- und Absatzgarantien gewährt. Dieser Kompromiß ist allerdings von einer Einigung über das Gesamtpaket der in Aussicht genommenen Agar- und Finanzreform abhängig.

Nach langwierigen Debatten verständigten sich die Minister darauf, daß die Gesamtmenge, die in der Gemeinschaft zu vollen Preisen abgenommen wird, bis 1989 schrittweise auf 97,2 Mill. Tonnen reduziert werden soll. 1983 wurden 103,8 Mill. Tonnen erzeugt. Im ersten Jahr sollen die Landwirte noch 98,8 Mill. Tonnen produzieren dürfen. Vom Wirtschaftsjahr 1985/86 an wird die Garantiemenge auf 97,8 Mill. Tonnen gekürzt. Von dieser Globalmenge werden 97,2 Mill. Tonnen auf die Mitgliedsländer verteilt, 600 000 Tonnen werden von der EG-Kommission „verwaltet".

Diese „Reserve" soll vor allem den Italienern zugute kommen, die bis zuletzt versucht hatten von der Quotenregelung ausgenommen zu werden. Die Iren machen ihre Zustimmung zu dem Kompromiß nach wie vor von einer Sonderlösung für sich abhängig; darüber muß noch der EG-Gipfel befinden.

Eine Übergangsfrist für die Quotenregelung hat vor allem Frankreich gefordert, das einen hohen Anteil von Kleinbetrieben hat, denen die Umstellung schwer fällt. Statt auf zwei verständigte sich der Rat schließlich auf ein Jahr. Trotzdem kommt Frankreich mit einer Einschränkung seiner Milchproduktion um knapp drei Prozent erheblich besser weg als die Bundesrepublik, die sich nach Angaben von Ernährungsminister Kiechle mit einer Drosselung der Erzeugung um 7,5 Prozent abfinden muß.

Durch die Mehrphasenregelung entstehen keine neuen Kosten. Für das kommende Wirtschaftsjahr (und ausschließlich für dieses) beschlossen die Minister eine Anhebung der geltenden Erzeuger-Mitverantwortungsabgabe von zwei auf drei Prozent des Milchrichtpreises. Der EG-Haushalt wird daher durch den Kompromiß gegenüber den Vorschlägen der Kommission nicht stärker belastet.

Die Lehre des Giganten

Von JOACHIM GEHLHOFF

Die Widersacher scharren in den Startlöchern. Die Hauptversammlung der Thyssen AG am 30. März soll, nimmt man die aus der Hamburger Magazinecke lancierten Tatarennachrichten für bare Münze, das Scherbengericht über den Vorstandsvorsitzenden Dieter Spethmann einleiten. Denn unter seiner Führung bietet der größte privatwirtschaftliche Stahlkonzern Europas (139 000 Beschäftigte) den 220 000 Eigentümern von 1,3 Milliarden Mark Aktienkapital für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) aus dem erwirtschafteten 28-Milliarden-Umsatz erstmals nicht einmal die in den letzten Jahren gezahlte „Pflegedividende" von zwei Mark. Statt dessen einen gut eine halbe Milliarde Mark schweren Verlustabschluß ohne verläßlich nahe Aussicht zur Dividendenrückkehr.

Ungnädig, so wird aus der gleichen Magazinecke verkündet, betrachte auch Thyssens erfolgreicher Nachkriegs-Konzernbaumeister Hans-Günter Sohl (77) vom Olymp seines Aufsichtsrat-Ehrenvorsitzes die Taten des von ihm großgezogenen Nachfolgers. Dieter Spethmann (57), seit 1973 im Amt und zudem Vorsitzender des deutschen Stahlproduzentenverbandes, solle nach Wunsch der Bankiers im Aufsichtsrat keine Erneuerung seines Ende 1984 auslaufenden Fünf-Jahres-Vertrages bekommen und tunlichst noch in diesem Jahr in die Frührente geschickt werden. Braut sich da ein Königssturz zusammen?

Höchstwahrscheinlich nicht. Sieht man einmal davon ab, daß Managementquerelen für die Magazin-Publizistik verführerisch und oft wichtiger sind als Unternehmensschicksale, so bleibt zwar an den Mutmaßungen um die Position des Thysenchefs immer noch mehr als nur ein Körnchen Wahrheit.

Offensichtlich kreiden die um ihre milliardenschweren Stahlkredite besorgten Banken-Aufsichtsratsmitglieder dem Thyssenchef an, daß er im letzten Herbst die Hürde für die Krupp/Thyssen-Stahlfusion mit seinem Begehr nach staatlicher Schuldenentlastung für Krupp „zu hoch" machte und damit auch die gesamte Neuordnung der deutschen Stahlindustrie nach Moderatorenkonzept stranden ließ. „Mit Sohl wäre uns das nicht passiert."

Doch solcher Rekurs auf die Vergangenheit, das erkennt offenbar auch die große Mehrheit im Thyssen-Aufsichtsrat, hat seine Tücken. Es schmälert nicht das Verdienst des großen alten Mannes der deutschen Stahlindustrie, wenn man heute feststellt, daß Sohls Konzernkonzepet von einer neuen Wirklichkeit längst und gründlichst überholt worden ist. Zugespitzt formuliert: Zwei Jahrzehnte lang (bis 1973) war Thyssen mit aller Kraft darum bemüht, Europas größte und rationellste Stahlbasis mit 20 Millionen Jahrestonnen aufzubauen. Seitdem geht es mit aller Macht darum, dieses Potential auf etwa 13 Millionen Tonnen abzubauen.

Andere waren da früher schlauer. Der Familienclan der Haniels etwa verkaufte 1968 sein Stahl- und Kohlereich an Thyssen und baute mit dem Geld die ertragreiche Metro-Handelsgruppe als Mitbeteiligter auf. Mannesmann übertrug 1969 sein gesamtes Walzstahlpotential auf Thyssen gegen eine Vorrangstellung in der strukturell günstiger liegenden Röhrenproduktion. Thyssen aber setzte noch im Februar 1973 bei der Einweihung des ersten von drei geplanten (und nie gebauten) Großhochöfen zum Stückpreis von einer Viertelmilliarde Mark auf das alte Stahlkonzept. Erst der 1973 vollzogene Erwerb der großen Rheinstahl-Verarbeitungsgruppe, bereits von den Nachfolgern der alten Konzernführungsgarde vorbereitet, signalisierte neue Ziele der Strategie.

Seitdem bietet der Stahlgigant in der nun schon zehnjährigen Krise seiner Branche eine eindrucksvolle Lehre. Sie gilt auch für die Zukunft. Ihr Fazit: Die dauerhafte Rückkehr zu einer anständigen Dividende müssen vornehmlich die Konzernbereiche Handel und Verarbeitung bringen. In den letzten zehn Jahren haben sie ihren Umsatz bereits reichlich verdreifacht und ihren Anteil am gesamten Konzerngeschäft von 49 auf 69 Prozent erhöht. Die mehrjährig haushohen und jetzt erst schwindenden Verluste bei der großen US-Verarbeitungstochter Budd zeigen zwar die auch auf neuen Konzernwegen lauernden Risiken, widerlegen die Tendenz aber nicht.

In solcher neuen Lage macht es keinen Sinn mehr, zu den alten Konzerngöttern zu wallfahren. Das Scheitern ihrer Strategie aber hat einen versöhnlichen Aspekt. Sie konnten einst ebensowenig wie jeder vernünftige Mensch die Unvernunft voraussehen, mit der nun schon 100 Milliarden Mark Subventionen für Europas Stahlwerke verhindern, daß beim unerläßlichen Kapazitätsabbau die Schwachen verschwinden und die Starken den Lohn der Tüchtigkeit vom Markt erhalten.

AUF EIN WORT



„Der Staat trägt längst Mitverantwortung dafür, wenn immer mehr und mehr versuchen, sich vom Staat zu holen, was ihnen der Markt nicht gibt."

Paul Schnitker, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Bonn FOTO: JUPP DARCHINGER

Gute Noten für die Geldpolitik

Stw. Bonn

Als Beleg für die Richtigkeit der Stabilisierungspolitik wertet das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg die fortschreitende Konjunkturbesserung in den Industrieländern. Der Erfolg spiegele sich wieder in der Eindämmung der Teuerung des privaten Verbrauchs von zwölf Prozent 1980 auf knapp fünf Prozent im letzten Jahr. Vor allem habe die Beruhigung des Lohnauftriebs Ertragslage und -aussichten der Unternehmen verbessert. In der US-Finanzpolitik und der Überbeanspruchung des Kapitalmarktes durch den Staat sieht das Institut weiterhin einen Unsicherheitsfaktor. Zumindest in Westeuropa dürften nach Ansicht des HWWA die Argumente gegen eine angemessene monetäre Expansion an Zugkraft verlieren. Denn von den Wechselkursen seien keine Preisanstöße zu befürchten, da der Dollar im Laufe des Jahres „eher zur Schwäche neigen" werde.

LEIPZIGER MESSE

Lambsdorff: VW-Auftrag bald unter Dach und Fach

MAHNKE / WEERTZ, Leipzig

In Leipzig beschwor Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff „ein Klima gegenseitiger Verläßlichkeit". Was vereinbart wurde, ist eingehalten worden, meinte Lambsdorff in einem Rückblick auf die letzten Jahre.

In dem Lohnveredelungs-Auftrag für die Unternehmen Peine/Salzgitter und Hoesch über 300 Millionen Mark für fünf Jahre sieht Lambsdorff ein Beispiel für internationale Arbeitsteilung. Da der „DDR" im Warenbreitbandbereich Kapazitäten fehlen, diese aber in Europa ohnehin zu hoch sind, wird die „DDR" bei Salzgitter und Hoesch Stahl walzen lassen. Die Firmen hätten natürlich lieber ein entsprechendes Werk geliefert. Außerdem will die „DDR" in Hamburg zwei gebrauchte Seefrachter für Weizentransporte kaufen. Der Vertrag hat einen Wert von 25 Mill. DM. Dies gab Lambsdorff nach seinem Gespräch mit dem Wirtschaftsexperten im Politbüro der SED, Günter Mittag, bekannt.

Lambsdorff geht ferner davon aus, daß der Vertrag mit dem Volkswagenwerk bald verwirklicht wird. Wie in Leipzig verlautet, sind die Eckdaten von der Staatsführung der „DDR" abgesegnet. Es geht dabei um die Pkw-Motoren-Fertigung, die die Zweitakter-Motoren der Pkw „Wartburg" unda „Trabant" ersetzen soll.

Freilich wird auf der Frühjahrsmesse deutlich, daß Ost-Berlin nach wie vor in der Investitions- und Kreditpolitik einen vorsichtigen Kurs steuert. Über größere Anlageprojekte will sie jetzt im Zusammenhang mit dem neuen Fünf-Jahres-Plan von 1986–1990 entscheiden. Es ist daher keineswegs sicher, ob der Tiefpunkt im Investitionsgüter- und Anlagengeschäft (nur 16 Prozent der Gesamtlieferungen entfallen noch darauf) schon jetzt überwunden ist.

VERBAND DEUTSCHER REEDER

Nach dem Sturmtief ist nun wieder Land in Sicht

W. WESSENDORF, Bremen

„Die Reeder sehen einen Hoffnungsschimmer am Horizont." Leichten Optimismus verbreitete der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Reeder (VDR), John Henry de la Trobe, in Bremen vor der Landespresse-Konferenz. Die Schiffseigner seien zwar sturmgebeutelt, hätten das Tief aber ohne Wassereinbrüche überstanden. De la Trobe rechnet in diesem Jahr nicht mit weiteren Zusammenbrüchen von Reedereien. Dennoch werde die Zukunft mit kritischer Zuversicht betrachtet.

Die Schiffsreedereien verfügen gegenwärtig über 426 Handelsschiffe unter deutscher Flagge mit zusammen 5,7 Mill. Bruttoregistertonnen (BRT). Damit hat sich die Handelsflotte im Vergleich zum Vorjahr um zehn Schiffe oder 439 000 BRT verringert.

Sorgen bereite noch die Tankschiffahrt, meinte der VDR-Vorsitzende. Aber die Frachtschiffahrt werde vom allgemeinen konjunkturellen Aufschwung belebt. De la Trobe: „Die weitere Entwicklung der Schiffahrtsmärkte hängt größtenteils von den Einflüssen aus dem politischen Raum ab." So warnte der Vorsitzende davor, die Ausflaggung deutscher Schiffe unter Genehmigungszwang zu stellen. Dieser Schritt führe nicht zuletzt wegen der weitreichenden Folgewirkungen in die Planwirtschaft.

De la Trobe, der auch Vorsitzender der Tarifgemeinschaft Deutscher Reeder ist, nannte den Abschluß mit den Gewerkschaften über neue Heuertarifverträge „bemerkenswert". Zwar habe keiner der Tarifpartner damit zufrieden sein können. Aber der Abschluß verrate das Augenmaß aller Parteien. Denn ein Arbeitskampf in der Seeschiffahrt bleibe nicht nur auf deutsche Häfen konzentriert, sondern würde sich weltweit ausdehnen. Der Vorsitzende: „Das hätte verheerende Folgen."

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Saarland erhöht Bürgschaft für Saarstahl

Saarbrücken (dpa/VWD) – Die erneuten Finanzprobleme bei dem saarländischen Stahlunternehmen Arbed Saarstahl, Völklingen, mit rund 16 000 Beschäftigten sind offenbar überwunden: Wegen der jeweils zur Monatsmitte auftretenden vorübergehenden Liquiditätsschwierigkeiten bei Arbed Saarstahl hat das Saarland seine im Februar beschlossene Ausfallbürgschaft von 30 Mill. Mark an das Unternehmen erneuert und für März auf 40 Mill. Mark erhöht. Das gab der saarländische Wirtschaftsminister Horst Rehberger (FDP) bekannt. Nach Darstellung des Ministers ist damit zu rechnen, daß die EG-Kommission in Kürze die von der Bundes- und Landesregierung beschlossenen direkten Finanzhilfen an Arbed Saarstahl für 1984 genehmigen wird. Von der Ende vergangenen Jahres vereinbarten 100-Millionen-Mark-Finanzspritze hat das Unternehmen bisher erst 54,2 Millionen ausgezahlt bekommen.

Stromversorger sparen Öl

Frankfurt (dpa/VWD) – Die öffentliche Elektrizitätswirtschaft hat ihren Ölverbrauch 1983 um rund ein Drittel verringert. Damit seien nur noch 1,8 Prozent (1982: 2,9 Prozent) der von den öffentlichen Stromlieferanten produzierten elektrischen Energie mit Öl hergestellt worden, berichtet die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW). Am gesamten Energiemarkt der Bundesrepublik habe Öl dagegen noch einen Anteil von mehr als 40 Prozent.

Brüssel legt sich nicht fest

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission wird sich bei der angestrebten Einführung von bleifreiem Benzin in der Gemeinschaft nicht auf eine bestimmte Technologie wie das Katalysator-Verfahren festlegen. Dies hat der für Binnenmarktfragen zuständige EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes auf Anfrage eines britischen Europa-Abgeordneten klargestellt. Die Auswahl der technischen Möglichkeiten werde der Industrie überlassen.

Manila will Moratorium

Manila (rtr) – Die Philippinen werden nach Angaben von Ministerpräsident Cesar Virata die Gläubigerbanken des Landes um ein drittes 90tägiges Moratorium für die Begleichung der Auslandsschulden ersuchen. Das derzeit noch geltende Moratorium läuft am 16. April aus. Die Philippinen hätten jedoch den Instituten angeboten, sämtliche im ersten Quartal fälligen Zinszahlungen von rund 150 Millionen Dollar zu leisten. Virata hatte in der vergangenen Woche in den USA Verhandlungen mit den rund 350 Gläubigerbanken über die Umschuldung der rund 25 Milliarden Dollar Auslandsverbindlichkeiten des Landes geführt.

Privatisierung in Venezuela

Caracas (VWD) – Die venezolanische Regierung beabsichtigt im Rahmen ihres Austerity-Programms den Verkauf oder die Reorganisation verschiedener staatlicher Gesellschaften wie der internationalen Fluglinie Viasa und der Industrial Bank. Betroffen ist nach Presseberichten auch die Venezuelan Development Corporation, Muttergesellschaft von mehr als 100 Unternehmen, von denen die meisten tiefrote Zahlen schreiben. Die Industrial Bank hat Schulden von rund 1,9 Mrd. Dollar, die Verbindlichkeiten bei Viasa werden auf über 130 Mill. Dollar geschätzt.

Wochenausweis

	7.3.	29.2.	7.2
Netto-Währungs-reserve (Mrd.DM)	72,0	70,7	67,6
Kredite an Banken	73,8	77,5	79,7
Wertpapiere	7,5	7,7	7,8
Bargeldumlauf	102,7	101,7	102,1
Einl. v. Banken	48,5	49,6	49,8
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,0	1,4	1,8

FRANKREICH / Stahlindustrie soll weiter schrumpfen

Demonstrationen geplant

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Für die französische Montanindustrie hat die Stunde der Wahrheit geschlagen. Nach dem Sanierungsplan für den verstaatlichten Steinkohlenbergbau, der, wie berichtet, einen bedeutenden Abbau der Förderung und der Belegschaft vorsieht, ist jetzt die Eisen- und Stahlindustrie an der Reihe. Die näheren Bedingungen ihrer Umstrukturierung sollen zwar erst am 28. März von der Regierung festgelegt werden. Die Gewerkschaften haben aber bereits für nächsten Freitag zu Demonstrationen aufgerufen.

Sie widersetzen sich damit vor allem jeder Entlassung. Bisher hatte diese Industrie im Rahmen verschiedener Sozialpläne ihre Belegschaft ausschließlich durch vorzeitige Pensionierungen und dadurch abgebaut, daß natürliche Abgänge nicht durch Neueinstellungen ersetzt wurden. Die in der ersten Phase der Stahlkrise darüber hinaus durchgeführte Vermitthung von Stahlarbeitern in andere Branchen ist wegen der schlechten Konjunktur der Ersatzindustrien (vor allem der Automobilindustrie) inzwischen zum Stillstand gekommen. Deshalb wird erwartet, daß diesmal Entlassungen nicht vermieden werden können.

Immerhin rechnet man damit, daß von den zur Zeit 95 000 Stahlarbeiten in den nächsten zwei bis drei Jahren 25 000 bis 30 000 freigesetzt werden. Der für die Sanierung dieser Industrie notwendige Belegschaftsabbau wird in Expertenkreisen sogar auf etwa 40 000 Personen veranschlagt. Diese Ziffer ist aber bei den bisherigen Vorgesprächen fallengelassen worden.

Dafür hat die Regierung kürzlich die staatlichen Kapitaldotationen an die beiden (verstaatlichten) Stahlkonzerne Sacilor und Usinor von 6,45 Mrd. Franc in 1983 auf 5,5 Mrd. Franc für 1984 zusammengestrichen. Dies reicht aber bei weitem nicht aus, um auch nur deren Verluste abzudecken, welche im letzten Geschäftsjahr zusammen rund 10 Mrd. Franc betragen hatten. Andererseits verlangt die Regierung bis 1986 voll ausgeglichene Abschlüsse. Angesichts der weiterhin pessimistisch beurteilten Stahlkonjunktur kann dieses Ziel aber nur durch drastische Rationalisierungsmaßnahmen erreicht werden.

Noch im letzten Stahlplan von Ende 1982 hatte die Regierung dieser Industrie für 1986 ein Produktionsziel von 24 Mill. Tonnen Rohstahl gesetzt. Inzwischen ist diese Produktion aber von 21,3 Mill. Tonnen 1981 auf 18,40 Mill. Tonnen 1982 und 17,59 Mill. Tonnen 1983 zusammengeschrumpft. Ein neues Ziel wurde zwar noch nicht festgesetzt, jedoch dürfte es das derzeitige Produktionsniveau unterschreiten.

ASBESTZEMENT / Wandel im Hochbau

Entwicklung 1991 beendet

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Bis zum 31. Dezember 1990 wird die Asbestzement-Industrie sämtliche Hochbauprodukte asbestfrei herstellen. Diese Versicherung gab der Vorsitzende des „Wirtschaftsverbandes Asbestzement" (WVAZ), Hans Thöni, gestern anläßlich der Vorstellung eines weiteren Innovationsprogramms der angeschlossenen Produzenten gegenüber Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in Bonn.

Der Bundesinnenminister hat die Anstrengungen des WVAZ ausdrücklich gewürdigt, der schon heute, drei Jahre nach seinem ersten Innovationsprogramm, rund 30 Prozent weniger Asbest in seinen Hochbauteilen verwendet als noch 1980. In der Endstufe wird Asbest durch „Fasern textilen Ursprungs" im Zement ersetzt sein. Blumenkästen, so Thöni, sind bereits seit zwei Jahren asbestfrei.

Nach Ansicht von Zimmermann hat die Asbestzementindustrie ein Beispiel dafür gegeben, „wie Maßstäbe im Sinne eines kombinierten Arbeits- und Umweltschutzes auch ohne staatliche Ge- und Verbote wirksam werden können".

Der WVAZ wird den Bundesinnenminister wie schon bisher jährlich über den jeweils erreichten Stand der Asbestreduktion unterrichten. Die Bundesregierung, die davon ausgeht, daß die jeweiligen Innovationsprodukte auf der Basis wirtschaftlicher Herstellungsverfahren dem bisherigen Qualitätsstandard entsprechen, wird der Kommission der Europäischen Gemeinschaft den Vorschlag einer EG-Entschließung zur Reduzierung des Asbestgehaltes in der Asbestzementproduktion entsprechend dem deutschen Modell vorschlagen. Der in der Bundesrepublik verwendete Asbest wird hauptsächlich aus Kanada, den UdSSR und Südafrika eingeführt.

BUNDESFINANZHOF / Der Berg unerledigter Fälle ist 1983 erneut gewachsen

„Uns steht das Wasser bis zum Hals"

DANKWARD SEITZ, München

Einen ständig wachsenden, kaum überschaubaren und nur noch statistisch erfaßbaren Berg an unerledigten Fällen schiebt der Bundesfinanzhof (BFH), München, vor sich her. „Uns steht das Wasser bis zum Hals", meinte fast resignierend BFH-Präsident Prof. Franz Klein anläßlich der Vorlage des Jahresberichts des obersten deutschen Finanzgerichts. Und noch nie sei die Belastung des BFH seit seinem Bestehen „so ausweglos und ernst" gewesen wie am Ende des Jahres 1983.

Allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl der noch anhängigen Fälle, wie Klein mitteilte, um 563 auf die fast unvorstellbare Zahl von 4603. Per 1. März 1984 waren sogar 4847 Verfahren beim BHF anhängig. Die wachsende Flut von Eingängen, die im vergangenen Jahr mit 2927 (Vorjahr: 2720) einen neuen absoluten Höchststand erreicht habe, könne bewältigt werden, obwohl die Zahl der Erledigungen seit 1980 um fast neun Prozent auf 2391 Fälle gesteigert werden konnte. Wären keine Neueingänge mehr zu verzeichnen wäre der BFH insgesamt fast zwei Jahre mit der Aufarbeitung der Rückstände belastet.

Eine besondere Rechtsproblematik sieht Klein darin, daß bedeutsame und schwierige Verfahren allein beim BFH oft vier Jahre und länger anhängig sind. Gehe man aber von dem Zeitpunkt der ersten Steuerveranlagung aus, könne man sagen, daß ein Verfahren bis zur rechtskräftigen Entscheidung durch den BFH durchschnittlich etwa neun Jahre dauere. Das bedeute, daß die Steuerpflichtigen zwar ihr Recht bekommen, doch in den meisten Fällen habe dies dann keine Bedeutung mehr.

Den Hauptgrund für die lange Verfahrensdauer und die hohe Zahl an Rückständen sieht Klein in dem noch kaum „überschaubaren Wust" von Steuergesetzen, Richtlinien und Erlassen sowie ständigen Änderungen der einzelnen Gesetzgeber. Neben einem ganzen Bündel von Rechtsvereinfachungen forderte Klein die Aufhebung der Kfz-Steuer, die über eine höhere Mineralölsteuer wieder hereingeholt werden könnte, sowie der Gesellschaftssteuer, die in keinem Verhältnis zum Verwaltungsaufwand stehe. Zudem: Wiedereinführung des Sonderausgabenabzugs für Schuldzinsen und der Familienbesteuerung, eine allgemeine Tarifsenkung zur Beseitigung der vielfältigen Abzüge und Freibeträge sowie eine Erhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuer nach Verkehrswerten. Darüberhinaus verdeutliche die auch 1983 hohe Zahl von 586 als unzulässig verworfenen Rechtsmittel die Notwendigkeit einer Neuregelung für Prozeßvertretungen.

Für das Jahr 1984 kündigte Klein unter anderem noch folgende Entscheidungen von allgemeinem Interesse an: Ein Urteil, das praktisch das gesamte Steuerrecht einer GmbH & Co. KG betrifft. Sind bei Lebensversicherungen Rückstellungen für Beitragsrückerstattungen Verbindlichkeiten? Sowie: Ermittlung des Nutzungswerts einer Wohnung im eigenen Haus, Gemeinnützigkeit von Jugendreligionen und die Vorsteuerabzugsberechtigung des Grundstücks- oder Wohnungseigentümers bei Zwischenvermietung.

EG

Kohle allgemein weniger gefragt

WILHELM HADLER, Brüssel

Der europäische Kohlenbergbau steht vor anhaltenden Absatzproblemen. Dies zeigt der Jahresbericht der EG-Kommission zum Markt für feste Brennstoffe. 1983 hat sich mit Ausnahme einzelner Sektoren die Kohle-Nachfrage allgemein verringert. Statt 312 Mill. Tonnen 1982 wurden 294 Mill. Tonnen verkauft, was vor allem auf einen geringeren Koksbedarf der Stahlindustrie und der Stromerzeugung zurückzuführen war.

Für das laufende Jahr erwarten die Kommissionsexperten einen Rückgang der Gemeinschaftsproduktion um 12 Mill. Tonnen auf 217 Mill. Tonnen. Dies entspricht einer gleich starken Abnahme der Förderung wie im vergangenen Jahr. Die Kohle- und Koksvorräte in der EG machten am Jahresende mit 144 Mill. Tonnen einen Verbrauch von über einem halben Jahr aus.

Abgenommen haben auch die Kohleimporte aus Drittländern. Mit 62 Mill. Tonnen erreichten sie 10 Mill. Tonnen weniger als 1982. Unter den Lieferländern mußten vor allem die USA und Südafrika Rückgänge hinnehmen. Australien und Polen hingegen erhöhten ihren Marktanteil in der EG dank billigerer Angebote.

Die Kommission rechnet auch bei Erdgas mit einem Angebotsüberhang bis Anfang der neunziger Jahre. Entgegen früheren Erwartungen wird der Verbrauch nach aktuellen Schätzungen statt 221 Mill. Rohöleinheiten (ROE) nur noch 197 Mill. Tonnen erreichen. Die bis 1990 voraussehbare Nachfrageentwicklung ist damit voll durch die Eigenproduktion und die bestehenden Lieferverträge gedeckt. Trotzdem muß nach Ansicht der EG-Behörde möglichst schnell über die Erschließung des norwegischen Erdgasfeldes Troll entschieden werden, um für später eine zu große Abhängigkeit vom sowjetischen Gas zu verhindern.

VIDEORECORDER

Thomson fordert höheren Außenzoll

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die europäische Produktion von Videorecordern ist zum Scheitern verurteilt, wenn der Außenzoll der EG gegenüber Einfuhren aus Japan nicht von gegenwärtig acht auf 14 Prozent erhöht wird. Das erklärte der Handelsdirektor von Thomson Grand Public, Christian Blanckaert, anläßlich des „Internationalen Festivals für Ton und Bild", das gestern in Paris mit eher gedämpften konjunkturellen Erwartungen eröffnet wurde.

In Frankreich, wo man zwischen Herbst 1982 und Frühjahr 1983 durch die Zollschikane von Poitiers die Einfuhr von Videorecordern praktisch blockiert und die Geräte überdies mit einer Sondersteuer belastet hatte, kam es letztes Jahr dennoch zu einem Absatzrückgang von 28 Prozent; bei Videokameras sogar von 37 Prozent. Auch in anderen Bereichen der Unterhaltungselektronik schrumpfte die Nachfrage – bei Farbfernsehgeräten um 10,4 Prozent und bei Kassettenrecordern sowie HiFi-Anlagen um je 17 Prozent. Nur Autoradios, „Walkman"-Geräte und Videospiele bildeten eine Ausnahme. Der gesamte Markt der Unterhaltungselektronik ging in Frankreich um neun Prozent auf 15,6 Mrd. Franc zurück.

Dieser negativen Entwicklung konnte sich auch Thomson Grand Public (Unterhaltungselektronik und elektrische Haushaltsgeräte), die weltweit 18,6 Mrd. Franc umsetzen, nicht entziehen. Zum erstenmal ist in diesem Konzernbereich ein noch nicht bezifferter Verlust entstanden. Nicht zuletzt ist der Rutsch in die roten Zahlen darauf zurückzuführen, daß die zur Herstellung von Videorecordern benötigten japanischen Einzelteile wegen der Yen-Hausse teurer waren, während der schlechte Binnenmarkt kaum Preiserhöhungen für die fertigen Geräte zuließ. Der Videorecorder-Absatz von Thomson blieb 1983 mit 300 000 Geräten erheblich hinter den Erwartungen zurück.

COLONIA

Bauspargeschäft verschlechtert

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die zu zwei Dritteln bzw. ein Drittel im Besitz der Colonia- und der Nordstern-Versicherung liegende Colonia Bausparkasse AG, Dortmund, hat 1983 im eingelösten Neugeschäft deutlich schlechter abgeschnitten als im Jahr zuvor. Vorstandsvorsitzender Wolfgang D. Köckler begründete das Minus von 9 (1982: plus 0,3 Prozent) auf 866 Mill. DM mit den besonderen Vertriebsaktivitäten des Jubiläumsjahres 1982.

Gleichwohl hat die Colonia Bausparkasse der Versuchung widerstanden, die Neugeschäftsergebnisse mit verstärktem Groß- und Schnellspargeschäft zu „verbessern". Hier liegt das Institut weit unter den erlaubten Margen. Der Vertragsbestand wuchs der Zahl nach um 3 (5,2) Prozent auf 265 000 Verträge mit einer Summe von 8,3 Mrd. DM (plus 3,4 nach 5,8 Prozent).

Zufrieden äußerte sich Köckler über den um 5,3 (1,4) Prozent auf 391 Mill. DM gestiegenen Geldeingang, von dem 223 Mill. DM (plus 2,8 Prozent) auf Spargeld und 168 Mill. DM (plus 16 Prozent) auf Tilgungsgelder entfielen. Mit Sorge betrachtet das Institut jedoch den fast halbierten Eingang an Bausparprämien. Köckler bedauert, daß aus Bonn außer der Verbilligung für Zwischenkredite und dem begrenzten Schuldzinsenabzug von je 10 000 DM über drei Jahre keine „weiteren Signale" gegen den Abwärtstrend erfolgt seien.

Erstmals lag der Bestand an Bauspareinlagen jenseits der Milliarden-DM-Grenze (plus 3,2 Prozent). Bauspardarlehen erreichten 888 (867) Mill. DM. Ausgezahlt wurden 480 (425) Mill. DM, davon waren 364 (352) Mill. DM für zugeteilte Verträge und 116 (73) Mill. DM für Zwischenkredite zur Überbrückung der zwischen 42 und 44 Monaten liegenden Wartezeiten. Sie reduzieren sich jedoch bei Wahl des Tarifs mit 50-Prozent-Ansparung auf derzeit 27 Monate.

US-UNTERNEHMEN / Niedrigere Steuern halfen

Gewinne stiegen rasant

H.-A. SIEBERT, Washington

Das vergangene Jahr hat den US-Unternehmen nach langer Durststrecke regelrechte Gewinnexplosionen beschert. Für die Rückkehr zu einer gesünderen Ertragslage sorgten die kostensparenden Abmagerungskuren, denen sich die Unternehmen während der zwei jüngsten Rezessionen unterzogen. Außer der kräftigen Konjunktur erwiesen sich zudem die steuerlichen Erleichterungen als hilfreich. Sie erhöhten die interne Liquidität, so daß viele Firmen auf die teure Fremdfinanzierung verzichten konnten.

Obwohl einige wichtige amerikanische Branchen, so die Mineralöl- und Stahlindustrie, wieder zum Teil erhebliche Umsatzeinbußen hinnehmen mußten, lag im letzten Jahr das durchschnittliche Gewinnplus weit über früheren Zuwächsen. Bei General Motors machte es beispielsweise 287, bei K Mart, eine Lebensmittelkette, 88, bei Sears Roebuck 57 und bei IBM 24 Prozent aus. Was hinterherhinkt, sind in einigen Fällen wie „GM" die Umsatzrenditen.

Nach einer Aufstellung der „New York Times" haben die 25 größten US-Unternehmen (ohne Banken und andere Finanzinstitute) ihren Umsatz 1983 um 2,5 (1982: 0,4) Prozent auf 840,7 Milliarden Dollar (rund 2,2 Billionen Mark) gesteigert, nach Steuern erhöhte sich jedoch ihr zusammengefaßter Gewinn gegenüber dem Vorjahr um 32,9 Prozent auf 34,2 Milliarden Dollar. Hier muß man aber A. T.&T. ausklammern, die wegen der von Washington verordneten Aufsplitterung in acht selbständige Unternehmen einen Gewinnrückgang um 7 Milliarden Dollar verbuchte.

Die Rangfolge der Konzerne hat sich 1983 stark verändert, und zwar hauptsächlich wegen der Schwäche in der Mineralölbranche. Mit einer Umsatzsteigerung um 24 Prozent schob sich „GM" näher an Exxon, die Nummer eins, heran und wechselte den Platz mit A. T.&T. Ford verdrängte Texaco vom fünften Rang. Zu neuen Verschiebungen kommt es schon in Kürze, wenn die geplanten Fusionen zwischen Texaco und Getty Oil, Standard Oil of California und Gulf Corp. sowie Mobil und Superior Oil unter Dach und Fach sind.

Amerikas gewinnträchtigstes Unternehmen bleibt der Computergigant IBM, gefolgt von Exxon. Von den elf Gesellschaften erlitten sechs Gewinneinbußen, was die Konsolidierung, wenn der Kongreß es erlaubt, noch beschleunigen wird. Unter den „25" erlitt diesmal nur U. S. Steel einen Verlust; in diesem Jahr wird der Konzern wieder schwarze Zahlen ausweisen. Sears, der größte Versand- und Warenhauskonzern der Welt, hat sich vom elften auf den achten Rang nach vorn geschoben.

Die 25 größten US-Unternehmen

1983 (Mill. Dollar)	Umsatz	± %	Netto-gewinn	Umsatz-rendite %
Exxon	94 600	- 8,7	4 990	5,3
General Motors	74 580	+ 24,2	3 730	5,0
A.T.&T.	69 400	+ 6,6	249	0,3
Mobil	58 500	- 8,7	1 501	2,6
Ford	44 455	+ 19,9	1 867	4,2
Texaco	41 100	- 14,4	1 233	3,0
IBM	40 180	+ 16,9	5 485	13,7
Sears Roebuck	35 880	+ 19,5	1 340	3,7
Du Pont	35 400	+ 6,3	1 127	3,2
Phibro-Salomon	29 760	+ 11,5	470	1,5
Standard Oil (Ind.)	29 500	- 1,0	1 868	6,3
Standard Oil (Cal.)	29 200	- 18,7	1 590	5,4
Gulf Corp.	28 890	- 5,7	978	3,4
General Electric	26 800	+ 0,8	2 024	7,6
Atlantic Richfield	25 937	- 3,9	1 548	6,0
ITT	22 000	+ 37,9	650	3,0
Shell Oil	19 883	- 1,6	1 633	8,2
Occidental Petrol.	19 100	+ 7,9	567	3,0
K Mart	18 598	+ 10,9	492	2,6
Safeway	18 585	+ 5,4	183	1,0
U.S. Steel	17 500	- 7,5	(1 161)	-
Sun Company	15 520	- 4,6	453	2,9
Phillips Petrol.	15 470	- 2,6	721	4,7
Kroger	15 236	+ 3,2	127	0,8
United Technologies	14 669	+ 8,0	509	3,5

Verlust in Klammern

NAMEN

Heinz Adolf Ebben (54) wird Ende März Hauptgeschäftsführer der deutsch-niederländischen Handelskammer mit Sitzen in Düsseldorf und Den Haag. Er ist Nachfolger von **Paul K. Schneider** (63), der dann in den Ruhestand tritt.

Gerd Wienecke (41), stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Düsseldorf, ist als Nachfolger für den in den Ruhestand getretenen **Dr. Bernhard Deermann** (65) zum Hauptgeschäftsführer bestellt worden.

Dr. Hans Messerschmidt (58), derzeitiger Sprecher der Bergbau AG Lippe, soll zum Nachfolger des im Dezember vergangenen Jahres verstorbenen Sprecher der Ruhrkohle-Tochter Bergbau AG Niederrhein, **Dr. Heiner Weber**, berufen werden. Als Nachfolger von Messerschmidt ist bereits **Herbert Kleinherne** (59) berufen worden.

Fernando Anker, Direktor des Banco Mercantil, wurde zum Präsidenten der Deutsch-Bolivianischen Industrie- und Handelskammer in La Paz für das Geschäftsjahr 1984/85 gewählt. Vize-Präsident der Kammer wurde turnusmäßig **Karl H. Pless**.

Ernst Rossenbach, Gesellschafter-Geschäftsführer der Ernst Bohle GmbH, Gummersbach, vollendet heute das 60. Lebensjahr. Gleichzeitig feiert das Unternehmen das 60. Firmenjubiläum.

Manfred Grotenhaus, Geschäftsführer der Niederlassung Carl Später GmbH, Hagen, ist im Alter von 49 Jahren gestorben.

HOCHTIEF

Gute Dividende angekündigt

VWD, Essen

Sehr vorsichtig äußert sich die Hochtief AG, Essen, in einem ersten Bericht über das Geschäftsjahr 1983 zur Ausschüttung. Das Gesamtergebnis dürfte nach Absicherung gegen die Risiken im In- und Auslandsgeschäft eine „gute Dividende" zulassen. Trotz der gestiegenen Materialpreise und Personalkosten sei bei nur unzureichenden Preiserhöhungen im Inland ein positives Ergebnis erzielt worden. Im Auslandsgeschäft sei bedingt durch die Abrechnung langfristiger Aufträge ein gutes Ergebnis erwirtschaftet worden. In den vergangenen Jahren hatte Hochtief eine Dividende von 9 DM je 50-DM-Aktie sowie einen Bonus von 2 DM gezahlt.

Im neuen Geschäftsjahr sei im Inland kaum mit einer Verbesserung der Ertragslage zu rechnen. Im Auslandsgeschäft sei ein weiterer Rückgang zu befürchten. 1983 beschäftigte Hochtief im Auslandsgeschäft 10 954 (12 639) Mitarbeiter. Im Inland erhöhte sich die Zahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter um 3 Prozent auf 19 380.

Die gesamte Bauleistung stieg 1983 leicht auf 4,69 Mrd. DM. Im Inland konnte eine Steigerung um 11 Prozent auf 2,85 Mrd. erreicht werden, im Auslandsbau ergab sich ein Rückgang der Leistung um 12 Prozent auf 1,84 Mrd. Der gesamte Auftragseingang fiel mit 4,37 Mrd. DM um 7 Prozent geringer aus. Während im Inland eine Zunahme um 9 Prozent auf 3,02 Mrd. erzielt werden konnte, mußte im Auslandsgeschäft ein Rückgang um 30 Prozent auf 1,35 Mrd. DM hingenommen werden. Der Auftragsbestand wird zum Jahreswechsel mit 4,12 (4,43) Mrd. DM angegeben. Davon entfielen 2,29 (2,12) Mrd. auf das Inland und 1,83 (2,31) Mrd. DM auf das Ausland (Hauptversammlung am 13. Juli).

THYSSEN

Anlagengeschäft wird schwieriger

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Das Eis der Zurückhaltung bei potentiellen Investoren scheint seit einigen Wochen zu schmelzen. Kommen auch zwei vorbereitete größere Aufträge rechtzeitig zum Abschluß, dann wird die Thyssen Rheinstahl Technik GmbH (TRT), Düsseldorf, 1983/84 (30. 9.) ihren letztjährigen Auftragseingang von 1,4 Mrd. DM wohl fast wieder erreichen.

Das wäre dann exakt die Durchschnittslinie der letzten zehn Jahre, in denen dieses 1974 aus Fusion einschlägiger Anlagenbau-Aktivitäten von Thyssen und Rheinstahl entstandene Unternehmen bislang 13,8 Mrd. DM Aufträge aus fast 100 Ländern buchte und mehr als 400 Projekte fertigstellte.

Herbert Brenke, Sprecher in der TRT-Geschäftsführung und seit letztem Herbst stellvertretendes Vorstandsmitglied der Thyssen-Handelsunion schließt sich zwar der einhelligen Branchenmeinung an, daß die nächsten zwei Jahre im internationalen Anlagengeschäft generell schwächer als die letzten zwei Jahre ausfallen dürften. Das zeigt auch der seit Jahresfrist auf jetzt 4,2 (6) Mrd. DM gesunkene Auftragsbestand. Desgleichen die in der Düsseldorfer Zentrale laufende Personalreduzierung auf etwa 500 (600) Köpfe, neben denen weiterhin 170 Mitarbeiter im Ausland arbeiten.

Aber das ausgefuchste Stammpersonal, betont Brenke, bleibe vom Abbau ungeschoren. Und wachsende Geschäftschancen wittert er für die TRT-Spezialität des „Projektmanagements", das bei diesem „werkstattfreien Anlagenhändler" ohne eigene Bindung an bestimmte Produktionsverfahren läuft und seit wenigen Jahren konsequent auch auf den Hochbau-Bereich ausgedehnt wird.

BAUSPARKASSE SCHWÄBISCH HALL / Für einen dauerhaften Aufschwung beständiges Konzept notwendig

Erneut überdurchschnittlich abgeschnitten

W. NEITZEL, Schwäbisch Hall

Mit einer Stabilisierung des wieder wärmer gewordenen Bausparklimas rechnet die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG. Vorstandsvorsitzender Franz Bieling begründet dies mit der weiteren Beruhigung der Zinsentwicklung sowie damit, daß die Baupreise auch in diesem Jahr nur geringfügig steigen. Dadurch wachse das Vertrauen in langfristiges Vorsparen für das Bauen.

Für einen dauerhaften Aufschwung bedürfe es nach Bielings Worten jedoch eines dauerhaften Wohnungsbaukonzepts, in dem auch eine schrittweise Reform der Bausparförderung ihren Platz finden müsse. Dabei wird als erster Schritt die Wiederherstellung der alten Bindungsfrist von sieben Jahren (zur Zeit gilt die Zehn-Jahres-Frist) für die Wohnungsbauprämie vorgeschlagen. Außerdem sei eine Anpassung der überholten Einkommensgrenzen und Sparhöchstbeträge erforderlich.

Der Anfang für eine solche an die Konsolidierung des Haushalts angepaßte, etappenweise verbesserte Bausparförderung sollte nach Bielings Ansicht noch in diesem Jahr gemacht werden. Wie sehr sich die Gewichte in der Vor- und Nachsparförderung inzwischen verlagert haben, macht folgender Vergleich deutlich: 1975 wurden für die staatliche Förderung des Vorsparens in der Bundesrepublik insgesamt 4,6 Mrd. DM aufgewendet, für das Nachsparen 3,3 Mrd. DM. 1981 hatten sich die Relationen umgekehrt – 3,3 Mrd. DM für das Vorsparen und 5,2 Mrd. DM für das Nachsparen. Für 1984 wird das Aufkommen an Fördermitteln auf 2,4 Mrd. DM (Vorsparen) bzw. 8,4 Mrd. DM (Nachsparen) geschätzt. Hier zeichne sich – so Bieling – ein falscher Weg ab.

Die Bausparkasse Schwäbisch Hall hat in 1983 erneut überdurchschnittlich abgeschnitten. Abgeschlossen und eingelöst wurden 523 033 neue Verträge (plus 6,0 Prozent) über eine Bausparsumme von 17,06 Mrd. DM (plus 9,4 Prozent). Beim beantragten Neugeschäft betrugen die Steigerungsraten 8,0 bzw. 10,4 Prozent.

Zwischen 75 und 80 Prozent des Neugeschäfts entsprang der engen Zusammenarbeit mit Volks- und Raiffeisenbanken. Den Marktanteil beim Neugeschäft baute Schwäbisch Hall auf 22,9 Prozent aus, womit das Institut an erster Stelle rangiert. Die rege Abschlußtätigkeit hielt auch im neuen Jahr an. In den ersten beiden Monaten 1984 stiegen die Neuabschlüsse der Stückzahl nach um 8,3 Prozent und den Summen nach um 9 Prozent. Auf die beiden Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern entfallen zusammen rund die Hälfte des gesamten Neugeschäfts.

Schwäbisch Hall verwaltete am Jahresende einen Bestand von 4,9 Mill. Verträgen (plus 3,8 Prozent) über 171,2 Mrd. DM (plus 5,1 Prozent). Knapp 40 Prozent davon waren zugeteilt. Der Zufluß zur Zuteilungsmasse erhöhte sich um 7 Prozent auf 10,4 Mrd. DM. Dabei nahmen Sparleistungen um 2,7 Prozent auf 6,4 Mrd. DM und Tilgungen um 15,6 Prozent auf 3,3 Mrd. DM zu. Die Zuteilungsfrist bei 40prozentiger Sofortauffüllung liegt derzeit bei 49 (Mai 1983: 46) Monaten. Der Vorstand gibt sich zuversichtlich, daß keine weitere Verlängerung mehr eintritt.

Zugeteilt wurden über 272 000 Verträge (plus 2 Prozent) mit 9,4 Mrd. DM Bausparsummen (plus 7,4 Prozent). Die Baugeldauszahlungen beliefen sich auf 8,3 Mrd. DM (plus 4,2 Prozent). Damit wurden 64 000 Wohnungen in Neubauten und 36 000 Haus- bzw. Wohnungskäufe mitfinanziert, hinzuzurechnen sind außerdem über 96 000 Modernisierungen.

Der Zinsüberschuß, den Schwäbisch Hall in 1983 erzielte, sei fast identisch mit dem des Vorjahres. Dennoch wird ein auf 117 (171) Mill. DM geschrumpfter Jahresüberschuß ausgewiesen. Der Grund hierfür liege nach Aussagen des Vorstandes in erhöhten Aufwendungen im Vertrieb sowie in größeren Wertberichtigungen. Die Bausparkasse beschäftigt in ihrer Schwäbisch Haller Hauptverwaltung nahezu unverändert über 3200 Mitarbeiter.

PORSCHE

Korrekturen im US-Vertrieb

nl/Sbt. Stuttgart/Washington

Die Porsche AG, Stuttgart, die ab September dieses Jahres in den USA ihren Vertrieb anstelle des bisher praktizierten Franchise-Systems auf ein zentral gesteuertes Vertriebssystem mit 40 eigenen Werksniederlassungen unter Einbau eines Teils der bisherigen 323 Porsche-Händler als Agenturen umstellen will, wird Korrekturen an ihrem Konzept vornehmen. Wie Porsche-Sprecher Manfred Jantke auf Anfrage mitteilte, werde noch in dieser Woche eine Entscheidung über die Art der Modifizierung fallen. Sicher sei, daß am Konzept in den Grundzügen festgehalten werde.

Aus den USA wird berichtet, daß die amerikanischen Porsche-Händler die gerichtlichen Verfahren gegen Porsche gestoppt hätten. Nach Angaben von Robert McElwaine, Präsident der International Automobile Dealers Association, wolle das Stuttgarter Unternehmen auf den Verkauf seiner Modelle in den USA durch 40 eigene Werksniederlassungen verzichten. Demnach solle das traditionelle Franchise-System erhalten bleiben. Um die Porsche-Pläne abzublocken, hatten die Händler vorletzte Woche ein Aktionskomitee gebildet und eine Million Dollar für den drohenden Rechtsstreit bereitgestellt.

MTU MAINTENANCE / Planmäßige Entwicklung

Noch in der Verlustzone

D. SCHMIDT, Hannover

Die MTU Maintenance GmbH, Hannover, eine Tochtergesellschaft der Motoren- und Turbinen-Union München GmbH, wird 1984 ihre Anlaufzeit beenden und die Verlustphase abschließen. Geschäftsführer Manfred Holz rechnet für 1984 mit einer deutlichen Ergebnisverbesserung, wenngleich die Gewinnzone noch nicht erreicht werde. Für 1983, dem zweiten Jahr nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit, weist die Gesellschaft, die sich mit der Reparatur und technischen Betreuung ziviler Großtriebwerke befaßt, noch einen Verlust von 15 Mill. DM bei einem Umsatz von 31,3 (21,4) Mill. DM aus.

Die Planungen gehen für 1984 von einem Umsatz von 46,6 Mill. DM aus. MTU Maintenance hat nach Angaben von Holz die komplette Triebwerkswartung von 30 bis 35 Flugzeugen unter Vertrag. Zu den Kunden gehören die vier Fluggesellschaften Hapag Lloyd, LTU, Malaysian Airline und Trans European Airways. Für die niederländische KLM, die Air France und die Lufthansa werden Bauteilreparaturen des General-Electric-Triebwerks CF6-50 durchgeführt. Mit der deutschen und dänischen Marine wurden jetzt weitere Kunden gewonnen.

Die im Ansiedlungsvertrag festgelegte Mitarbeiterzahl von 400 bis Ende 1984 ist schon jetzt nahezu erreicht. Holz sieht durchaus Chancen, weitere Vertragspartner zu gewinnen, wenngleich der Markt „knallhart" sei. Vor allem die Airlines in Fernost habe man im Visier. Wichtigste Konkurrenten der MTU Maintenance sind die von den Airlines selbst unterhaltenen Wartungsbetriebe.

POTT-RACKE-DUJARDIN / Absatz steigt wieder

Erste Fusions-Erfolge

INGE ADHAM, Frankfurt

Am Spirituosenmarkt geht es nach Einschätzung der Firmengruppe Pott-Racke-Dujardin seit Mitte letzten Jahres wieder „sanft" aufwärts, nachdem der Spirituosenabsatz im Lebensmitteleinzelhandel seit 1980 um 13 Prozent auf 324 Mill. Flaschen im vergangenen Jahr zurückgefallen war. Sechs Monate nach dem Zusammengehen mit Dujardin zeigte sich Vorstandsmitglied Alfons Heimen zufrieden mit den ersten Erfolgen: Der Absatz der Marke Dujardin Imperial sei von September 1983 bis einschließlich Februar dieses Jahres um 60 Prozent gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit gesteigert worden.

Nach 3 Mill. verkauften Flaschen im vergangenen Jahr peilt Racke für die nächsten Jahre bei Dujardin eine Absatzverdoppelung an, für 1984 sind 4 Mill. Flaschen geplant. Im vergangenen Jahr habe sich Weinbrand mit einem Absatzminus von 2,4 Prozent bereits besser entwickelt als der gesamte Spirituosenmarkt (minus 5 Prozent).

Bei Racke Rauchzart erzielte die Gruppe in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres 1983/84 (30. 6.) ein Absatzplus von 14 Prozent, bei dem Importwhisky Johnnie Walker 20 und bei Pott-Rum 22 Prozent Plus. Neu geordnet hat die Gruppe, zu der auch die Mainzer Sektkellerei Kupferberg gehört, im Zuge der Dujardin-Übernahme den Vertrieb, auf 32 festangestellte und 60 freie Dujardin-Vertreter wurde verzichtet. Insgesamt beschäftigt die Gruppe, die für das laufende Geschäftsjahr 400 (315) Mill. DM Umsatz anpeilt, rund 600 Mitarbeiter, davon 80 bei Dujardin in Uerdingen.

Großaufträge von der Bundespost

nl. Stuttgart

Das Bundespostministerium hat nunmehr auch die Aufträge für ein ab 1985 zur Einführung anstehendes digitales Vermittlungsnetz auf Ortsebene vergeben: Zum Zuge kamen dabei die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, mit ihrem „System 12" sowie die Siemens „EWSD". Nach Mitteilung der Bundespost handelt es sich für die beiden Jahre 1985/86 um einen Lieferumfang von rund 130 Mill. DM. Wie er sich aufteilt, darüber wurden keine Angaben gemacht. Bereits im Oktober vergangenen Jahres hatten Siemens und SEL den Zuschlag zur Einrichtung digitaler Systeme auf der Ebene der Fernvermittlung erhalten.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Nachl. d. Harry Falk; **Betzdorf:** Nachl. d. Ernst Grosch, Scheuerfeld; **Bochum:** Helmut Müller; Cortix Kohleaufbereitung GmbH & Co. KG; Cortix Bergtechnik GmbH & Co. KG; Cortix Verwaltungsges. mbH & Co. KG; Cortix Chemie- u. Kohlenhandelsges. mbH & Co. KG; IKO-Verwaltungsges. mbH & Co. KG; **Braunschweig:** KG i. Heizungs- u. Rohrleitungsbau Morawietz & Lippold; **Friedberg (Hessen):** Nachl. d. Karl Ludwig Eckmann, Kraftfahrer, Wölfersheim; Ökonomica Bau- u. Siedlungsges. mbH u. Co. Baubetreuungs-KG, Bad Nauheim; **Fulda:** Extra Tip-Fulda Ges. f. Werbung u. Reise mbH; **Gütersloh:** Edima Bauvertrieb GmbH & Co. KG, Rheda-Wiedenbrück; **Herford:** Elektrohaus Tappe GmbH & Co. KG, Bad Oeynhausen; Nachl. d. Ilse Müllerow, Löhne 3; **Hildesheim:** Ing. E. Steinhäuser GmbH & Co. KG, Straßen- u. Tiefbau, Diekholzen; Steinhäuser Verwaltungs GmbH, Diekholzen; Beton- u. Industriebau, Steinhäuser GmbH & Co. KG, Diekholzen; DBK Verwaltungs GmbH, Diekholzen; Ges. f. Datenverarbeitung (EDV) Steinhäuser KG, Diekholzen; **Hofgeismar:** Nicolaus Tank-Transportges. mbH zu Immenhausen-Holzhausen; **Köln:** Alfred Schmidt; **Landau:** Lagu-Werk Philipp Langenberger GmbH & Co. KG, Lustadt; **Leer:** Johann Loger, Rhauderfehn; **Lüdinghausen:** Bauunternehmung Heinz Deppe; **Mainz:** Nachl. d. Otto Hermann Diel, Laubenheim, Inh. d. Reisebüros MZ-Reisedienst; Bettina Barbara Kirch geb. Kettenbach, Nackenheim, Inh. d. Holz- u. Bautenschutz, Bodenheim; **Mannheim:** Klaus u. Gerald Wagner OHG, Stahlbauschlosserei; Nachl. d. Heinrich Philipp Wolf; **Marburg/Lahn:** Wilhelm Petri Elektrotechnik GmbH u. Co. Stadt Gisselberg; **Menden/Sauerl.:** Märkisches Metallwerk GmbH; Medram GmbH; Komet Produktionsges. mbH; **Minden:** Büsching & Rosemeyer KG, Vlotho-Uffeln; **Montabaur:** Ernst Förger Bauunternehmung GmbH, Diez; Ernst Förger GmbH & Co. KG, Diez; Förger Baumaschinenvermietung GmbH & Co. KG, Diez; Förger Baumaschinen-Vermietungs- u. Verwaltungsges. mbH, Diez; **Mühldorf a. Inn:** Nachl. d. Johann Haindl, Garching a. d. Alz, Inh. e. Schreinereibetriebes, Neuötting; **Neustadt a. Rbge:** Rudolf Rust, Hoch- u. Stahlbetonbau Dipl.-Ing. Wilhelm Rust GmbH & Co. KG; **Nordenham:** Horst Kühnen u. Ehefrau Brigitte Buchholz-Kühnen, Gut Osterhausen, Butjadingen-Iffens; **Oldenburg:** Hochseeangelfahrten Reederei Kapitän Willy Freter jun. & Co. KG; **Osnabrück:** Wedegärtner GmbH, Melle 1; Fr. Becker GmbH & Co., Bauunternehmen, Melle 1; **Recklinghausen:** Sreten Drekic, Gastwirt; **Winsen/Luhe:** Nachl. d. Karl-Heinz Otto Meller, Seevetal 2; **Wuppertal:** Cleo Schlankheits & Schönheits Institut GmbH, Erkrath 2.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Augsburg: Ekatit Riedinger Verwaltungs-Aktiengesellschaft; **Düren:** Arnold Klingenberg, Inh. e. Schlossereibetriebes, Kreuzau Stockheim; **Essen:** Mönninghoff-Handel GmbH, Hattingen; **Neustadt a. Rbge.:** Verpackungswerk Garbsen GmbH, Garbsen 1; **Passau:** Robert Stadler Dipl.-Ing (TU) Bauunternehmer, Hutthurm.

Vergleich beantragt: Wiesbaden: Martin Wilhelm, Geschäftsführer, Mainz-Kastel.

AKZO / Rote Zahlen bei Chemiefasern sind überwunden – Mut zu kräftigem Investitionsanstieg

Nach langer Talfahrt endlich ein Glanzjahr

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Nach langen und oft von Dividendenausfall begleiteten Kummerjahren präsentiert Hollands Chemiemuliti Akzo N. V., Arnheim, seinen Aktionären zur Hauptversammlung am 24. April für 1983 endlich wieder einen glanzvollen Abschluß. Noch nie erreichte Superlative hat der mit 24 Prozent seines Umsatzes und 28 Prozent seiner Beschäftigten in der Bundesrepublik präsente Konzern im Umsatz wie im Nettogewinn zu bieten. Die Dividende findet mit 4 (1,60) hfl je 20-Gulden-Aktie erstmals wieder Anschluß an das letzte gute Jahr 1974.

Weiteren Auftrieb in Geschäft und Gewinn erwartet Vorstandsvorsitzender Jhr. A. A. Loudon von 1984, dies teils aus der wohl weiteren Konjunkturbesserung in USA und Westeuropa, teils aus nun erstmals voll wirksamen Kostensenkungsmaßnahmen der letzten Jahre. Im Einklang mit solcher Zuversicht erhöht nun die Akzo ihr 1983 auf 663 (592) Mill. hfl aufgestocktes Aktienkapital bis Ende März um weitere 3,32 Mill. Stammaktien à 20 hfl zum Preis von 93 hfl. Ungewöhnlich für die Verhältnisse deutscher Publikumsgesellschaften ist dabei wiederum nicht nur der noch über dem „Bilanzkurs" von 89,5 (84,1) hfl / Aktie liegende Emissionskurs. Im gleichen Sinne ungewöhnlich ist auch, daß vom 1983er Gewinn von 12,91 (5,56) hfl je Aktie nur 31 (29) Prozent ausgeschüttet werden. Da rechnen die substanzbewußten Holländer lieber mit dem „inflationsbereinigten" Gewinn, der auf 290 (49) Mill. hfl stieg und knapp zur Hälfte in die Dividende geht.

Den dicksten Anteil an der 1983er Ertragsbesserung hatte der von der Wuppertaler Enka AG regierte Chemiefaserbereich des Konzerns. Sein Betriebsergebnis (vor Zinsen und Steuern) besserte sich als Lohn nun praktisch beendeter Strukturanpassungen auf 151 (-19) Mill. hfl. Deutliche Besserungen im Betriebsergebnis erzielten Chemische Produkte mit 193 (89) und Coatings (Lacke und Farben) mit 143 (97) Mill. hfl. Spitzenreiter blieben die Pharmazeutika mit 260 (233) Mill. hfl.

Das Glanzjahr 1983 biete keinen Anlaß, nun auf den Lorbeeren auszuruhen, mahnt der Akzo-Chef. Er dürfte dabei nicht nur daran denken, daß der schöne Reingewinn erst wieder eine Umsatzrendite von 2,8 Prozent gegenüber 3,5 Prozent in 1974 brachte. Ein bedeutender Teil der Gruppe, räumt Loudon ein, sei immer noch besonders konjunkturempfindlich. Abhilfe soll da ein neuer Investitionsstoß schaffen. Die schon 1983 beschlossenen neuen Projekte von 900 Mill. hfl sind da als erstes Signal eines kräftigen Wiederanstiegs der Sachinvestitionen zu deuten.

Charakteristisch für die dabei verfolgte Richtung zu mehr „konjunkturfernen" Spezialitäten ist zumal der Aufbruch zum Bau je einer Fabrik für Aramidgarne und Kohlenstoffasern in Holland und Deutschland, die zusammen mindestens eine Dreiviertelmilliarde DM kosten dürften.

Akzo-Konzern	1983	±%.
Umsatz (Mill. hfl)*	15 085	+ 6,6
dav. Chemiefasern	4 526	+ 3,8
Chem. Produkte	4 097	+ 7,3
Coatings	1 796	+ 14,2
Pharmazeutika	1 647	+ 5,4
Beschäftigte	66 300	- 10,0
Sachinvestitionen	625	- 14,4
Abschreibungen	584	+ 9,6
Betriebsergebnis	843	+ 70,9
Nettoergebnis	428	+ 59,9

* 1 hfl = 0,89 DM

Didier besser ausgelastet

Wb. Wiesbaden

Die Didier-Werke AG, Wiesbaden, hat ihr Ergebnis 1983 verbessert, so der Vorstand in einem Zwischenbericht. Genauere Angaben werden noch nicht gemacht. 1982 hatte der Feuerfest-Konzern einen Jahresüberschuß von 11,9 (12,6) Mill. DM ausgewiesen. Der Umsatz der AG ist um 5 Prozent auf 712 (679) Mill. DM gestiegen und stammte zu 60 (58) Prozent aus Exporten. Obwohl der Auftragseingang im Feuerfest-Geschäft um 11 Prozent zunahm, sorgte die Abrechnung einiger Großaufträge aus dem Vorjahr für einen Rückgang des Auftragspolsters um 6 Prozent. Die Kapazitätsauslastung – im Jahresdurchschnitt bei 76 (70) Prozent – erreichte zum Jahresende 80 Prozent. Auch in den nächsten Monaten erwartet der Vorstand eine überwiegend befriedigende Beschäftigung der Werke.

Stimmungsbesserung am Aktienmarkt

Meinungskäufe bremsten weiteren Kursabstieg

DW. – Angeregt durch die vorangegangene festere Tendenz an der New Yorker Börse kam es auch am deutschen Aktienmarkt zu einer spürbaren Stimmungsbesserung, daran hatten auch einige Kaufaufträge aus dem Ausland Anteil. Es zeigte sich gleichzeitig, daß es in vielen Standardaktien noch spekulative Überhänge gibt, die bei steigenden Kursen abgebaut werden sollen. Sie verhindern zur Zeit eine durchgreifende Kurserholung.

Bemerkenswert ist, daß erstmals seit Tagen auch die Autoaktien wieder zu steigenden Notierungen kamen. Siemens-Aktien, die von Auslandskäufen profitierten und bei denen der Markt bereits „sauber" zu sein scheint, zogen ebenfalls an. AEG kehrten auf die Hundertermarke zurück. Kräftig erholen konnten sich die in jüngster Zeit stärker gedrückten Allianz-Aktien. Bei den Titeln der Großchemie vollzieht sich der Wiederanstieg nur zögernd. Hier müssen offenbar noch Positionen glattgestellt werden.

Düsseldorf: Bonner Zement erhöhten um 7 DM und Hageda um 4,80 DM. Kochs Adler stockten um 9 DM auf und Neckermann um 5 DM. Rhein. Textil verbesserten sich um 15 DM und Verseidag um 4 DM. Nachgeben mußten Hindrichs Auffermann um 10 DM und Küppersbusch um 13 DM. Stahlwerke Bochum verloren 5 DM. Bei den Versicherungen gaben Aachener Rück um 30 DM nach und Allianz Vers. erhöhten um 6 DM.

Frankfurt: Braun-Vorzüge, die um 18 DM auf 510 DM, und Hartmann & Braun-Vorzüge, die um 13 DM auf 247 DM nachgaben. Kochs Adler ermäßigten sich um 7 DM auf 372 DM und Stolberger Zink um 30 DM auf 1110 DM. Dagegen konnten sich Wickrather Leder um 20 DM auf 485 DM und Neckermann um 5,10 DM auf 121 DM befestigen.

Hamburg: Triton wurden mit 140 DM (plus 3 DM), Haller Meurer mit 194,90 DM (plus 3,80 DM) und Bremer Vulkan mit 58 DM (plus 2 DM) umgesetzt. HEW kamen auf 99 DM (plus 1 DM), NWK-Vorz. blieben bei 172,50 DM unverändert. Auf gestriger Basis gehandelt wurden Beiersdorf mit 348 DM sowie Phoenix Gummi mit 141,50 DM. Vereins- und Westbank lagen bei 305 DM unverändert.

München: Agrob St. erhöhten um 8 DM und Agrob Vz. um 3 DM. Augsburger Kammgarn stockten um 3,50 DM auf und Dywidag um 4 DM. Flachglas verbesserten sich um 8,50 DM und Leonische Draht um 1 DM. Nachgeben mußten Süd Chemie um 8 DM und Zahnräder Renk um 4,50 DM. Etienne Aigner verloren 1 DM und Heilit 4 DM.

Berlin: Schering konnten 4,50 DM, DUB-Schultheiss 2,10 DM und Herlitz Vorzüge 1 DM zulegen. Kempinski wurden um 6 DM niedriger taxiert. Berthold lagen um 3 DM und Berliner Kindl um 1 DM leichter.

Nachbörse: freundlicher

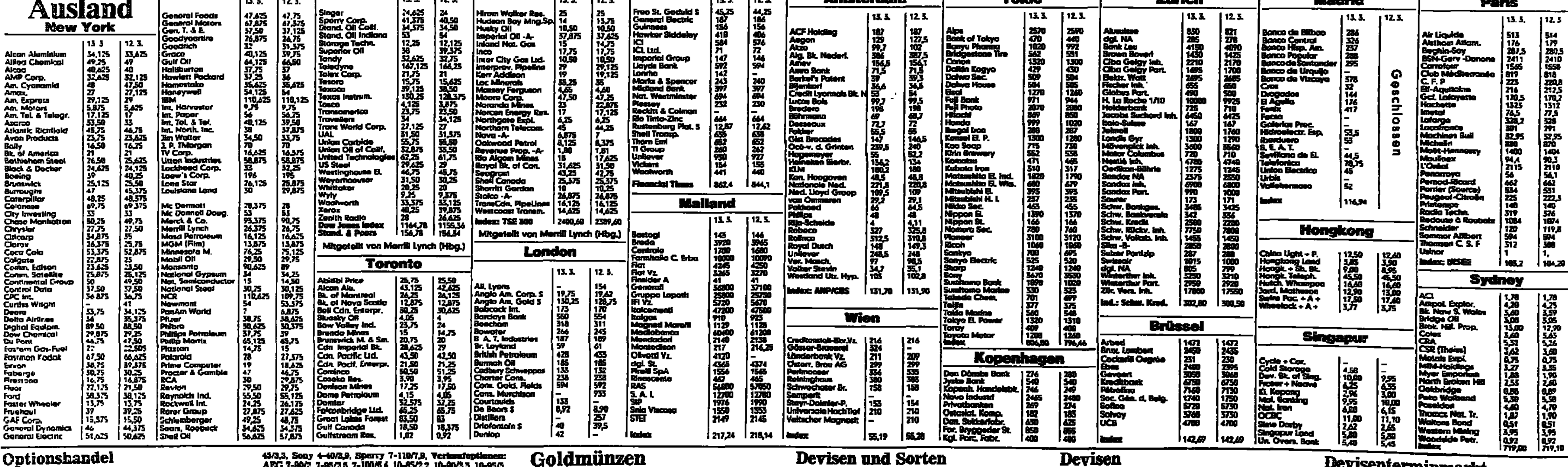
WELT-Aktienindex vom 13. 3.: 147,8 (146,2); WELT-Umsatzindex vom 13. 3.: 1874 (2097)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Ausland

New York



Optionshandel

Frankfurt: 13. 3.: 742 Optionen = 40 650 (57 650) Aktien, davon 218 Verkaufsoptionen = 11 400 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 4-95/7,4, 7-85/23, 7-95/14,5, 7-100/9,8, 7-110/6, 7-120/4, 10-90/20,6, 10-100/16,5, BASF 4-150/6,6,4-170/1,5, 4-180/1, 7-160/16, 7-170/8, 7-180/6, 7-190/3,5, 10-180/10, 10-190/5,5, Bayer 4-170/4, 7-170/12, 7-180/7,7, 7-190/5, 7-200/3, 10-170/16, 10-190/7,6, BHF 4-290/13,6, BMW 7-450/7,8, Commerzbank 4-170/12,1, 4-180/5, 4-/190/2, 7-170/20, 7-180/13, 7-190/5, 7-200/5,4, 7-210/3, 10-180/20,5, 10-190/13,5, Conti 4-140/1,5, 7-130/11, 7-140/8,5, 7-150/3,4, 10-130/14,4, 10-140/10, 10-150/8, Daimler 7-560/40,2, Deutsche Bank 4-340/37,8, 4-370/13,5, 4-390/4, 10-410/13, Dresdner Bank 4-170/10, 4-180/4, 4-190/2, 7-190/6,75, 10-180/14,7, 10-190/8,6, Hoechst 4-170/6, 4-180/2, 4-190/1, 7-180/11,7, 7-190/6, 7-200/4, 10-200/8, Hoesch 4-110/7,4, 4-120/2,9, 7-110/14, 7-120/10, 7-130/5,4, 10-150/7,1, Kloeckner 7-60/10, 7-70/4,6, 10-55/18, 10-65/10,2, 10-70,8, 10-75/7, Lufthansa VZ 7-170/7, MAN 4-150/2, Mercedes 7-510/23, Mannesmann 4-130/10, 4-140/3, 7-140/13, 7-150/8, 10-140/17, 10-150/12,5, Ruetgers 7-380/9,5, Kali + Salz 10-220/6, Siemens 4-360/11, 4-400/5, 7-380/29,5, 7-420/10, 7-430/6,6, 10-440/12,4, Thyssen 4-80/7,8, 4-85/3,1, 4-90/1,5, 7-85/9, 7-90/4,1, 10-90/9,8, 10-95/7, Veba 4-170/3,4, 7-170/13,2, 7-180/5,4, 7-190/4, 7-200/2, VW 4-200/10, 4-210/5, 4-220/2,5, 7-220/10, 7-240/5,1, 10-210/20, 10-220/15, 10-230/10,6, 10-240/8,1, Alcan 7-100/7,5, Chrysler 7-70/7,6, 7-75/8,4, 10-80/7,0, Elf 4-70/3,9, 7-60/14, 7-70/6,4, 7-75/3, 10-60/18,4, 10-85/4,1, IBM 10-310/22,8, Philips 7-40/5,5, 7-45/2,0, 10-40/7, 10-45/3,3, Sony 4-40/3,9, Sperry 7-110/7,9. **Verkaufoptionen:** AEG 7-90/2, 7-95/2,5, 7-100/5,4, 10-85/2,2, 10-90/3,5, 10-95/5, Agiv 7-300/8,4, BASF 7-160/4,5, 7-170/9,9, Bayer 4-170/6,5, 7-160/3,5, 7-170/8, 10-160/5, BMW 4-430/30, 10-390/10,6, Commerzbank 4-170/1, 4-180/4,5, 7-170/2,5, 7-190/14,8, Conti 4-130/2, 7-130/4, 7-140/9,4, Daimler 4-572,8/12, Deutsche Bank 7-370/5,5, Degussa 4-380/12,5, Dresdner Bank 4-170/1,5, 10-170/4, GHH St. 7-140/4,8, Hoechst 4-160/1, 4-170/3, 7-170/4, 7-180/7, 7-190/17, 10-170/4,4, 10-180/11, 10-190/18, Hoesch 4-110/1,8, 4-120/6,5, 7-110/3, 7-120/6,9, 7-130/13,6, 10-110/3,8, Kaufhof 10-230/6, Kloeckner 7-70/7, 10-60/4, Lufthansa St. 10-160/7, Mannesmann 4-140/2, 10-140/4,6, Schering 7-330/9, Siemens 4-380/2,5, 7-380/5,6, 7-400/13, 10-390/13, Thyssen 7-85/4,4, Veba 4-170/2,5, 7-170/3,45, VW 4-200/3, 4-210/6, 7-210/9, 7-230/22, 10-200/6,9, 10-210/12, 10-220/16,5, Chrysler 4-70/2,95, 7-75/6, IBM 7-280/9, 7-290/14,5, Litton 4-160/5,4, 10-160/12, Norsk Hydro 10-200/10, Philips 10-40/3,3, Sperry 7-110/8,2. (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13. 3.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10 –10¼	5⅜–5¾	3 –3⅜
3 Monate	10¼–10½	5½–5¾	3¼–3⅝
6 Monate	10½–10¾	5⅝–5⅞	3⅝–4
12 Monate	11 –11¼	6 –6¼	4 –4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 13. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1720,00	2074,80
10 US-Dollar (Indian)**)	1148,00	1445,52
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	649,80
1 £Sovereign alt	240,00	296,40
1 £Sovereign Elizabeth II.	234,00	289,56
20 belgische Franken	182,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	251,00	313,50
2 südafrikanische Rand	234,00	288,42
Krüger Rand, neu	1053,00	1240,32
Maple Leaf	1053,00	1240,32
Platin Noble Man	1070,00	1250,70

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	257,00	320,34
20 schweiz. Franken „Vreneli"	204,00	256,50
20 franz. Franken „Napoléon"	199,00	250,80
100 österr. Kronen (Neuprägung)	972,00	1171,92
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	460,00	564,30
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

13. 3. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Ankts.-Kurs[4]	Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York[3]	2,5864	2,5944	2,5602	2,55	2,64
London[1]	3,773	3,787	3,750	3,71	3,86
Dublin[1]	3,052	3,066	3,008	2,96	3,11
Montreal[3]	2,0405	2,0485	2,020	2,00	2,09
Amsterd.	88,430	88,650	88,44	87,50	89,50
Zürich	120,920	121,120	121,02	119,75	122,50
Brüssel	4,877	4,897	4,798	4,66	4,86
Paris	32,375	32,535	31,635	31,50	33,25
Kopenh.	27,280	27,400	27,00	26,25	28,25
Oslo	34,555	34,675	33,975	33,75	35,50
Stockh.**)	33,480	33,620	33,14	32,75	34,50
Mailand[2] **)	1,605	1,615	1,563	1,57	1,67
Wien	14,182	14,222	14,172	14,10	14,32
Madrid**)	1,725	1,735	1,678	1,69	1,81
Lissabon**)	1,975	1,995	1,875	1,50	2,40
Tokio	1,1585	1,1615	–	1,11	1,17
Helsinki	46,020	46,220	44,82	45,25	47,00
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,07	0,40
Athen*) **)	2,5080	2,5620	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4840	2,5030	–	2,43	2,54
Johannesbg.*)	2,1430	2,1630	–	1,95	2,20

Alles in Hundert; [1] 1 Pfund; [2] 1000 Lire; [3] 1 Dollar; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die Kurserholung des US-Dollar vom Vortag fand am 13. 3. keine Fortsetzung. In Europa eröffnete der Kurs knapp unter 2,60 und schwächte sich bei ruhigem Geschäftsverlauf bis 2,5906 als amtlichen Börsenkurs ab. Der unerwartete Rückgang der amerikanischen Einzelhandelsumsätze um 0,2 Prozent verstärkte am Nachmittag den Druck auf den Dollarkurs. Der bei zum Teil hektischen Kurssprüngen bis 2,5700 nachgab. Das Irische Pfund verzeichnete mit 3,059 einen neuen absoluten Tiefstkurs. Mit Ausnahme des Holländischen Gulden, der sich um 11 Pf auf 88,54 abschwächte, konnten sich die übrigen EWS-Währungen gegenüber der D-Mark behaupten oder geringfügig befestigen. Mehr als die D-Mark profitierte der Schweizer Franken mit plus 14 Pf auf 121,02 und der Japanische Yen mit plus 0,2 Prozent auf 1,1600 von der nachgebenden Dollar-Bewegung. US-Dollar in: Amsterdam 2,9240; Brüssel 53,9775; Paris 7,9800; Mailand 1606,60; Wien 1825,20; Zürich 2,1405; Ir. Pfund/DM 3,059; Pfund/Dollar 1,4592; Pfund/DM 3,780.

Ostmarkkurs am 13. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Deutlich verringerte Dollar-Abschläge am Terminmarkt waren am 13. März die Folge rückläufiger Euro-Dollar-Depots ($^{1}/_{16}$–$^{1}/_{8}$ Prozent).

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,05/0,95	3,08/2,98	6,20/6,00
Pfund/Dollar	0,15/0,185	0,57/0,60	1,25/1,29
Pfund/DM	1,70/0,30	3,60/2,20	6,40/5,00
FF/DM	33/17	170/154	165/149

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13. 3.: Tagesgeld 5,5–5,45 Prozent; Monatsgeld 5,7–5,8 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 13. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/3 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,00 (6,23) – 7,50 (6,62) – 7,75 (6,88) – 8,00 (7,07) – 9,00 (7,34). Ausgabe 1984/4 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,00 (6,25) – 7,50 (6,66) – 7,75 (6,93) – 8,00 (7,15) – 9,00 (7,45) – 9,00 (7,67) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,54, 2 Jahre 6,66. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100, Rendite 7,50.

Langläufer deutlich erholt

Am Rentenmarkt gab es auf dem in den letzten Tagen ermäßigten Niveau erste Rückkäufe. Dabei wurden die in jüngster Zeit vernachlässigten Langläufer eindeutig bevorzugt. Ihre Kurse zogen bis zu 0,48 Prozentpunkte an. Emissionen mit mittleren und kürzeren Laufzeiten kamen weniger rasch voran. DM-Auslandsanleihen wurden bis zu einem Viertelpunkt höher genannt. Bei den Pfandbriefen schlug sich die freundlichere Tendenz in den Kursen vorerst kaum nieder.

Bundesanleihen

		13. 3.	12. 3.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,16	100,16
7½ Bund 78 II	4/84	100,16	100,16
5 dgl. 78	5/84	99,9	99,96
8 dgl. 78 III	9/84	100	99,85G
8½ dgl. 78	9/84	100,8	100,8
6 dgl. 78 IV	12/84	100	99,95
6¼ dgl. 78	1/85	100	100,16
8½ dgl. 73 I	3/85	102	102
7 dgl. 79	4/85	100,75	100,8
7¼ dgl. 79 II	6/85	101	101
7¾ dgl. 79 L	7/85	101,7	101,7
8 dgl. 75 IV	10/85	102	102
6½ dgl. 78 II	3/86	97,8	97,8
5¾ dgl. 78	5/86	97,75	97,75
7½ dgl. 78 I	12/86	100,5	100,55G
6½ dgl. 79	1/87	98,9	98,95
7¼ dgl. 78 II	1/87	100,45G	100,45
6¾ dgl. 77	4/87	99,35G	99,35
6½ dgl. 77	7/87	98,4	98,4G
6 dgl. 77	10/87	96,4	96,5
6 dgl. 78 I	1/88	95,95	96,05
6½ dgl. 78 I	9/88	97	97
6½ dgl. 78 II	12/88	97,05	97,05
6¾ dgl. 79	1/89	97,5	97,5G
7¼ dgl. 79 I	4/89	99,3	99,15
10 dgl. 81	4/89	108,75	108,75
7½ dgl. 79 I	6/89	99,65G	99,65
8 dgl. 79 I	7/89	101,35	101,25
8 dgl. 79 II	8/89	101,3	101,2
7½ dgl. 79 II	9/89	99,65	99,65
7¾ dgl. 79 II	11/89	100,2	100,2
7¾ dgl. 80 I	1/90	100,35	100,25
10 dgl. 80	4/90	109,6	109,6
5¾ dgl. 78	5/90	92,05	92,05
8¼ dgl. 80 I	7/90	102	101,9
8¼ dgl. 80 II	11/90	102	101,85
7¾ dgl. 82	11/90	99,7	99,55
9 dgl. 81	2/91	104,55	104,45
10½ dgl. 81	7/91	111,56	111,4
10¾ dgl. 81	9/91	114,58	114,5
10 dgl. 81 II	12/91	110,5	1110,5
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,85	108,75
9¾ dgl. 82 II	3/92	109	108,95
6 dgl. 78 II	3/93	90,7	90,5
9,5 dgl. 82	4/92	107,7	107,45
9 dgl. 82	5/92	104,8bG	104,6
8½ dgl. 82	6/92	102,15	102,1
9 dgl. 82	8/92	104,85	104,6
8¾ dgl. 82	9/92	103,6	103,35
7¾ dgl. 82	12/92	98,2	97,8
7½ dgl. 83	1/93	96,85	92,65

		13. 3.	12. 3.
F 6½ dgl. 79	2/85	100,2	100,2
8½ dgl. 73	2/85	101,85	101,86
7 dgl. 77	2/87	98,5	98,35
6 dgl. 77	9/87	98,4	98,3
6 dgl. 78 II	7/88	95,3	95,15
6½ dgl. 77	5/89	95,65	95,49
8 dgl. 79 I	7/89	100,8G	100,6
8 dgl. 78 I	2/90	92,35	92,26
8 dgl. 80 II	7/90	100,45	100,35
9 dgl. 81	3/91	104,6	104,5
10½ dgl. 81	9/91	112,46	112,4
10¾ dgl. 81	11/1	111,38	111,3
8 dgl. 80 I	2/82	99,85G	99,85
10 dgl. 82	2/82	110,25G	110,25
9½ dgl. 82	7/92	107,6	107,4
8 dgl. 82	11/92	99,85	99,4bG
7¾ dgl. 83	1/93	98,05	97,85
8¼ dgl. 83	10/93	100,65	100,5

Bundespost

		13. 3.	12. 3.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,1G	100,1G
6¼ Bdpost 68	6/86	99,1	99,16
8 dgl. 72 I	9/87	101,35	101,35
10 dgl. 81	3/88	108,7	108,7
10¼ dgl. 81	8/89	109,55	109,55
8 dgl. 80	3/90	100,65	100,65
7¾ dgl. 80	9/90	98,8	98,85G
8¾ dgl. 80	12/90	104,35	104,35
10½ dgl. 81	10/91	112,75	112,75
9¾ dgl. 82	2/92	108,85	108,85
8¾ dgl. 82	5/92	103,4	103,25
8½ dgl. 82	10/92	102,15	101,85
7¾ dgl. 83	2/93	98,2	98,15
8½ dgl. 83	9/93	102,15	101,95
8¼ dgl. 84	2/94	100,85	100,65

Länder – Städte

		13. 3.	12. 3.
S 8½ Bd.-Wttbg. 78	86	98	98
8¼ dgl. 82	92	101	101
M 7 Bayern 66	86	101G	101G
6½ dgl. 67	87	–Zhg.	–Zhg.
6 dgl. 68	85	99,25	99,25G
7 dgl. 72	84	100G	100G
7½ dgl. 76	84	100G	100G
6 dgl. 78	88	94,8	95
8¾ dgl. 80	90	103,25	103,25G
8¾ dgl. 82	90	103G	103
7¼ dgl. 83	[illegible]	[illegible]	[illegible]

	13. 3.	12. 3.
M 5½ Bayer.Hyp. Pf 14	92,5G	92,5bG
6 dgl. Pf 20	82G	82G
8¾ dgl. Pf. 2	98,25G	98,25bG
7 dgl. Pf 3	96G	96bG
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	98G	98G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	125G	125G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G
6 dgl. Pf 34	78,5G	78,5bG

	13. 3.	12. 3.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
6 dgl. 14	89,5G	89,5G
6 dgl. 47	79,5G	79,5
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,95	94,95G
8 dgl. Pf 73	101,4G	101,4G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5

	13. 3.	12. 3.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,6G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78TG	78TG
7 dgl. Pf 100	100,6G	100,6G
D 8 WestLB Pf 350	101,55G	101,55G
6¾ dgl. Pf 403	97,7G	97,7G
9½ dgl. Pf 1007	106,7G	106,7G
8 dgl. Pf 1015	99,9G	99,9G
7 dgl. KO 556	100,55G	100,55G
6¾ dgl. KS 420	96,2G	96,2G

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

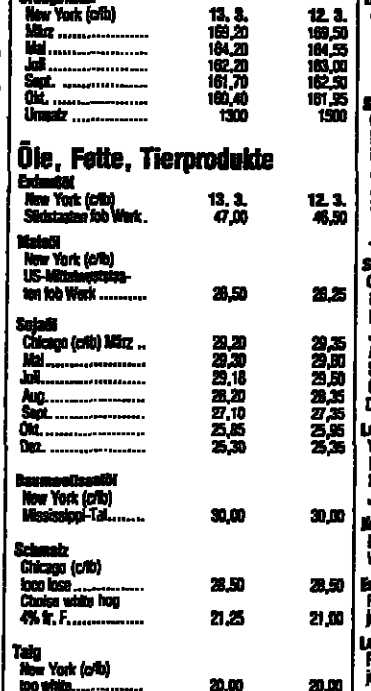
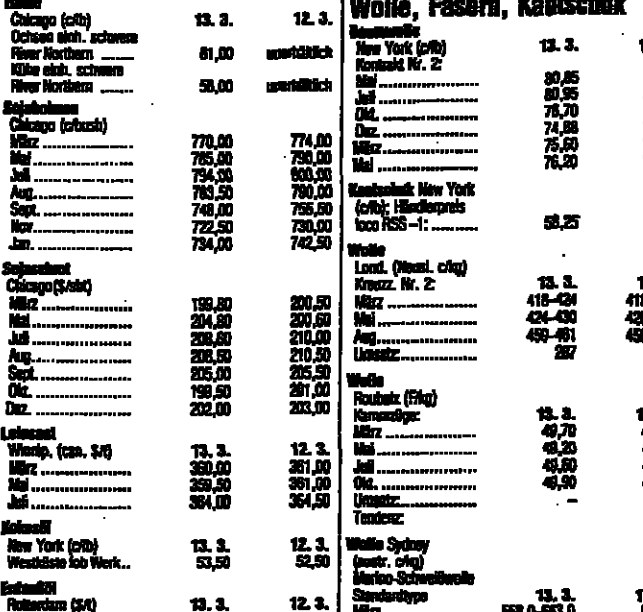
Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Etwas fester tendierten Gold und Silber. Deutlich höher schlossen die Notierungen für Kupfer. Auch bei Kaffee und Kakao kam es in allen Sichten zu Aufschlägen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	13. 3.	12. 3.
März	349,25	350,25
Mai	347,75	349,00
Juli	341,25	342,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	13. 3.	12. 3.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	257,50	257,50
Amber Durum	244,45	244,45

Roggen Winnipeg (can. $/t)	13. 3.	12. 3.
März	137,00	137,00
Mai	139,00	139,00
Juli	141,00	141,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)	13. 3.	12. 3.
März	134,00	134,60
Mai	126,00	126,20
Juli	123,00	123,20

Hafer Chicago (c/bush)	13. 3.	12. 3.
März	179,00	179,50
Mai	177,25	177,50
Juli	176,50	176,25

Mais Chicago (c/bush)	13. 3.	12. 3.
März	344,00	342,75
Mai	344,25	342,75
Juli	341,00	340,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	13. 3.	12. 3.
März	131,20	131,60
Mai	130,50	130,60
Juli	130,20	129,40

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	13. 3.	12. 3.
Terminkontr. März	149,20	149,00
Mai	144,40	143,10
Juli	139,40	138,00

Kakao New York ($/t)	13. 3.	12. 3.
Terminkontr. März	2580	2490
Mai	2516	2415
Juli	2504	2403
Umsatz	6501	–

Zucker New York (c/lb)	13. 3.	12. 3.
Kontrakt Nr. 11 Mai	7,13	7,15
Juli	7,62	7,60
Sept.	7,97	7,98
Okt.	8,22	8,15
Jan.	8,88	8,75
Umsatz	14075	15675

	13. 3.	12. 3.
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6,57	6,21

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	13. 3.	12. 3.
März	2126–2130	2130–2150
Mai	1942–1945	1936–1937
Juli	1891–1894	1874–1875
Umsatz	3766	3115

Kakao London (£/t)	13. 3.	12. 3.
Terminkontrakt März	1728–1730	1695–1700
Mai	1762–1763	1717–1719
Juli	1761–1762	1723–1724
Umsatz	6522	3335

Zucker London ($/t)	13. 3.	12. 3.
Mai	181,20–181,60	185,80
Aug.	196,00–196,20	200,40
Okt.	206,20–206,40	210,20
Umsatz	5375	5803

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	13. 3.	12. 3.
schw. Sarawak spez.	360,00	360,00
weißer Sarawak	637,50	637,50
weißer Muntok	645,00	645,00

Orangensaft New York (c/lb)	13. 3.	12. 3.
März	169,20	169,50
Mai	164,20	164,55
Juli	162,20	163,00
Sept.	161,70	162,50
Okt.	160,40	161,95
Umsatz	1300	1500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	13. 3.	12. 3.
Südstaaten fob Werk	47,00	46,50

Maisöl New York (c/lb)	13. 3.	12. 3.
US-Mittelwest-Staaten fob Werk	28,50	28,25

Sojaöl Chicago (c/lb)	13. 3.	12. 3.
März	29,20	29,35
Mai	29,30	29,60
Juli	29,18	29,50
Aug.	28,20	28,35
Sept.	27,10	27,35
Okt.	25,85	25,95
Dez.	25,30	25,35

Baumwollsaatöl New York (c/lb)	13. 3.	12. 3.
Mississippi-Tal	30,00	30,00

Schmalz Chicago (c/lb)	13. 3.	12. 3.
loco lose	28,50	28,50
Choice white hog 4% fr. F.	21,25	21,00

Talg New York (c/lb)	13. 3.	12. 3.
top white	20,00	20,00
fancy	19,50	19,50
bleichfähig	19,00	19,00
yellow max. 10% fr. F.	16,75	16,75

Schweine Chicago (c/lb)	13. 3.	12. 3.
Apr.	47,85	47,10
Juni	54,25	53,65
Juli	55,45	55,20

Schweinebäuche Chicago (c/lb)	13. 3.	12. 3.
März	62,77	63,25
Mai	64,40	64,50
Juli	65,15	65,10

Häute Chicago (c/lb)	13. 3.	12. 3.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	unverändert
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	unverändert

Sojabohnen Chicago (c/bush)	13. 3.	12. 3.
März	770,00	774,00
Mai	785,00	790,00
Juli	794,00	800,00
Aug.	783,50	790,00
Sept.	748,00	755,50
Nov.	722,50	730,00
Jan.	734,00	742,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)	13. 3.	12. 3.
März	199,80	200,50
Mai	204,80	200,60
Juli	208,80	210,00
Aug.	208,50	210,50
Sept.	205,00	205,50
Okt.	199,50	201,00
Dez.	202,00	203,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	13. 3.	12. 3.
März	360,00	361,00
Mai	359,50	361,00
Juli	364,00	364,50

Kokosöl New York (c/lb)	13. 3.	12. 3.
Westküste fob Werk	53,50	52,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	13. 3.	12. 3.
jegl. Herk. cif	1065,00	1065,00

Leinöl Rotterdam ($/t)	13. 3.	12. 3.
jegl. Herk. ex Tank	495,00	510,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)	13. 3.	12. 3.
Sumatra cif	950,00	850,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)	13. 3.	12. 3.
roh Niederl. fob Werk	212,50	209,25

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)	13. 3.	12. 3.
Philippinen cif	1210,00	1200,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)	13. 3.	12. 3.
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	308,00	305,85

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	13. 3.	12. 3.
Mai	80,85	80,85
Juli	80,95	81,29
Okt.	76,70	76,85
Dez.	74,88	74,80
März	75,60	75,85
Mai	76,20	76,40

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis	13. 3.	12. 3.
loco RSS–1	58,25	58,25

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	13. 3.	12. 3.
März	418–424	418–422
Mai	424–430	428–432
Aug.	459–461	456–457
Umsatz	267	133

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	13. 3.	12. 3.
März	49,70	49,70
Mai	49,20	49,20
Juli	49,80	49,80
Okt.	49,90	49,90
Umsatz	–	–
Tendenz		stetig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	13. 3.	12. 3.
März	558,0–563,0	555,1
Mai	570,0–570,5	571,5–573,0
Juli	580,0–581,0	581,0–583,0
Umsatz	56	98

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	13. 3.	12. 3.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	13. 3.	12. 3.
März	13 919	13 919
April	13 793	13 796

Kautschuk London (p/kg)	13. 3.	12. 3.
Nr. 1 RSS loco	81,00–83,50	81,00–83,50
April	80,00–83,50	80,50–82,50
Mai	80,00–84,00	81,60–82,50
April/Juni	81,70–81,20	81,60–82,00
Tendenz: stetig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	13. 3.	12. 3.
April	264,50–265,00	267,50–268,75
Mai	268,75–269,75	258,00–259,00
Nr. 2 RSS April	258,50–259,50	253,00–254,00
Nr. 3 RSS April	253,50–254,50	246,00–247,00
Nr. 4 RSS April	246,50–247,50	–
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	13. 3.	12. 3.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	13. 3.	12. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	116,45–116,65	117,24–117,71
drittfolg. Monat	118,62–118,91	119,98–120,17
Zink: Basis London		
laufend. Monat	263,95–265,08	273,28–273,66
drittfolg. Monat	256,00–256,19	262,30–262,68
Produz.-Preis	272,41	274,32
Reinzinn 99,9%	3615–3651	3579–3615

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13. 3.	12. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	390,44–392,34	389,29–391,18
Blei in Kabeln	124,25–125,25	125,25–126,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeschaffer.

Messingnotierungen

	13. 3.	12. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	379–385	379–386
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	419–423	419–423
MS 63	413–418	412–417

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	13. 3.	12. 3.
	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	13. 3.	12. 3.
Leg. 225	440–453	440–453
Leg. 226	442–455	442–455
Leg. 231	472–485	472–485
Leg. 233	492–495	492–495

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

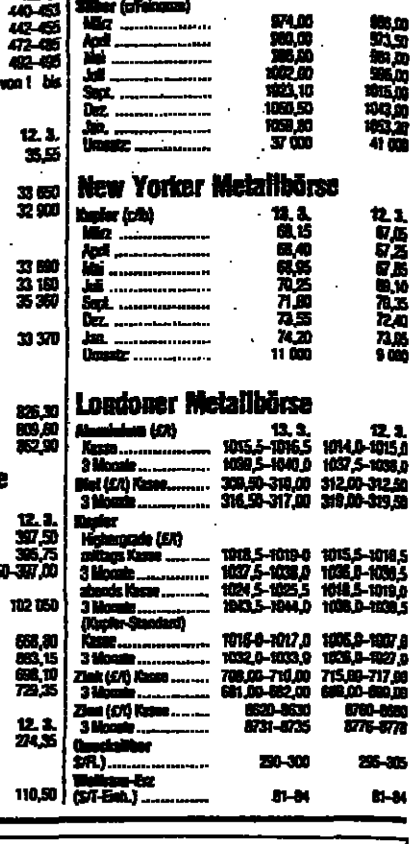
	13. 3.	12. 3.
Platin (DM je g)	35,55	35,55
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 650	33 650
Rücknahmepr.	32 900	32 900
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	32 900	33 690
Rücknahmepr.	33 000	33 160
verarbeitet	35 190	35 360
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 225	33 370
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	825,40	826,30
Rücknahmepr.	808,60	809,60
verarbeitet	862,00	862,90

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	13. 3.	12. 3.
10.30	397,50	397,50
15.00	397,25	395,75
Zürich mittags	397,75–398,25	396,50–397,00
Paris (Ffr-kg-Barren) mittags	101 700	102 050
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	667,30	668,80
3 Monate	681,75	683,15
6 Monate	696,45	698,10
12 Monate	727,45	729,35

Platin (£-Feinunze) London	13. 3.	12. 3.
fr. Markt	274,95	274,35
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	109,65	110,50

New Yorker Preise	13. 3.	12. 3.
Gold H & H Ankauf	397,25	395,75
Silber H & H Ankauf	980,00	988,00
Platin fr. Händlerpr.	400,00–402,25	400,00–402,75
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	181,00–183,00	180,50–182,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
März	974,00	966,00
April	980,00	973,50
Mai	986,00	980,00
Juli	1002,60	996,00
Sept.	1023,10	1015,00
Dez.	1050,50	1043,00
Jan.	1058,80	1053,20
Umsatz	37 000	41 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	13. 3.	12. 3.
März	68,15	67,05
April	68,40	67,25
Mai	68,95	67,85
Juli	70,25	69,10
Sept.	71,60	70,35
Dez.	73,55	72,40
Jan.	74,20	73,05
Umsatz	11 000	9 000

Londoner Metallbörse

	13. 3.	12. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	1015,5–1016,5	1014,0–1015,0
3 Monate	1039,5–1040,0	1037,5–1038,0
Blei (£/t) Kasse	309,50–319,00	312,00–312,50
3 Monate	316,50–317,00	319,00–319,50
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1018,5–1019,0	1015,5–1016,5
3 Monate	1037,5–1038,0	1036,0–1036,5
abends Kasse	1024,5–1025,5	1018,5–1019,0
3 Monate	1043,5–1044,0	1038,0–1038,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1016,0–1017,0	1006,0–1007,0
3 Monate	1032,0–1033,0	1026,0–1027,0
Zink (£/t) Kasse	709,00–710,00	715,00–717,00
3 Monate	681,00–682,00	680,00–690,00
Zinn (£/t) Kasse	8620–8630	8760–8880
3 Monate	8731–8735	8776–8778
Quecksilber ($/Fl.)	290–300	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	81–84	81–84

Blühend in einem Meer wirtschaftlicher Krisen

Von F. MEICHSNER

Ein Regierungschef, der ununterbrochen fast ein Vierteljahrhundert im Amt ist; eine Partei, die seit Jahrzehnten bei jeder Wahl rund 60 Prozent der Stimmen erhält; eine Wirtschaft, die noch immer einigermaßen blühend in einem Meer der Krise schwimmt – eine Verwaltung, die im großen und ganzen funktioniert – mehr Zufriedenheit als Unzufriedenheit – im Italien von heute hört sich das alles wie ein Märchen an.

Und doch ist es eine Realität: in Südtirol. Die „autonome Provinz Bozen" präsentiert sich als eine Art „Musterländle" des krisengeschüttelten Apenninenstaates, als ein Land, das zwar auch seine Probleme hat, in dem aber – alles in allem genommen – die Lebensqualität weit über dem nationalitalienischen und wohl auch über dem europäischen Durchschnitt liegt.

Politisch wird die beispiellose Stabilität zwischen Brenner und Salurner Klause bestimmt von der Existenz der Sammelpartei der deutschen Volksgruppe und von der Persönlichkeit ihres charismatischen Patriarchen, des 70jährigen Landeshauptmannes und Parteiobmannes Silvius Magnago. Die Südtiroler Volkspartei (SVP) repräsentiert heute wie vor vierzig Jahren die große Masse der deutschstämmigen Bevölkerungsmehrheit.

Spaltungsversuche ohne Erfolg

Alle Versuche, sie zu spalten, endeten bisher mit einem Fiasko. Bei den letzten Landtagswahlen im November vorigen Jahres errang sie 22 der insgesamt 35 Mandate. Neun gingen an die Parteien der italienischen Volksgruppe, in die vier restlichen teilten sich drei Splitterparteien der deutschen Südtiroler.

Gestützt auf die Geschlossenheit ihrer Anhängerschaft hat die SVP unter Führung Magnagos, der längst in die Rolle eines Landesvaters hineingewachsen ist, dem Land in den letzten Jahrzehnten eine Autonomie erkämpft, die zwar noch nicht perfekt ist, mit der sich aber schon heute recht gut leben läßt. Mit dem Autonomiestatut wurden dem Land die primären Gesetzgebungsbefugnisse für 29 Sachgebiete und die sekundären in elf weiteren Bereichen zugestanden. Unter anderem wurden die Anwendung des ethnischen Proporzsystems bei der Neubesetzung von Staatsstellen und eine weitgehende Schulautonomie erreicht.

Sicherlich stehen noch einige Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut aus. Die Verhandlungen darüber mit Rom kommen nur schleppend voran. Nach dem kürzlichen Besuch des italienischen Ministerpräsidenten Craxi in Wien sind sie nach Darstellung eines der Südtiroler Parlamentarier aber doch wieder „etwas flüssiger" geworden. So wurde nach jahrelangem Tauziehen vor einigen Tagen der Weg freigemacht für die Errichtung eines autonomen Verwaltungsgerichtshofes in Bozen.

Die wichtigste der noch fehlenden Durchführungsbestimmungen betrifft die Gleichstellung der deutschen Sprache in der öffentlichen Verwaltung, vor Gericht und bei der Polizei. Die gemischte italienisch-Südtiroler Sechserkommission, die für die Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen zuständig ist, hat in diesem Punkt zwar schon im Juni vorigen Jahres Einigung erzielt, aber die römische Regierung zögert, eine Einigungsformel abzusegnen, die unter anderem vorsieht, daß in Zukunft Gerichtsverfahren, wenn der Anklagte deutschstämmig ist, ausschließlich auf deutsch geführt werden sollen.

Dagegen protestieren in Bozen nicht nur die italienischen Advokaten, sondern – aus Solidarität mit ihnen – auch einige ältere Südtiroler Anwälte. Erschwerend hinzu kommt das Problem, daß von den 32 im Augenblick in Südtirol amtierenden Richtern nur 18 voll zweisprachig sind (zehn Südtiroler und acht Italiener). 14 italienische Richter könnten einen Prozeß auf deutsch nicht führen.

Weitere noch ausstehende Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut betreffend ergänzende Maßnahmen im Rahmen der Schulautonomie, das Transport- und Telekommunikationswesen, die Finanzen, den Bergbau, die Ortsnamengebung, die Überschreibung von Staatseigentum (von Eisenbahn und Militär verwaltete Wohnhäuser) auf das Land sowie die Anwendung des ethnischen Proporzes für die örtlichen Stellenpläne beim Regierungskommissariat und beim Rechnungshof.

Vielleicht werden sich die Verhandlungen über diese Punkte noch weitere Jahre hinziehen – auch wenn Craxi in Wien versichert hat, daß er so schnell wie möglich zum Abschluß kommen möchte. Gewiß werden die Südtiroler mit ihrer bekannten Fähigkeit nicht lockerlassen. Leben läßt sich's für sie bis zur erhofften Perfektionierung ihrer Autonomie auf alle Fälle auch schon jetzt relativ gut.

Goldenen Boden hat in Südtirol nach wie vor besonders das Fremdenverkehrsgewerbe. Hier ist von Krise nichts zu spüren. Im gesamten Dienstleistungsgewerbe, das neben dem Gaststättenwesen auch die Verwaltung und andere nicht zur Landwirtschaft und Industrie gehörende Bereiche erfaßt, waren 1983 nicht weniger als 59,6 Prozent aller erwerbstätigen Südtiroler beschäftigt. Es verzeichnete im vorigen Jahr eine Zuwachsrate von 2,8 Prozent. In der Industrie (mit 24 Prozent der Südtiroler Arbeitnehmer) war der Beschäftigungsstand zwar leicht rückläufig (minus 2,2 Prozent), betroffen davon wurden jedoch kaum die im Land verstreuten ortsintegrierten Klein- und Mittelbetriebe, die sich fast alle als ziemlich krisenfest erwiesen, sondern hauptsächlich die in der Bozener Industriezone angesiedelten „nationalen" Großbetriebe (Lancia usw.)

Gesundes Land als Nachlaß

Die Landwirtschaft, in der noch 16,4 Prozent der Südtiroler tätig sind, erhielt 1983 ihren Beschäftigungsstand aufrecht. Solche Zahlen vor dem Hintergrund politischer Stabilität und relativer Verwaltungseffezienz sind geeignet, von Mailand bis nach Palermo fast neidische Gefühle zu erwecken. Sie hören sich weiter südlich an wie Berichte aus dem Paradies. Dabei haben die Südtiroler durchaus auch Sorgen, bedingt nicht nur durch die ständige Hinauszögerung der vollen Autonomieverwirklichung – oder durch einen den Tourismus in Mitleidenschaft ziehenden gelegentlichen Fernfahrerstreik am Brenner. Eine dieser Sorgen betrifft die Jugendarbeitslosigkeit. Es fehlen im Land rund 1 000 Lehrstellen.

Aber Sorgen hin, Sorgen her – Silvius Magnago, dem seine Wählerschaft im vergangenen November noch einmal für fünf Jahre das Regierungsmandat gab, hat allen Grund zu der Hoffnung, daß er Ende 1988 seinem Nachfolger ein politisch und wirtschaftlich im Kern gesundes Land übergeben kann – ein Land, in dem Deutsche und Italiener Seite an Seite gut zu leben vermögen, in dem die wohl widerstandsfähigste deutsche Volksgruppenminderheit Gleichberechtigung genießt.

Mit Erfolg hat der ehemalige Leutnant der Gebirgsjäger, der 1943 nach einer schweren Verwundung im Kaukasus ein Bein verlor und im Lazarett lange mit dem Tode rang, seinen eigenen Überlebenswillen zum Maßstab gesetzt für den Überlebenswillen seiner Volksgruppe. „Entscheidend für unsere Zukunft", sagte er vor der letzten Wahl im einem Gespräch mit der WELT, „ist und bleibt der Wille zum Überleben."



Craxis historische Visite in Wien

Als der italienische Regierungschef Bettino Craxi in der zweiten Februarhälfte einen Staatsbesuch in Österreich machte, hatte dies historische Bedeutung. Denn der letzte Besuch auf dieser Ebene liegt genau 103 Jahre zurück. Es war König Umberto I., der im Jahre 1881 mit seinem Regierungschef Agostino de Pretis in Wien eintraf. Der Grund für die Zurückhaltung auf höchster Ebene heißt Südtirol.

Immerhin hat es bis in die 70er Jahre dieses Jahrhunderts gedauert, ehe man den Pariser Vertrag zwischen Italien und Österreich vom 5. September 1946 mit Leben erfüllte und den ethnischen Gegebenheiten in Südtirol, das als rein deutschsprachiges Gebiet im Vertrag von St. Germain Italien zugeschlagen wurde, Rechnung trug.

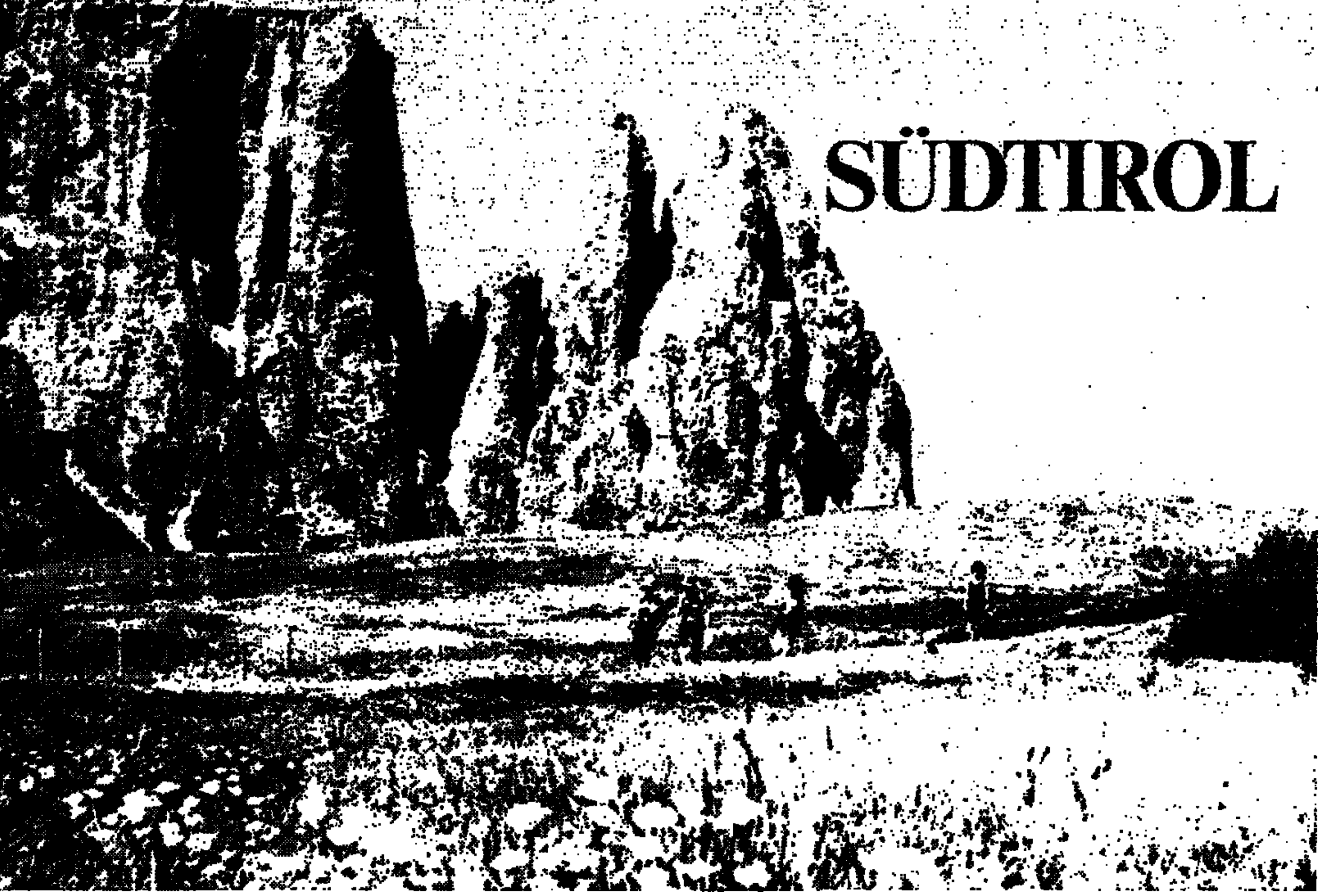
Heute können die Statuten und Pakete, die den Südtirolern innerhalb der italienischen Republik ihre Rechte sichern, als vorbildlich für das Zusammenleben verschiedensprachiger Bevölkerungen gelten, selbst wenn es auch heute noch offene Fragen, gelegentlich sogar Mißstände und tiefe Empfindlichkeiten, auf beiden Seiten gibt.

Vor diesem Hintergrund unterstreicht der Besuch Craxis in Wien das Erreichte und das Zusammenwachsen Europas in diesem Teil über die wirtschaftlichen und militärischen Blockgrenzen hinweg. Ja, wenn man einen Blick auf die Agenda der Gespräche wirft, erkennt man, daß durch das Südtirol-Problem in Jahrhunderten gewachsene politische, wirtschaftliche und verkehrsmäßige Ströme willkürlich zerschnitten wurden, an deren Wiederverknüpfung man jetzt herangehen will.

So wurde zum Beispiel in Wien über den Hafen Triest geredet, der für Österreich heute noch der wichtigste Hafen ist, die Umladestation für den Warenfluß in den Mittelmeerraum, in den Nahen und Fernen Osten. Österreich, so wurde in Wien deutlich, braucht den Hafen ebenso wie Triest Österreich, um zu seiner alten Bedeutung zurückzufinden.

Die in Bau befindliche Pyhrn-Autobahn kann zu einer Nabelschnur zwischen Ostösterreich und der Adria werden. Von Triest wiederum bezieht Österreich Öl in der TAI-Leitung, und die leidige Frage der Staus am Brenner ist heute, eben wegen der immer stärkeren Verflechtung Europas, eine Frage, die nicht nur für Bozen, Innsbruck, Wien oder Rom von vitaler Bedeutung ist.

H.-H. HOLZAMER



Frühling auf der Seiseralm, im Hintergrund der Schlern, Dolomiten FOTO: VERKEHRSAMT SCHLERN

ANDREAS HOFER

Symbol für den Glauben an das eigene Volk

Zu Mantua in Banden lag der Tiroler Freiheitskämpfer Andreas Hofer, bis er am 20. Februar 1810 von einem französischen Peloton erschossen wurde. Und mit den Worten „Zu Mantua in Banden" beginnt auch die Tiroler Landeshymne.

In diesem Jahr wird nördlich und südlich des Brenners dieses Tiroler Freiheitskämpfers gedacht, der vor 175 Jahren, im Jahre 1809, die einfachen Bauern seiner Heimat gegen Napoleon und die mit diesem verbündeten Bayern führte.

Der Aufstand war vergebens. „Anderl", wie Hofer genannt wird, schlug vier Schlachten; rückte gar in das von Bayern besetzte Innsbruck ein und ließ sich zum „Ober-Commandanten" in Tirol ernennen. Von diesen vier Schlachten gewann er drei. Die vierte und ärgerlicherweise die letzte, verlor er.

Andreas Hofer wird nicht ohne Grund in Tirol als Held verehrt. Er gilt als Symbol für den Tiroler Freiheitssinn nördlich und südlich des Brenners, einer Grenze, die der Nordtiroler Regierungschef Eduard Wallnöfer vor wenigen Tagen eine „blutende Wunde" nannte. Und Silvius Magnago, Landeshauptmann von Südtirol, sagte über Hofer: „Der Glaube an das eigene Volk, das Vertrauen auf Gott und Liebe zur Heimat haben Hofer die Kraft gegeben, Tirol unter Hingabe seines Lebens zu verteidigen. Die gleichen Charaktereigenschaften und Ideale müssen wir auch heute besitzen, wenn wir unser zerrissenes Land als Einheit bewahren wollen."

Als die eigentliche Gefahr für Tirol wird von vielen Bewohnern dieses Landes weniger die Grenzziehung gesehen, die heute nicht zuletzt durch die Sinowatz-Craxi-Kompromisse ihre Bedeutung weitgehend verloren habe, gesehen, sondern der gelegentlich unkontrollierte Aufschwung durch den Tourismus. Die Skiorte machten sich Konkurrenz, das Brauchtum werde bisweilen dem Profit geopfert und die Landschaft dem Wohlstand. He.

HANDELSKAMMER BOZEN / Dem europäischen Verkehr verpflichtet

Wir sind gleichsam das Nadelöhr des Nadelöhrs im Nord-Süd-Transit

Von R. von FIORESCHY

Mir scheint, unsere Vorfahren waren vor 300 Jahren näher am europäischen Gedanken als wir. Die heutige Handelskammer Bozen leitet ihre Herkunft vom Bozner Merkantilgebäude ab, das im 17. Jahrhundert für die Schlichtung von Handelsstreitigkeiten auf einem fürwahr europäischen Gebiet von Augsburg bis nach Oberitalien zuständig war, und obwohl man mit Ochsengespannen die Fracht über den Brenner lieferte, ging es einfacher und manchmal sogar schneller als heute.

Jetzt gehen wir auf dem Mond spazieren, aber an der italienischen Grenze brauchte es einen achttägigen Aufstand der Fernfahrer, um die Regierung in Rom dazu zu bewegen, das zu tun – oder wenigstens das zu versprechen –, was eigentlich schon vor drei Jahrzehnten hätte erfolgen müssen: die Öffnung der innereuropäischen Grenzen für einen freien europäischen Güteraustausch.

Denn das war ja eigentlich der Vater des Gedankens der europäischen Gemeinschaft, war das, was die Begründer der europäischen Idee bereits im Jahre 1957 versprochen hatten. Damals kam man überein, daß die TIR-Transporte am Ladeort oder dem nächstgelegenen Zollamt versiegelt und die Formalitäten am Bestimmungsort oder dem dort nächstgelegenen Zollamt vorgenommen werden können.

Denn Zölle zwischen EG-Mitgliedsstaaten gibt es ja eigentlich gar nicht mehr. Die wurden vor vielen Jahren beseitigt. Nur an den Grenzen hat sich nichts geändert. Schuld der Zöllner? Wohl kaum. Die sind Staatsbeamte und tun ihre Pflicht (oder nicht).

Es sind die Regierungen, die sich trotz aller europäischen Schönmalerei bisher weder auf eine gemeinsame Verkehrspolitik noch einen zielstrebigen Maßnahmenkatalog zur Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes der Gemeinschaft einigen konnten.

Gewiß: So arg wie am Brenner ist es an anderen Grenzübergängen innerhalb des westlichen Europas nicht, aber Italien allein ist nicht schuldig, auch die anderen EG-Mitglieder entwickeln eine rege Phantasie, wenn es darum geht, Verbrauchssteuern und Ausgleichsausgaben zu kassieren oder neue Kontrollen und Formulare zu erfinden.

Wir in Südtirol müssen das zur Kenntnis nehmen. Wir befinden uns an der Nahtstelle Nord und Süd, und wenn Österreich sich selbst als „Nadelöhr" des europäischen Verkehrs bezeichnet, so sind wir gleichermaßen das Nadelöhr des Nadelöhrs. Der alte Paßstaat Tirol, dessen südlicher Teil wir sind, hat von jeher vom europäischen Verkehr gelebt, und es wird unsere Aufgabe sein, immer wieder darauf hinzuweisen, daß nur ein geeintes Europa unseren Nachkommen eine Zukunft bieten wird.

Und weil das Verkehrsaufkommen immer größer und die Technik immer weitere Horizonte eröffnen wird, bleibt es letzten Endes uns, den Handelskammern des Alpengebiets, vorbehalten, die Zentralregierungen der Staaten zu mahnen, zu drängen und nicht zur Ruhe kommen zu lassen, damit einerseits die Vorsätze der Europäischen Gemeinschaft durch Abschaffung sinnloser Bürokratie verwirklicht, andererseits die Voraussetzungen für eine Angleichung der Verkehrsadern an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts erfüllt werden. Einstweilen scheinen die Chancen für unser erstes Anliegen leicht gebessert – mehr sollte man vorsichtshalber nicht sagen –, für das zweite Anliegen kaum gegeben.

Denn es ist klar, daß wir auf die Dauer mit der heutigen Struktur der Verkehrswege über den Brenner nicht weiterkommen, es sei denn, wir wollten auch noch in den kommenden Generationen mit kilometerlangen Staus, Luftverpestung und zunehmender Zersiedlung unserer kostbaren Tal-Lagen leben. Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Schiene auf die Straße dauert unvermindert an, und die seit 20 Jahren diskutierte radikale Lösung einer Brenner-Flachbahn, einst das gemeinsame Ziel aller Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer, scheint von der Planung abgesetzt worden zu sein.

Wir stehen also heute, im Jahre 1984, ohne ein alpenüberschreitendes Verkehrskonzept da. Wir bauen zwar gemeinsame europäische Satelliten, damit wir besser auf einer Brücke im Weltraum kommunizieren können, aber wie wir rationeller, sauberer und gesünder über einen Alpenpaß kommen, übersteigt bei weitem das Vorstellungsvermögen der Regierungen.

Damit kann und darf sich die Wirtschaft nicht zufriedengeben. Sie kann nicht auf der Stelle treten und warten, bis sich in den Staatskanzleien etwas weiterbewegt. Das gilt für Südtirols Wirtschaft im ganz besonderen, denn unsere Industrie, die übrigens alteingesessen ist, muß genauso exportieren wie unsere Wein- und Obstwirtschaft. Beide sind völlig vom guten Funktionieren des Gütertransports abhängig.

Bozen verdankt seinen Wohlstand dem Großhandel früherer Jahrhunderte und kann sich nur erhalten, wenn die Verkehrswege gesichert sind.

Und das Zugpferd von Südtirols Wirtschaft, der Fremdenverkehr, ist der Verkehrslage auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Kurz: Südtirols Zukunft ist untrennbar von der Zukunft des europäischen Gedankens. Nur wenn Europa triumphiert, ist unsere Existenzbasis gesichert. Das ist unsere Überzeugung und unsere Verpflichtung. Wir wären froh, wäre es uns möglich, mehr in diesem Sinne zu tun, als wir tun können. Aber was immer in unserer Macht liegt, das wollen wir tun.

Robert von Fioreschy ist Präsident der Handelskammer Bozen.

Josef Obkircher schnitzte die Oswald-Standarte FOTO: DIE WELT

Auf Ritter Oswald von Wolkensteins Spuren

Zu einem sportlichen und kulturellen Ereignis, das über die Grenzen Südtirols hinaus Besucher anzieht, ist der Oswald von Wolkenstein-Ritt geworden.

Die Veranstaltung knüpft an eine historische Tradition des ausklingenden Mittelalters an, der Zeit, als Oswald von Wolkenstein (1377 – 1445) sein abenteuerliches Leben führte und der Nachwelt seine Gedichte an Sabine Jäger überließ. Der traditionelle Ritt findet in diesem Jahr am 17. Juni statt, er wird von den Gemeinden Völs, Kastelruth veranstaltet. Er wird das Schloß Trostburg, Kastelruth, Seys, den Völser Weiher, das Schloß Brösels und andere Orte am Fuße des Schlern, des Südtiroler Symbolberges, berühren.

Informationen telefonisch über das Verkehrsamt Kastelruth, 0 039 471/71 333.

INDUSTRIE / Heimische Betriebe verfügen über ein beachtliches Maß an Flexibilität, es dominiert das Baugewerbe

Neue Sektoren sind Technologie und Forschung

Die derzeit in der Industrie registrierte Krise" sagte Gianni Brida, hat einerseits deutlich gemacht, daß Südtirol keine Insel ist, die sich von einer negativen Weltkonjunktur abschirmen kann, aber sie hat auch bestätigt, daß die heimischen Unternehmen über ein beachtliches Maß an Vitalität und Flexibilität verfügen. Weiter gab Gianni Brida der Wiener Zeitung „DIE PRESSE" zu Protokoll: „Und noch ein weiteres wurde klar: Die Südtiroler Industrie ist im Lande zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor angewachsen."

Der Präsident des Industriellen Verbandes in Bozen kann seine Behauptung mit Zahlen bekräftigen. In der Industrie des Landes finden immerhin rund 30 000 Südtiroler Arbeit und Einkommen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen beträgt etwa 22 Prozent, der Anteil am Bruttosozialprodukt liegt bei 30 Prozent. Wichtig für die Industriestruktur Südtirols ist vor allem, daß nicht nur ausländische Firmen im Lande Tochterbetriebe errichteten, sondern daß auch einheimische Unternehmer den Übergang von der handwerklichen zur industriellen Fertigung wagten.

Entscheidend war auch die relativ breite Produktpalette. Sie reicht von der Textil- und Bekleidungsindustrie über die Lebensmittelindustrie, Einrichtungsindustrie und mechanische Werkstätten, die sich als Hersteller von Seilbahn, Liften und Schneekatzen einen Ruf erwarben. Die überwiegend mittelständisch strukturierte Wirtschaft erlaubt es, in den Tälern Arbeitsplätze anzubieten, um so die Abwanderung, vor allem der Jugend, aufzuhalten.

So gelang es, daß auch eigentlich nicht mehr rentable, kleine Bergbauernhöfe erhalten bleiben, weil die Chance geschaffen wurde, als Nebenerwerbsbauer hinzuzuverdienen.

Das ist indes kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. So heißt es im Industrieprogramm, das seine Grundlage im Landesgesetz Nummer 25 vom 8. 9. 1981 mit dem Titel „Finanzielle Maßnahmen der autonomen Provinz Bozen/Südtirol im Industriesektor" hat, daß ein Großteil des industriellen Potentials „erst noch freizusetzen ist, und zwar speziell im Bereich Umstrukturierung und Produktionsumstellung".

Tourismus hat positiven Effekt

Denn technologische Erneuerungen und Umstrukturierungen, welche beispielsweise in den Großbetrieben der Bozener Industriezone durchgeführt wurden, haben für die Stadt einen Beschäftigungsrückgang mit sich gebracht. Und der Tertiärbereich, vor allem der Tourismus, konnte die freiwerdenden Arbeitskräfte nur teilweise auffangen. So hat die Landeshauptstadt in den letzten zehn Jahren etwa 3000 Arbeitsplätze in der Industrie verloren.

Im industriellen Bereich hat der Tourismus einen positiven Effekt, er beflügelte das Baugewerbe. Es werden in Südtirol sechs Prozent des gesamten italienischen Bauvolumens errichtet, während die Bevölkerung nur etwa 0,8 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Dieser Erfolg hat mit dazu beigetragen, daß in Südtirol nach wie vor ein gutes Investitionsklima herrscht. So haben die Betriebe des Landes in den letzten Jahren alle Beträge wieder reinvestiert, da sie darauf bauten, daß der Markt ständig expandieren würde. Die Wirtschaftskrise, die hohen Kapitalkosten mit ihrer Hebelwirkung auf die Passiva, haben zwar die Unternehmer verunsichert, aber nicht zu einem Einfrieren der Investitionen geführt.

Die Verantwortlichen sind allerdings der Meinung, daß etwa im Holzsektor, der eng mit der Bauwirtschaft zusammenhängt, nicht mehr investiert werden sollte. Dagegen bietet sich der Informationssektor an. Immerhin betragen in Italien die Investitionen im Bereich Technologie, Forschung und Entwicklung nur 0,84 Prozent des Bruttosozialproduktes. In Deutschland sind es immerhin 2,39 Prozent.

Hier könnte Südtirol innerhalb Italiens eine Vorreiterrolle übernehmen, und die öffentliche Verwaltung ist auch bereit, als Antriebselement zu wirken.

Neben der holzverarbeitenden Industrie ist die Metallverarbeitung in Südtirol dominierend. Letztere weist den größten Beschäftigtenanteil auf, der Holzsektor verfügt über die meisten, überwiegend kleineren Betriebe. Die sektorale und größenmäßige Zusammensetzung zeigt, daß in der Südtiroler Industrie zwei voneinander grundlegend verschiedene Produktionssysteme koexistieren:

Einerseits die Großindustrie, vertreten etwa durch Metallverarbeitung, Chemie und Kunststoff, andererseits die Handwerksunternehmen und Kleinbetriebe des Bauwesens. Die Großbetriebe agieren auch von Südtirol aus auf dem europäischen Markt und sind dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Handwerk und Kleinbetriebe sind mit dem Lokalmarkt verbunden und blieben vom ausländischen Konkurrenzdruck weitgehend verschont.

Lebensmittel für den Export

Wichtig ist die Exportausrichtung. Im Jahre 1981 wurden ¾ des gesamten Exports der Provinz von der Industrie bestritten, mit einem Volumen von 395 Milliarden Lire. Der Exportanteil der Bauindustrie ist, wie gesagt, mit fünf bis sechs Prozent relativ bescheiden. Bedeutend auf den Export ausgerichtet ist die Lebensmittelindustrie. Hier machen Getränke den Löwenanteil aus.

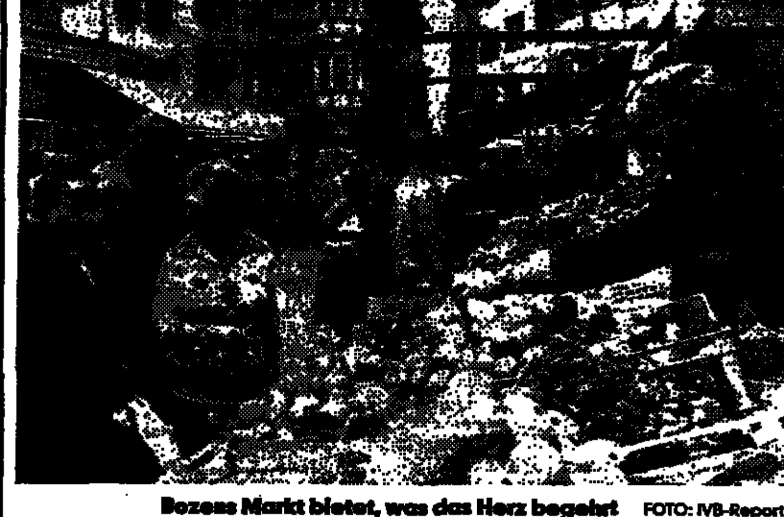
In Bozen ist man allerdings nicht bereit, die gegenwärtige Situation als optimal hinzunehmen. Es wird vielmehr darüber gestritten, in welchen Bereichen investiert werden soll und ob die Zukunft eher im industriellen Sektor zu sehen ist, oder ob der tertiäre Bereich, und hier vor allem neben dem Tourismus der Handel, auszubauen ist.

So wird gefordert, daß die Positionen im Export- und Importhandel, im Transport-, Speditions- und Bankwesen verstärkt werden. Vor diesem Hintergrund ist auch die Handelszone Bozen-Süd zu sehen, eine Idee, die seit zwanzig Jahren im Gespräch war und jetzt langsam ihrer Vollendung entgegengeht.

Südtirol, und vor allem seine Hauptstadt Bozen, ist dazu berufen, im Handel eine Brückenfunktion zu übernehmen. Die Stadt ist in gewisser Weise auch dazu verurteilt, denn sonst werden diese Aktivitäten nach Trient oder nach Verona verlagert. Immerhin wird in Trient bald eine großzügige Zollabfertigungsstation mit den dazugehörigen Bauten und Lkw-Parkplätzen ihrer Bestimmung übergeben, um den Brennerengpaß zu entlasten. Diese Verkehrsbedeutung verspricht man sich in Bozen auch für die eigene Stadt, und die Voraussetzungen, diese Funktion zu übernehmen, sind gut: Die Stadt hat eine Handelszone, eine Messe, eine Autobahnanbindung, und die von Innsbruck aus operierende Tyrolean Air wäre bereit, Bozen in ihren Flugplan einzubeziehen. Allerdings läßt die Inbetriebnahme des Flugplatzes auf sich warten.

So sind die Südtiroler auf Grund ihrer Mittlerfunktion zwischen Nord und Süd dazu verurteilt, in die Zukunft und in die zukunftsträchtigen Zweige des sekundären und tertiären Sektors zu investieren, wenn nicht die Nachbarn diese Funktion übernehmen sollen.

Es sieht so aus, als hätten die Verantwortlichen in Regierung und Parlament dies erkannt. MM.



Bozens Markt bietet, was das Herz begehrt FOTO: IVB-Report

Urlaubserinnerungen

Das wohl beste Verkaufsargument ist die Erinnerung an den Urlaub. Viele Länder haben es sich zunutze gemacht, daß der Tourist auch zu Hause die Spezialitäten seines Urlaubslandes kaufen möchte, um Erinnerungen aufzufrischen und um für Abwechslung zu sorgen. Auch Südtirol geht den Weg, aus heimischen Spezialitäten ein Sortiment für den deutschen Markt zu konzipieren. Bekannte Größen in diesem Sortiment sind Äpfel, Wein, der Südtiroler Schinkenspeck und das Schüttelbrot.

So gibt es im Bereich des Specks schon, entsprechend den festgelegten Normen, Unterschiede nach Reife und Fettanteil. „Nicht immer", weiß man bei Huber in Mannheim, der Firma, die den Alleinvertrieb für den Kaiserspeck hat, „akzeptiert man zu Hause das, was man in Südtirol so liebt. So verkaufen wir überwiegend fettarmen Schinken, wobei man jedoch nicht übersehen darf, daß das Fett Geschmacksträger ist." Im Bereich Wein deckt der Vertrieb inzwischen die gesamte Bundesrepublik ab. 1983 wurden etwa 1,5 Millionen Liter abgesetzt.

Das Südtirol-Sortiment umfaßt heute neben Äpfeln, Wein, Schinken und Schüttelbrot auch Tiefkühl-Strudel, Waffeln, Käse, Spirituosen, Sekt und andere Spezialitäten mehr. Größter Absatzmarkt ist Italien, der zweite ist die Bundesrepublik, und auf den Messen wie Anuga und Ikofa ist Südtirol stets vertreten. Viele Produkte tragen das Südtiroler Landeszeichen, das in einem Kreis stilisierte Berge und die Inschrift Südtirol trägt. Eine geschlossene Kennzeichnung aller Artikel des Landes wird in Bozen gewünscht.

Der Absatzerfolg Südtiroler Produkte hat auch den Trend in der Gastronomie bestärkt, die Speisen anzubieten, wie sie „vom Volk und der Landschaft geprägt werden", wie es Arthur Eisenkeil vom Südtiroler Hotelier- und Gastwirteverband formuliert. „Und so ist es nur natürlich, daß es in Tirol eine kräftige Kost gibt, abwechslungsreich wie die Berglandschaft und passend zum Tiroler Wein. Eine Kost, die den Menschen gesund, schlank und leistungsfähig erhält."

J. C.

AHRNTAL / Schon bei den sächsischen Königen eine beliebte Feriendomäne

Guter Stützpunkt für Hochgebirgstouren in das Reich der Riesenfernergruppe

Auf einer Wiese vor dem Schloß Bruneck, dem Wahrzeichen des gleichnamigen Städtchens in Südtirol, das Bischof Graf von Brixen im Jahre 1250 errichten ließ, sitzen Damen und Herren aus verschiedenen Ländern, den Zeichenblock auf den Knien. Es sind Hobby-Maler, die sich zu den alljährlich im Sommer stattfindenden Kursen der „Internationalen Ferienakademie Bruneck" eingetragen haben.

Der Urlaubsgast kann entweder in Bruneck selbst, im Ortsteil Reischach oder in den umliegenden Dörfern wohnen. Mehr als 4200 Betten werden vermietet. Rund um Bruneck laden über 150 Kilometer markierte Wanderwege ein. Von der Sonnenterrasse Reischach, wo sich auch eine Reitschule und ein Gemeindehallenbad befinden, ist man in drei Stunden auf dem Gipfel des 2277 Meter hohen Kronplatzes, der von Kennern als einer der schönsten Aussichtsberge bezeichnet wird. Schneller geht's natürlich mit der Luftseilbahn. Bei klarem Wetter reicht der Blick auf die Ötztaler, Stubaier, Zillertaler Alpen und Tauern im Norden und die gezackten Felsbastionen der Dolomiten im Süden.

Zur weiteren Ferienaktivität in Bruneck und Reischach animieren neun Tennisplätze und zwei Hallentennisplätze, Angeln, Radverleih, ein beheiztes Freischwimmbad und fünf Hotelhallenbäder. Wer das bäuerliche Leben vergangener Jahrhunderte erkunden möchte: In Dientenheim bei Bruneck wurde ein volkskundlich hochinteressantes Freilichtmuseum eröffnet.

Wenn man von Bruneck nach Norden abzweigt, kommt man in das Tauferer Tal mit seinen bedeutenden barocken und gotischen Kirchen und Kapellen. Etwa dreizehn Kilometer Fahrt und Sand in Taufers (865 m), die „Eingangspforte" ins urwüchsige Ahrntal, ist erreicht. Wie ein Sperriegel erhebt sich über dem Ort eine der mächtigsten Burgen Südtirols – die Burg Taufers, gekrönt durch die Zillertaler Gletscher im Hintergrund. Teile des Mauerwerks stammen noch aus dem 11. Jahrhundert.

Schon die Könige von Sachsen erkoren Sand einst als Feriendomäne. Heute bietet das hübsche Südtiroler Dorf 2750 Betten und fünf Hotelhallenbäder. Was man in Sand in Taufers unternehmen kann? Es gibt drei Tennisplätze, ein kleines beheiztes Freischwimmbad, Möglichkeiten zum Angeln und drei Kinderspielplätze. Doch das Wandern steht an erster Stelle.

Einer der beliebtesten Panoramawege – eine Halbtagestour – geht über Ahornach hinein ins idyllisch gelegene Rein auf 1525 Meter mit seiner kleinen Pfarrkirche, die kostbare geschnitzte Altäre von Ludwig Bachlechner birgt. Von Rein sind es noch zwei Stunden Aufstieg bis zur Kasseler Hütte, Stützpunkt für herrliche Hochgebirgstouren in die Rieserfernergruppe mit dem Hochgall (3435 m).

Weiter nördlich von Sand in Taufers, am Südfuße der Zillertaler Alpen, liegt das fast dreißig Kilometer lange Ahrntal, umkränzt von 63 Dreitausendergipfeln. Viele der alten Bauernhöfe hier sind noch steingedeckt und kleben oft an unglaublich steilen Berghängen. Typisch sind die alten Kornkästen und Backöfen in Hofnähe und die alten Mühlen längs der Bäche.

Vor Luttach (962 m), der ersten Ortschaft, befindet sich die Talstation des Sesselliftes hinauf zum Speikboden (2000 m). Von der Bergstation bietet sich der „Kellerbauerweg" an, ein reizvoller Gratweg bis zur Nevesjochhütte.

Luttach, der Hauptort des Ahrntales, zu dem auch St. Johann und das stille Weißenbach gehören, hat in den letzten Jahren einen beachtlichen Aufschwung genommen. Rund 4800 Gästebetten werden aufgeschüttelt. Drei Tennisplätze und ein großes öffentliches Hallenbad garantieren Abwechslung neben dem Wandern. Steinhaus, St. Jakob und St. Peter heißen die Orte im mittleren Ahrntal, wo es viele Jugendheime gibt. Von Steinhaus schwebt ebenfalls ein Sessellift hinauf zum Klausberg auf 1600 Meter.

Am Ende des Ahrntales, auf 1476 Meter, breitet sich die ehemalige Bergwerksgemeinde Prettau aus. Größtes Kleinod des Dörfleins ist die 1455 erbaute Knappenkirche zum Heiligen Geist im nahen Weiler Kasern. Lohnende Tagestouren von Prettau aus sind der Rundwanderweg durchs Röttal zur Lenkjöchlhütte (2573 m) über das Windtal zurück und der Lausitzer Höhenweg.

Schon Ende des vorigen Jahrhunderts, nach Auflassung des Bergwerks, wurde in Prettau die Spitzenklöppelei und das Masken- und Wurzelschnitzen als Nebenverdienst eingeführt. HELGA STORTO

Übernachtung + Frühstück Lire 7000 bis 30 000.

Halbpension Lire 14 000 – 50 000. Vierbett-Ferienwohnung pro Tag Lire 25 000 – 50 000.

Bruneck: Tennisplatzmiete pro Stunde Lire 8000, in der Halle Lire 13 000. Feibad: Eintritt Erwachsene Lire 1800, Kinder Lire 700. Hallenbad: Eintritt Erwachsene Lire 3500, Kinder Lire 1800. Reitstunde: Lire 9000.

Sand in Taufers: Freibad: Eintritt Erwachsene Lire 2500, Kinder L. 1500. Tennisplatzmiete pro Stunde: Lire 7000.

Wanderkarten: Kompass-Wanderkarten Nr. 82 „Tauferer-Ahrntal" und Nr. 57 „Bruneck-Toblach".

Auskünfte und Prospekte: Verkehrsamt I-39 031 Bruneck/Südtirol. Tel. 0039-47 485 722.

Verkehrsverband I-39 032 Sand in Taufers. Tel.: 0039-47 468 076.

Verkehrsverein I-39 030 Luttach/Ahrntal. Tel. 0039-47 461 136.



Burg Taufers und die Zillertaler Alpen FOTO: W. STORTO

ULTENTAL / Heilig

Schützende Hand über diesem Tal

Früher ging man gemeinsam auf Bärenjagd. Der letzte wurde 1930 erlegt. Heute wollen die Ultner, die Bürger des Ultentals, Betonklötze abschießen. Und das ist ihnen bislang gut gelungen. Riesige Hotels, Stahlbeton und Zement findet man im Ultental, das rund 30 Kilometer südöstlich von Meran beginnt, nicht. Architektur heißt hier Holz und Tradition.

Um den Gästen in den 981 Fremdenbetten auch die für die Ausübung des Skisportes notwendigen Anlagen bieten zu können, haben sich alle Ultener an den notwendigen Investitionen beteiligt. Das hat natürlich keine Superanlagen ergeben, und der Höhenmeterfresser kommt hier nicht auf seine Kosten, aber Familien, bei denen Spaß vor Ehrgeiz steht, und Skiläufer, die ihre Kanten nicht glühend laufen wollen, sondern lieber im urigen Gasthaus glühenden Wein trinken, werden sich hier wohlfühlen.

Es ist wohl so, wie es der rührige Promoter des Ultentals, Helmut Drescher, sagt: „Die Heiligen halten ihre Hand über das Tal." Mit den Heiligen meint Drescher St. Pankratz, St. Walburg, St. Nikolaus, St. Gertraud und St. Moritz, denn so heißen die Ortschaften des 20 Kilometer langen Tals. Immerhin, wenn auch der Name Ultental von Ultimo kommt, als wäre es das letzte Tal, ganz so von gestern sind die Ultener nicht. Heute erreichen Sessel- und Schlepplifte die Höhen von 2200 Metern, und die Schwelmalm und die Sonnenterrasse von Breiteben erlauben wunderschöne Tourenabfahrten über fast 1000 Höhenmeter auf der Südseite hinab nach St. Nikolaus.

Wenn sich die Kassen der Ultener Ski- und Sessellift AG wieder etwas füllen, wird man die Liftanlagen auch bis zum 2659 Meter hohen Mutheck verlängern.

Für Skiläufer, die lieber im Tal bleiben, führt eine 18 Kilometer lange Doppelspurloipe von St. Walburg bis nach St. Gertraud.

Die fünf Heiligen des Ultnertales lassen keinen Skiläufer verkommen, und die Preise (weiße Langlaufwochen etwa ab 200 Mark, weiße Alpinwochen ab 330 Mark) sind himmlisch niedrig.

Informationen erteilt der Verkehrsverband Ulten in I-39016 St. Walburg/Südtirol, Tel. 0 039 473/79 987

Tourismus zwischen Almen und Palmen

Südtirol umfaßt das Gebiet der Provinz Bozen, die sich über 7400 qkm ausdehnt und 433 000 Einwohner zählt. Südtirol liegt am Südhang des zentralen Alpenhauptkammes und ist einerseits sehr gebirgig (rund 85 Prozent der Oberfläche erstrecken sich über der 1000-Meter-Grenze), mit weltbekannten Gebirgszügen wie Dolomiten und Ortlermassiv, während der restliche Teil des landwirtschaftlich nutzbaren Kulturlandes jene berühmten Gegenden des Etsch- und Eisacktales umfaßt, die durch ihr mildes, südliches Klima sowie durch den intensiven Obst- und Weinanbau weitum bekannt sind.

Seit fast 150 Jahren ist Südtirol eines der beliebtesten Feriengebiete Europas. Fast drei Millionen Gäste haben 1983 in Südtirol rund 21 Millionen Nächtigungen erbracht und dem Land damit ein touristisches Rekordjahr beschert. Rund 5.000 gastgewerbliche Betriebe mit 140.000 Betten hat Südtirols Gastronomie anzubieten, dazu kommen noch über 80.000 Betten in Privatquartieren und Ferienwohnungen sowie 31 Campingplätze.

Einige Gründe für den Erfolg:

- Eine herrliche Landschaft, in der auf kleinstem Raum alle Gegensätze zwischen Palmen, weiten Almwiesen und Wäldern, Dolomitenfelsen und ewigem Eis vorhanden sind;
- die außerordentliche Gunst des Klimas, infolge der Lage am Alpensüdhang – mild, sehr viel Sonnenschein und, was vielleicht überraschend ist, im Winter weitgehende Schneesicherheit in den Bergen, denn südlich des Alpenhauptkammes weht kein Föhn;
- ein gastgewerbliches Angebot, das allen Anforderungen, von der gemütlichen Familienpension bis zum Hotel für höchste Ansprüche, gerecht werden kann;
- eine in jahrzehntelangem Ausbau gewachsene Infrastruktur, die z. B. Bademöglichkeiten in über 1200 Swimming-pools aufweist (öffentliche und Hotel-Schwimmbäder, davon über 400 Hallenbäder), rund 300 Tennisplätze, 37 Seil- und Schwebebahnen, über 300 Skilifte und 95 Gondel- und Sessellifte;
- ein Land, das durch Geschichte und Kultur geprägt wird und zahllose Zeugnisse einer großen Vergangenheit aufweist (über 350 Burgen und Ansitze, zahlreiche romanische und gotische Kirchen mit wertvollen Einrichtungen, historische Städte mit guterhaltener Altstadt usw.);
- die traditionelle Gastfreundschaft der Bewohner dieses Landes;
- ein Land, in dem wirklich zu allen vier Jahreszeiten Hochsaison ist:

im Frühling, wenn im Etschtal Anfang März die Mandeln und Magnolien blühen und im April über sechs Millionen Obstbäume die Gegend um Meran, Bozen und Brixen, im Überetsch und Südtiroler Unterland in ein Blütenmeer verwandeln,

im Sommer, wenn die hohe Zeit der Sommerfrische angebrochen ist, der weiten Wanderungen über Almen und Jöche, der Klettertouren in den Dolomiten und der Badefreuden in den Tälern,

im Herbst, wenn die Bäume von reifen Früchten überquellen, die Weinlese beginnt, die Traubenkur lockt und die klare Luft herrliche Fernsicht bietet,

im Winter, wenn viele bekannte Wintersportorte und verträumte Dörfer als idyllische „Geheimtips" zum Winterurlaub einladen.

SIEGFRIED WENTER

Der Stoff unserer Zukunftsenergien

Aus dem Urlaubsland Südtirol kommt schon seit Jahren der Stoff, der unsere Zukunftsenergien wesentlich beeinflussen wird: das Magnesium. Vor rd. 100 Jahren entdeckt, hielt es vor etwa 50 Jahren Einzug in die Industrie. Die junge Luftfahrt brauchte ganz bestimmte Aluminiumqualitäten, die sich nur mit Magnesium herstellen ließen. Der nächste Interessent war die Automobilindustrie, denn resistente, leichtere Felgen erhöhten die Geschwindigkeit durch Gewichtsverminderung.

Luftfahrt- und Transportindustrie sind auch heute noch die wichtigsten Magnesiumverwender. Allerdings hat sich die Verwendungsbreite von den seinerzeitigen Spezialfahrzeugen (Flugzeuge – Rennwagen) geändert. Die Ölkrise der 70er Jahre löste eine verstärkte Forschung nach alternativen Energiequellen aus. So wurde auch der Wasserstoff, das bekannte hochexplosive Gas, erneut auf noch nicht bekannte Konservierungs- und Energiespendequalitäten untersucht. Speichern ließ er sich nämlich in Tanks bei extrem niedrigen Temperaturen. Aber auch bei normalen Temperaturen? Gab es dann nicht den großen Knall? Oder läßt der sich vielleicht verzögern oder besser dynamisch strekken? –

Er ließ sich, denn das Magnesium machte es möglich. Bei einer Wasserstoff-Magnesium-Verbindung findet nämlich ein Absorptionsprozeß („Wasser – Schwamm") statt, der die Energien bindet und dann gestattet, sie durch erhöhte Temperaturen wieder freizusetzen. Wasserstoffraketen fliegen bereits.



Dr. Edoardo Rinaldi, Vorstand der SAIM AG, beurteilt die Zukunftsaussichten des Unternehmens zuversichtlich. Die Qualität der Produkte, die Nähe zu den führenden Absatzmärkten und das mittelfristige Investitionsprogramm der SAIM AG, das insgesamt DM 4,3 Mill. für Anlagen und DM 2,1 Mill. für Forschung vorsieht, sprechen für die marktgerechte Entwicklung des Stoffes, der unsere zukünftige Beweglichkeit mitentscheidet.

Leichtmetalle werden den Transport der Zukunft entscheidend prägen. Die Forschung läuft auf Hochtouren. Allein die EG hat 80 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. Aluminium, Magnesium und Titanium sind wesentliche Bestandteile unserer zukünftigen, weniger Energie verbrauchenden Transportmittel – in der Luft und auf dem Lande. Sie werden in Südtirol produziert.

Die SAIM AG (Società Italiana per il Magnesio e le leghe di Magnesio) in Bozen wurde 1938 gegründet. Der natürliche Dolomitstein ist die Grundlage ihrer Produktion. Mit einem Jahresumsatz von umgerechnet DM 68,4 Millionen (1983) ist sie einer von insgesamt vier europäischen Magnesiumherstellern und gleichzeitig der einzige dieser Art in Italien. 30 Prozent der Produktion nimmt der italienische Markt auf, 70 Prozent werden exportiert, vornehmlich in die Bundesrepublik, die USA und nach Österreich. Als Hersteller von Super-Magnesium, das von der SAIM nach dem „Bolzano Process" exklusiv in Europa produziert wird, genießt das Unternehmen eine Sonderstellung. Super-Magnesium wird besonders von der Atomindustrie für die Produktion von metallischem Uran verwendet.

WELT-Gespräch mit Douglas Muggeridge, Chef der BBC-Auslandsdienste

Wir wollen von Anfang an dabeisein

Die Auslandsdienste der BBC, die in 37 Sprachen rund 100 Millionen Rundfunkhörer in aller Welt erreichen, wollen auf der Welle der technologischen Medienrevolution den Sprung ins Zeitalter des Satelliten- und Kabelfernsehens mitmachen. Das Fernziel ist nichts geringeres als die Schaffung eines TV-Weltdienstes, der von London aus in vielen Zungen die Kontinente umspannt. Diesen Gedanken ließ Douglas Muggeridge (55), Managing Director der Auslandsdienste, vor dem „World Affairs Council" in Los Angeles als Versuchsballon steigen. In einem Interview mit der WELT versicherte der Chef von Bush House am Londoner Strand: „Wir sind als erste öffentlich-rechtliche Rundfunkorganisation mit dieser Idee hervorgetreten."

Bush House ist einer der Giganten unter den Auslandsdiensten, wie sie heute 80 Länder betreiben. Die großen Mitstreiter im Westen sind die Stimme Amerikas und die Deutsche Welle. Sie alle erreichen dank der Transistor-Revolution eine inzwischen gewaltige Zuhörerschaft:Gab es 1955 in Asien erst vier Millionen Rundfunkgeräte, so sind es heute 215 Millionen. Trotz der rasanten Erschließung der weißen Flecken auf der globalen Medienkarte durch das Radio stehen die elektronischen Medien an einer Wendemarke. Muggeridge warf denn auch die Grundfrage auf: „Wir müssen uns fragen, ob ein internationaler Fernseh-Nachrichtendienst für eine öffentlich-rechtliche Rundfunkorganisation wie die BBC Priorität haben sollte, oder ob man ihn kommerziellen Interessen überlassen sollte."

Für England eröffnete er die Debatte mit der Erklärung: „Ich bin der festen Überzeugung, daß dies im Falle Großbritanniens eine Aufgabe für die BBC mit ihrem weltweiten Ansehen und ihrer Glaubwürdigkeit ist." Muggeridge gegenüber der WELT: „Wir müssen unseren Anspruch jetzt anmelden. Ich habe den Zeitpunkt ganz bewußt gewählt. Wir wollen von Anfang an dabeisein."

Als Steigbügelhalter für die Fahrt in die Zukunft ist die britische Regierung ausersehen. Sie finanziert die Auslandsdienste gegenwärtig mit rund 280 Millionen Mark im Jahr. Als Zahlmeister für einen TV-Weltnachrichtendienst müßte sie freilich den Weitblick von Douglas Muggeridge teilen. Der meint jedoch, Subventionen nur als Starthilfe nötig zu haben. Er will seinen über Satelliten ausgestrahlten TV-Nachrichtendienst interessierten Kabel- und privaten Fernsehgesellschaften zur Übernahme anbieten – gegen Bezahlung, versteht sich. Seine Vorstellungen mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland: „Wir würden unseren Service nicht nur ARD und ZDF verfügbar machen, sondern auch mit interessierten privaten Gesellschaften in Verhandlungen eintreten."



Plant einen TV-Weltdienst: Douglas Muggeridge (55) FOTO:DW

Ausgangspunkt solcher Vorstellungen ist wieder die Rundfunkpraxis, u. a. die Tatsache, daß an die 60 Länder Produktionen der BBC als Programmübernahme ausstrahlen und keineswegs nur englischsprachige des „World Service". Ziel ist ein breites Netz von Abnehmern des BBC-TV-Produkts in vielen Ländern, wobei der Produzent am Ende kostendeckend arbeiten könnte. Muggeridge hält die bisherige Medienpolitik der britischen Regierung, bei der Einführung von Satelliten- und Kabelfernsehen nur im Rahmen der Landesgrenzen zu operieren, für kurzsichtig. Das Gebot der Stunde sei die internationale Perspektive. Er will sein Globalprojekt in mehreren Phasen realisieren.

Phase eins: Der hochentwickelte TV-Markt Nordamerikas und Europas soll angepeilt werden, dabei sollen je zwei Programmstunden über Nachrichtensatelliten an Kabel-Gesellschaften gesendet werden zwecks Übernahme ins eigene Programm. Diese Erprobungsphase würde ein Urteil über die Qualität des Produkts erlauben.

Phase zwei: „Im dritten oder vierten Jahr nach dem Start könnte man an Expansion denken, in Asien und Australien, Japan, aber auch im Nahen Osten – dort mit Hilfe des arabischen Satelliten – und in Lateinamerika, das auch schon einen Satelliten hat."

Phase drei: Hatte man bislang lediglich von „Punkt-zu-Punkt" gesendet, also ausschließlich an zentrale Abnehmer, so folgt nun die Phase der Direktausstrahlung zum Empfang durch private Haushalte. Das wäre dann der Fall, wenn eine große Anzahl von Haushalten ihre eigene Parabolantenne besitzt.

Muggeridge: „Wir würden die Programme allmählich auf 10 bis 12 Stunden täglich steigern. Doch das Ziel wäre ein aktueller Fernsehweltdienst rund um die Uhr. Dieser Weltdienst würde freilich ohne eigene Satelliten operieren (im Unterschied zum britischen Satellitenfernsehen). Fernsehorganisationen in anderen Ländern müßten über ihnen zur Verfügung stehende Satelliten das Programm 'Made in Bush House' als Abonnenten abnehmen."

An diesem Punkt wird freilich der politische Pferdefuß dieser globalen Fernsehvision sichtbar. Es ist kaum damit zu rechnen, daß jede Regierung begeistert grünes Licht dafür geben wird, daß ihre Bürger Gelegenheit zu einer Sicht der Weltereignisse erhalten, die unabhängig und ausschließlich journalistischer Integrität verpflichtet ist. Schon der Hörfunk der freien Welt wird in kommunistischen Ländern immer wieder durch kostspielige Störsender mundtot gemacht.

Die auch von Ländern der Dritten Welt mitgetragene Kampagne, ihr Staatsgebiet juristisch dagegen abzuschotten, daß ihre Informationspolitik über Satelliten in Frage gestellt wird, dürfte sich noch als großer Hemmschuh erweisen. Muggeridge: „Einigen der Falken unter den Befürwortern der,Informations- und Kommunikationsordnung Neue Welt' geht es keineswegs darum, das Niveau von internationalem Journalismus und Information zu heben, sondern um Beschränkungen des freien Nachrichtenflusses. Dies war meiner Ansicht nach der wichtigste Grund für die Vereinigten Staaten, ihre Absicht zum Auszug aus der Unesco bekanntzugeben." SIEGFRIED HELM

KRITIK

Vorgeschmack auf unser Heimkino

Angesichts des 50. Beitrags in der ZDF-Sendereihe „betrifft: Fernsehen" wurde den einen – je nach Standpunkt – angst und bange, den anderen schlug das Herz höher. Helmut Greulich gab Beobachtungen über das Fernsehen in Kanada wieder. „Dort hat unsere Fernsehzukunft bereits begonnen", sagte Greulich abschließend. „Denn an Kanadas TV-Landschaft läßt sich ablesen, wie sich auch bei uns das Fernsehen entwikkeln wird."

Erfreulicherweise gab Greulich die kanadische Medien-Wirklichkeit sachlich wieder. Auf dem Mainzer Lerchenberg weiß man offenbar bereits, was die Stunde geschlagen hat: Das öffentlich-rechtliche Fernsehen wird auch bei uns nicht bis in alle Ewigkeit die Nr. 1 und schon gar nicht der einzige Programmanbieter bleiben.

Diejenigen, die sich auf eine größere Programm-Vielfalt freuen und sie sehnlich erwarten, bekamen in der informativen Sendung einen Vorgeschmack dessen, was unser Heimkino dereinst bieten wird, wenn die kanadische Fernseh-Herrlichkeit auch bei uns Realität geworden ist: 36 Programme bis hin zu Spezialkanälen für Sport, Finanznachrichten und abendliche Soft-Pornos. Hier 24 Stunden lang Spielfilme, da Parlamentsdebatten,dort Kirchensendungen oder Nachrichten.

Greulich behandelte aber auch die Probleme des kanadischen Fernsehens angesichts der übermächtigen US-Konkurrenz, des Slogans „Wirb oder stirb", die Gefährdung der nationalen Identität durch den pausenlosen Blick über die Grenze, und er machte sein Publikum mit einer neuen Erscheinung der Medienwelt vertraut: der Weltraum-Piraterie durch das Anzapfen von TV-Satelliten.

Greulich unterschlug auch den Überlebenskampf des Pay-TV's nicht. Und die Bildungs-Philister in unseren Funkhäusern müssen mit Schrecken vernommen haben, daß im freien Fernsehen Kultur nicht so sehr gefragt ist: In Kanadas Pay-TV machte der Kulturkanal mit zehn Millionen Miesen Pleite – die Kanäle mit Sex and Crime aber florieren.

WALTER H. RUEB

ARD  III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 WISO
10.35 Tagebuch eines Italieners
Italienischer Spielfilm, 1973
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 IHM '84
Ein Streifzug durch die 36. Internationale Handwerksmesse München.
16.55 Dirk von Haveskerke
Kampf um Flandern (2)
Bei einem Kampf gegen die Franzosen wird Dirks Vater verwundet, kann aber von seinen Freunden in Sicherheit gebracht werden. Bei dem Versuch, in eine der von den Franzosen besetzten Städte zu gelangen, fällt Dirk ihnen in die Hände.
17.40 Nedaik
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 So lebten sie alle Tage
2. Der Prozeß Müller Arnold
Die unterschiedlichen Rechtsmöglichkeiten, die der preußische Adel für sich in Anspruch nahm und die das sogenannte „einfache Volk" zur Verfügung hatte, sind das Thema der zweiten Sendung. In der Tat war das Rechtssystem Preußens im Ausgang des 18. Jahrhunderts sehr kompliziert und in jedem Fall sehr zugunsten der privilegierten Schichten ausgelegt. Trotzdem hatte auch der einfache Mann seine Chancen, zumal wenn der König – wie in dem Fall des Müllers Arnold – selbst eingriff.
21.45 Brennpunkt
Wieviel Zeit für die Arbeit? – Zum Streit um die 35-Stunden-Woche
Moderation: Wolf Feller
22.30 Tagesthemen
23.00 Nick Lewis, Chief Inspector
Spur ins Dunkel
23.45 „Auf den Spuren von Gesine Cresspahl" – Mit Uwe Johnson in New York
Film von Klaus Podak
0.30 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Rappelkiste
Wie vergeht die Zeit
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Bären sind los
Das Autogramm
Stolz zeigt Rudy den Kameraden seinen von dem berühmten Baseball-Spieler Johnny Bench signierten Ball. Als das „wertvolle Stück" bei einem Trainingsspiel im Kanal landet, bricht für Rudy eine Welt zusammen, doch Buttermaker weiß Rat ...
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: „Schariwari" und das Streichquintett „Venti Corde"
17.50 Bret Maverick
Unruhige Zeiten
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 flashlights
20.15 Kennzeichen D
Deutsches aus Ost und West
Betroffen – Deutsche
Am Vorabend des Berichtes zur Lage der Nation im Deutschen Bundestag – Stimmen und Stimmungen aus Ost und West: 1. SPD-Deutschlandpolitik auf neuem Kurs? / 2. Entlassen aus der DDR-Staatsbürgerschaft – was nun? / 3. Wohnort DDR – Arbeitsplatz Bundesrepublik / 4. Erich Honecker zu Gast beim Saarland.
21.00 Der Denver-Clan
Das Medaillon
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto - 7 aus 38
22.10 Zwei rechts – zwei links
Ein satirisches Magazin
22.40 Die lange Hoffnung
Das kleine Fernsehspiel – Kamerafilm
Videofilm der Medienwerkstatt Freiburg
0.15 heute



Horst Bollmann und Stefan Wigger als preußische Kammergerichtsräte in der Serie „So lebten sie alle Tage", um 20.15 Uhr in der ARD
FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Englisch (40)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Wien
21.50 off-off
22.30 Der Tod eines Killers
Amerik. Spielfilm, 1964
Mit Lee Marvin, Angie Dickinson, John Cassavetes u. a.
Regie: Don Siegel
23.50 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 In den Dschungeln Malaysias
19.00 Die Insel der Fluß-Seeschwalben
19.15 Reisen in die „DDR"
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Zeitenwende (3)
21.45 Die flotte Pariserin
Der Film-Club
23.00 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Ludwig
19.00 Eine Klassenreise (6)
19.15 Ökoland (4)
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Streitfragen
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Der Besuch
Ungarischer Fernsehfilm von Tibor Dery

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (40)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
20.15 Museen der Welt:
Das Britische Museum in London
21.00 Präriebanditen
Amerik. Spielfilm, 1956
22.10 Aus dem Reisetagebuch des André Malraux
4. In Holland mit Rembrandt
Film von Jean-Marie Drot

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '84
Unterhaltung am Mittwochabend
19.45 Nur ein Viertelstündchen
20.00 Kilimbin
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Shackleton – Der Mann im Schatten des Pols (4)
22.40 Z. E. N.
22.45 Was ist aus Deutschlands Armenhaus geworden?
Geschichten aus dem Thüringer Wald
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

Mühe und Arbeit war Dein Leben.
Ruhe hat Dir Gott gegeben.

Ich trauere um meinen lieben und guten Mann

August Luca

* 1. 8. 1903 † 11. 3. 1984

In Dankbarkeit und Liebe

Hanne Luca geb. Lönne

4300 Essen-Bredeney, Lilienstraße 36
Ampezzo, Trieste, Paris

Das Begräbnisamt ist am Donnerstag, dem 15. März 1984, um 9.15 Uhr in der Pfarrkirche St. Markus, Essen-Bredeney, Frankenstraße 370.
Die anschließenden Beisetzungsfeierlichkeiten finden um 10.30 Uhr in der Kapelle des Ostfriedhofes in Essen-Huttrop, Saarbrücker Straße, statt.
Von Beileidsbekundungen am Grabe bitte ich Abstand zu nehmen.

Dr. Klaus Schmid-Burgk

* 22. Juli 1913 † 8. März 1984

Inhaber des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied
Christian Schmid-Burgk
Renate Schaft geb. Schmid-Burgk
Volker Schaft
Ingrid, geb. Schlodt
Gisela Koehler geb. Schmid-Burgk
Mathias Koehler
und die Enkel Robert und Henrik

Barkenkoppel 38
2000 Hamburg 65

Beerdigung am Montag, dem 19. März 1984, um 12.30 Uhr, Kapelle 13, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf.

Tief betrübt geben wir Nachricht vom plötzlichen Ableben unseres Vaters, Großvaters, Bruders, Schwagers und Neffen

Seine Erlaucht

Rudolf Graf Fugger-Babenhausen

geb. 1. 1. 1927 in Babenhausen
gest. 8. 3. 1984 in Bombay/Indien

Christiane Gräfin Fugger-Babenhausen
Patricia Gräfin Fugger-Babenhausen
Alexandra Gräfin Fugger-Babenhausen
Nora Prinzessin von Preußen
geborene Gräfin Fugger-Babenhausen
Rose-Maria Gräfin Fugger-Babenhausen
Sylvia Kristinus
geborene Gräfin Fugger-Babenhausen
Rudolfo Fracassi
Burchard Prinz von Preußen
Fürst und Fürstin Hubert Fugger-Babenhausen

8000 München 80 · Prinzregentenstraße 144

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis in Babenhausen statt.

Wir trauern um den früheren Leiter unseres Verkaufs,

Direktor i. R.

Eduard Norberg

* 7. Mai 1901
† 9. März 1984

Er hat nach dem Kriege durchgesetzt, daß in unserer Firma mit der Produktion von Keilriemen begonnen wurde. Mit diesem Produkt hat er während seiner aktiven Tätigkeit bis zum Jahre 1968 unserer Firma eine führende Stellung im europäischen Markt geschaffen.

Dafür galt ihm zeitlebens die hohe Anerkennung aller, die ihn kannten, dafür bleiben wir ihm immer zu größtem Dank verpflichtet.

Höxter, im März 1984

Gesellschafter, Geschäftsleitung und Mitarbeiter aller Firmen der

Arntz-Optibelt-Gruppe

Am 8. März 1984 verstarb im 71. Lebensjahr der frühere Syndikus der Handelskammer Hamburg, Herr

Dr. Klaus Schmid-Burgk

Der Verstorbene stand von 1947–1972 als Leiter der Abteilung Finanzwirtschaft im Dienst der Kammer.

Er hat sich um ihren Wiederaufbau nach dem Kriege und darüber hinaus um die hamburgische Wirtschaft verdient gemacht.

Von 1961–1972 war er zunächst Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft, sodann Mitglied des Deutschen Bundestages.

Im Jahre 1973 wurde ihm das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Die Kammer betrauert den Tod eines Mannes, der sich für seine Aufgaben mit ganzer Kraft und Überzeugung einsetzte und den hohe geistige Fähigkeiten ebenso kennzeichneten wie sein bescheidenes Auftreten. Sie wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Handelskammer Hamburg

Carl-Heinz Illies, Präses — Dr. Gerhard Schröder, Hauptgeschäftsführer

Die Trauerfeier findet am 19. März 1984 um 12.30 Uhr in der Kapelle 13 des Friedhofes Ohlsdorf statt.

Gesucht: Der richtige Typ

wat – Es ist ein schwieriges Feld, auf dem sich die Computerhersteller in Amerika bewegen, denn die Konkurrenz ist groß. Deshalb begnügt man sich nicht mit kleinen taktischen Tricks, um kurzlebige Marktvorteile zu gewinnen, sondern entwickelt langfristige Strategien, mit denen die Claims für die nahe Zukunft, wenn nicht auf Dauer, abgesteckt werden sollen.

Zuerst wurde das mit der Industrie durchexerziert. Dann waren die öffentlichen Verwaltungen ein Feld, das es zu erobern galt. Derzeit sind noch die Nachhutgefechte um die privaten Haushalte im Gange, während bei den Universitäten die Vorpostengeplänkel zu Ende gehen und die kampferprobten Bataillone ihre Stellungen beziehen. Dabei ist es für den Außenstehenden schwer, zwischen den selbstlosen Freundlichkeiten und den auf Langzeitwirkung zielenden Berechnungen zu unterscheiden.

Amerikas führende Universitäten können sich derzeit großer Zuneigung der Computerproduzenten erfreuen. Sie erhalten von ihnen Mikrocomputer als Geschenk, für deren Kauf Millionenbeträge erforderlich wären, und was sie dennoch bezahlen müssen, reduziert sich durch großzügige Rabatte ganz erheblich. Auch fließen recht beachtliche Beträge zur Unterstützung von Forschungsprojekten an die Hochschulen.

Das alles geschieht natürlich nicht ohne Hintergedanken. Zum einen möchte man Sympathie für das eigene Produkt erwecken. Denn wer auf ein bestimmtes System getrimmt ist, wechselt später nur widerwillig auf einen anderen Typ. Zum anderen hofft man gut Wetter beim Senat für ein Gesetz zu machen, wonach solche Geschenke an die Wissenschaft steuermindernd abgesetzt werden können.

Amerika hat es da inzwischen keineswegs mehr besser als unser Europa. Auch hier ließ es sich eine Firma nicht nehmen, Schulen im Lande hundert Personal Computer zu schenken, auf daß die Jugend bei Zeiten den richtigen Umgang (mit dem „richtigen" Gerät) lerne. Aber was hilft's. Es war ein Karikaturist, der das Hauptdilemma ins Bild rückte. Da fragt ein Mann in einem Computer-Centre ein wenig hilflos: „Haben Sie auch einen, der mir bei der Entscheidung hilft, welchen ich nun nehmen soll?"

Das Lebenswerk von Willem de Kooning in der Berliner Akademie der Künste

Schattenwurf eines Königs

Eine monumentale „Sitzende Frau" hat Henry Moores „Liegende" vorübergehend von ihrem vertrauten Platz an der Front der Akademie der Künste in Berlin verdrängt: eine der intensivsten Plastiken des Malers Willem de Kooning, die die verschiedensten Elemente seines Lebenswerks, den kubistischen Impuls, das Collageprinzip, den unmittelbaren spontanen Zu-Griff, gleichsam zu einer fragwürdigen Einheit konzentriert – eine Gestalt, die, halb Figur, halb freie Form, noch verfügbar ist in ihren Einzelteilen. Eine Pointe: Henry Moore selbst war es, der de Kooning erst überzeugte, daß er seine kleinformatigeren Plastiken in größere Dimensionen bringen sollte.

Willem de Koonings Bilder erschienen auf den Venedig-Biennalen 1950, 1954 und 1956. Aber seltsamerweise hat es gerade in Deutschland und Frankreich bisher keine umfassende Retrospektive gegeben. Nur ein einziges Bild de Koonings soll es in einer öffentlichen deutschen Sammlung geben, in München. Dabei gehörte der gebürtige Holländer zu den Protagonisten einer sich international emanzipierenden amerikanischen Kunst. New York lief Paris den Rang ab und wurde die Hauptstadt der Moderne. De Kooning hat nicht umsonst betont, er empfinde sich als Amerikaner, noch mehr aber als New Yorker.

Er muß gerade für die nachstrebenden jungen amerikanischen Künstler eine Zeitlang einen traumatischen Königs-Schatten geworfen haben. Lichtenstein verabsolutierte Koonings Pinselstrich als ironische Ikone und Fetisch. Und Rauschenberg bat den Über-Großen um eine Zeichnung, die er – als demonstrativen Akt – ausradierte; Kooning soll ihm damals ausdrücklich ein besonders gelungenes Blatt herausgesucht haben, damit die Sache auch lohnte. Auf dem Kunstmarkt erlebte de Kooning eine enorme Hausse. Derweil wurde sein Name hierzulande so etwas wie ein Mythos, während die Kenntnis von seinem Werk bestenfalls auf wenigen winzigen Ausstellungen und durch die Anschauung von Einzelwerken touristisch erobert werden konnte.

Wenn jetzt ein Stück dieses Mythos zerbröseln würde, so sicher nicht wegen des Œuvre selbst, sondern weil allenthalben die Kommentierer es mit ihren Reden und Texten zudekken werden. Kaum wird sich de Kooning all die Söhne vom Hals halten können, für die er nun, ob sie ihn vorher so richtig gekannt haben oder nicht, eine „Vaterrolle" übernehmen soll. Richtig ist immerhin, daß weniger die sogenannte Wilde Welle als ein frisches Interesse für Tachismus und Abstrakten Expressionismus nun auch den Blick auf de Kooning lenkt – Pop-art und andere Schübe amerikanischer Kunst hatten die Aufmerksamkeit zum eigentichen Zeitpunkt verhindert.

Nicht nur de Koonings Biographie beginnt, 1904, in Europa. Er hatte noch in den Niederlanden eine gründliche künstlerische Ausbildung absolviert. Aber er war beinahe bereit, die Kunst an den Nagel zu hängen. Als er 1926 als Putzer im Maschinenraum des Dampfers „Shelley" ohne gültige Papiere in die Vereinigten Staaten kam, da konnte er erst ein einziges englisches Wort sprechen: Yes. Dieses Ja entsprang sozusagen einer jungenhaften Cowboy- und Indianer-Romantik. „Amerika" – das war ihm Abenteuer und Existenz genug. Erst dreieinhalb Jahrzehnte später bekam er die amerikanische Staatsbürgerschaft, erst 1968 besuchte er wieder die Niederlande. Noch heute spricht de Kooning mit einem deutlichen holländischen Akzent.

Er hat sich aber auch deutlich Arbeits- und Sehweisen der europäischen Moderne auf ganz und gar eigene Weise anverwandelt. Der soziale Realismus amerikanischer Maler der damaligen Zeit interessierte ihn nicht. Die Mutmaßungen über Befindlichkeiten der Psyche, ihre Niederschriften in automatistischen Malvorgängen dagegen sind intensiv. Zugleich aber ist unverkennbar, daß im Lebenswerk des vielleicht Größten des „Abstract Expressionism" der Anteil des Aktionistischen dosiert blieb, so sehr auch der Malvorgang selbst Bestandteil von „Inhalten" wurde.

Die jetzige Retrospektive, gemeinsam von der Akademie der Künste, dem New Yorker Whitney Museum (das auch den Vortritt bekam, die Werke zu zeigen) und dem Centre Pompidou, Paris, veranstaltet, trägt in einem großen Kraftakt Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen zusammen. Der US-Botschafter in der Bundesrepublik und Berlins Regierender Bürgermeister übernahmen die Schirmherrschaften. Lufthansa, Klassenlotterie und die Warner-Communications griffen in die Sponsoren-Kassen.

Gleich zu Beginn der Werkübersicht ein Paukenschlag: Sie beginnt mit dem Zeitpunkt der Suche nach neuesten Bildern, deren ausgeruhte, unekstatische, weit mäandrierende Lineaturen die Betrachter in New York überraschte und irritierte. „Wie kann ein so großartiger Maler so schlechte Bilder malen?", fragte ein Kritiker. Diskontinuität (und entsprechend verzögerte Rezeption) ist freilich ein künstlerisches Elexier für de Kooning. Als er 1953 seine „Frauen"-Bilder ausstellte, war das ein Skandal – sie enttäuschten die damalige Erwartungshaltung, die ganz auf volle Abstraktionen setzte. Willem de Koonings Werk steht allerdings in einem permanenten Selbst-Dialog, in dem Figur und Ungegenständlichkeit sich wechselseitig durchdringen und ständig neuen Rollentausch vollziehen. Mit Lust und Lustigkeit werden die Visagen und Leiber der „Frauen" auf die Leinwand traktiert: sexuelle Objekte und freche Herrscherinnen zugleich. Schon in früheren „surrealen" Bildern übernahmen abstrakte Teile die Funktion der Dinge. In „figürlichen" Bildern wird das Greifbare zum Bestandteil einer großen malerischen Geste.

De Koonings Werk ist nicht unentwegt kochende Vitalität, sich ausmalende Leidenschaft. Immer wieder spürt man im Furor ein Innehalten. Zu den explosiven Farb- und Bewegungsbildern kommen ausgeruhte Schwarz-weiß-Bilder, die großen, klaren, farbigen Gesten, die kaligraphischen Zeichnungslandschaften und imaginären Flächensysteme. Zwischen den Menschengestalten der vierziger Jahre, die sich, verflüchtigend, in den Raum regelrecht hineinzudrücken scheinen, den großflächig zupackenden Farbwenden der späten fünfziger, den Landschafts-Frauen der sechziger Jahre und schließlich den 1969 bis 1975 in kurzer Abfolge entstandenen Skulpturen scheinen jeweils Welten zu liegen. Gerade diese teigigen, zunächst „unförmigen" Plastiken, die den Formungsprozeß unmittelbar darstellen und die traditionellen Gesetze der Skulptur, auch deren impressive Oberflächenreize abweisen, sind noch längst nicht ausdiskutiert. Der fragende Umgang mit der Materie fördert hochexpressive Ausdrucksträger. Sie besitzen eine außerordentlich gestische und „mimische" Kraft, gewaltsam und verletzlich zugleich.

PETER HANS GÖPFERT

Bis 6. Mai, im Centre Pompidou Paris: 26. Juni bis 24. Sept. Katalog 44 Mark, im Buchhandel (Prestel Verlag): 64 Mark.



Einst Skandalon, heute klassische Moderne: „Frauenbildnis" von Willem de Kooning, aus der Berliner Ausstellung



Henry Moores „Liegende" von ihrem Platz verdrängt: „Sitzende Frau", Plastik von de Kooning vor der Berliner Akademie FOTOS: KATALOG

JOURNAL

Europäisches Datennetz für Forschungsinstitute

DW. Genf

In Genf haben Vertreter europäischer Universitäten und Forschungsinstitute gemeinsam mit der Firma IBM ein internationales Computer-Netzwerk ins Leben gerufen. Das „European Academic and Research Network" (EARN) soll Computer und Terminals im In- und Ausland miteinander verbinden und den Austausch wissenschaftlicher und technischer Daten unter den Universitäten verschiedener Länder fördern. Bis Ende 1984 sollen mehr als 250 Universitätscomputer miteinander arbeiten. Für die Zukunft wird eine Verbindung zwischen EARN und amerikanischen Netzen angestrebt.

13 Aufführungen zum Berliner Theatertreffen

dpa, Berlin

Zum Theatertreffen Berlin 1984 sind von der Jury 13 Aufführungen deutscher Bühnen ausgewählt worden. Vom deutschsprachigen Ausland ist keine Bühne vertreten. Vier Inszenierungen stammen allein aus München: Ibsens „Baumeister Solness" (Regie: Zadek), Becketts „Warten auf Godot" (Regie: Tabori), Lessings „Emilia Galotti" (Regie: Langhoff) und Kroetzens „Nicht Fisch nicht Fleisch" in eigener Regie. Aus Bochum sind drei Aufführungen eingeladen, aus Berlin zwei: „Drei Schwestern" und „An der großen Straße" von der Schaubühne. Außerdem sind vertreten Bremen, Mannheim, Köln und Noeltes Hamburger „Michael-Kramer"-Inszenierung.

„DDR"-Grafiker Franke jetzt im Westen

T. L. B. Bonn

Der 29jährige Grafiker Thomas Franke durfte jetzt mit seiner Frau aus der „DDR" ausreisen. Seit etwa 1976 hat er phantastisch-surrealistische Illustrationen für viele Bücher westdeutscher Taschenbuchverlage angefertigt. Aufgefallen ist er durch seine kenntnisreichen und kritischen Berichte über den literarischen Betrieb in der „DDR", die er hauptsächlich in dem in Bonn erscheinenden SF-Magazin „Solaris" publizierte. Franke, der vor einem Jahr einen Ausreiseantrag gestellt hat, wohnt jetzt bei seinem Bonner Verleger.

Berliner Literaturhaus nimmt Gestalt an

AP, Berlin

Das seit langem von Senat und in Berlin lebenden Schriftstellern verfolgte Projekt eines Literaturzentrums in Berlin nimmt immer mehr Gestalt an. Man hat jetzt einen Vorstand für den neugegründeten Trägerverein Literaturhaus e. V. gewählt, wie der zum ersten Vorsitzenden gewählte Rainer Wagner von der Berliner Autorenvereinigung mitteilte. Nach der Absicht des Senats soll dieser Trägerverein das geplante Literaturhaus in der Fasananstraße 1985/86 in eigener Verantwortung leiten.

Internationale Verleger tagen in Mexiko

AFP, Mexiko

Der 22. Kongreß des Internationalen Verlegerverbandes ist in der mexikanischen Hauptstadt eröffnet worden. Dem Verband gehören 43 Staaten an. Der alle vier Jahre stattfindende Kongreß wird in diesem Jahr zum ersten Mal in einem lateinamerikanischen Land abgehalten. Die rund 1000 Teilnehmer erörtern unter anderem Fragen des Urheberrechts und der Zensur. Gleichzeitig findet bis zum 18. März in Mexiko die Internationale Buchmesse statt.

Theaterstreit in Wiesbaden verhärtet sich

dpa, Wiesbaden

Die Auseinandersetzung zwischen dem Ensemble des Schauspiels im hessischen Staatstheater Wiesbaden und dessen Intendanten Christoph Groszer spitzt sich zu. Vertreter des Ensembles erklärten, die Entscheidung des Intendanten, die Position des Schauspieldirektors abzuschaffen, sei „völlig falsch und unverantwortbar". Der amtierende Schauspielchef Alois Michael Heigl bat in einem Brief Kultusminister Hans Krollmann (SPD), in dem Konflikt zu vermitteln.

Heinz Oskar Wuttig †

dpa, Berlin

Der Film-, Funk- und Fernsehautor Heinz Oskar Wuttig ist im Alter von 76 Jahren in Berlin gestorben. Wuttke verfaßte u. a. Drehbücher für mehr als 25 Filme, darunter „Die Frühreifen" und „Das Kriegsgericht". Er wurde seit den 60er Jahren besonders populär, als er für das Fernsehen die auf genaue Milieustudien basierenden Serien „Alle meine Tiere", „Forellenhof", „Salto Mortale", „MS Franziska" und „Drei Damen vom Grill" schrieb. Seine letzte Serie, „Der Glücksritter" (über die Anfänge der Eisenbahn), läuft zur Zeit im Fernsehen.

Ein Mecklenburger, versprengt nach USA – Zum Tode von Uwe Johnson

Der Mann, der über die Gleise ging

Man macht sich heute nur noch schwer einen Begriff von der Sensation, die das Erscheinen von Uwe Johnsons Erstling „Mutmassungen über Jakob" im Jahre 1959 auslöste. Seit Thomas Manns „Buddenbrooks" war etwas Derartiges nicht mehr vorgekommen. Das Buch war sofort „voll im Gespräch", aber alles an ihm war auch durch und durch seriös. Kein luftiges Kind des Augenblicks lag da vor, sondern ein schwerer Brocken ernsthafter, solidester Literatur, von dem von vornherein feststand, daß er seinen Platz in der deutschen Literaturgeschichte finden würde.

Wie einst bei den „Buddenbrooks" trat hier ein Neuankömmling, ein „Debütant", ins Rampenlicht, der sich nicht die geringste Blöße gab. Die damals vieldiskutierten „neuen Erzähltechniken" von Kafka und Joyce bis Faulkner und Dos Passos wurden von ihm höchst souverän beherrscht, doch verwendete er sie nicht für fruchtlose Glasperlenspiele, sondern setzte sie glaubhaft und eher lässig ein, um eine handfeste, existentiell belangvolle Geschichte zu erzählen bzw. zu rekonstruieren. Und mehr noch: Es war eine Geschichte aus dem geteilten Deutschland, die da rekonstruiert wurde, und die Teilung selbst, das zentrale nationale Thema, war darin die Hauptsache. So etwas hatte es noch nicht gegeben.

Und nicht nur das Buch, auch sein Urheber erregte Aufsehen. Er war kein Kunstgewächs aus den westlichen Treibhäusern des „New Criticism", sondern ein junger Mecklenburger vom Jahrgang 1934, ein schweigsamer, spökenkiekerischer Riesenkerl aus der norddeutschen Tiefebene, der in Leipzig bei Hans Mayer Germanistik studiert hatte, drüben aber von der Partei niedergehalten worden war und deshalb schließilch auf rätselhafte Weise nach West-Berlin „umzog", ein „Dissident", lange bevor es das Wort gab, der Vorläufer einer ganzen Kavalkade von „umgezogenen" Ost-Schriftstellern.

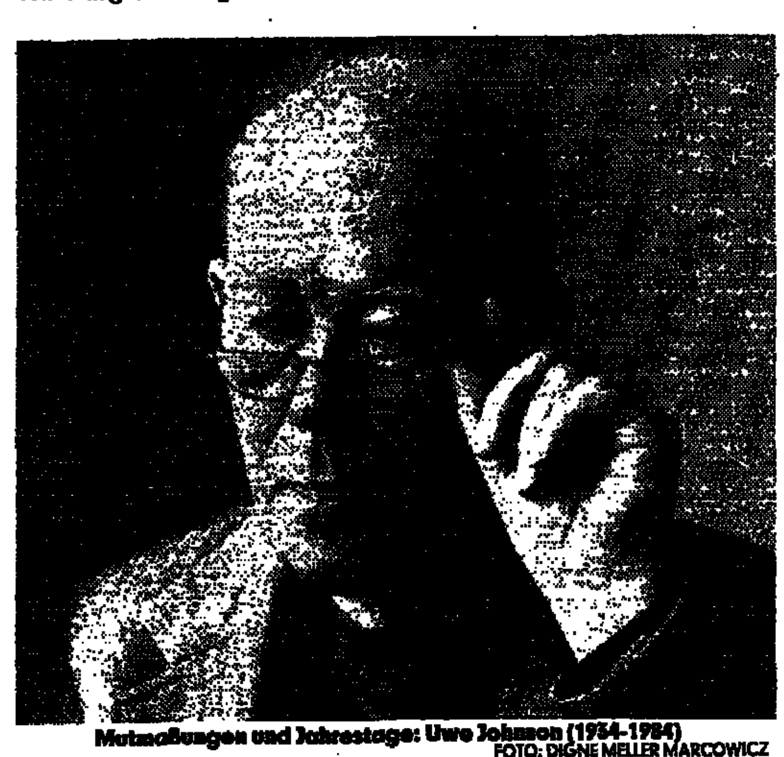
Selbstverständlich gehörte Johnson seit dem „Jakob" zu den herausragenden Figuren des westdeutschen Literaturbetriebs. Die „Gruppe 47" und der Suhrkamp-Verlag vereinnahmten ihn, sein Name erschien auf Petitionen und Unterschriftenlisten. Aber merkwürdig: Nie gehörte er wirklich und ganz dazu. Er blieb Randfigur, Fremdling mit Stiernakken und Nickelbrille, verzog sich bald als Lektor nach Amerika, um dort ein Riesenwerk in Angriff zu nehmen, das ihn fortan bis zu seinem Tode beschäftigen sollte: „Jahrestage", eine Tetralogie über Gesine Cresspahl, die mecklenburgische Lebensgefährtin des auf so rätselvolle Weise verunglückten Jakob, die selber nach Amerika zieht, um von dort die deutschen Dinge zu betrachten.

Alles, was im Werk von Johnson zwischen dem „Jakob" und den „Jahrestagen" liegt, das „Dritte Buch über Achim", die „Zwei Ansichten" oder die kleineren Prosastücke um den Reporter Karsch, erweist sich in der Rückschau als Repetition bzw. Vorarbeit. In Jakob und Gesine fand Johnson die Angelpunkte seiner Dichtung wie seines Lebens, auch dann noch, als herausgekommen war, daß ihn der östliche Staatssicherheitsdienst in schnödester Weise aufs Kreuz gelegt hatte, daß er ihm eine „Mitarbeiterin" ins Ehebett praktiziert hatte, die all die kleinen Ansichten und Geheimnisse der Familie Johnson wie der „Gruppe 47" viele Jahre lang umgehend nach Prag zu Protokoll gab. Der Mensch Johnson freilich ist nie über diesen monströsen Treuebruch hinweggekommen; sein früher Tod in England scheint die direkte Folge davon zu sein.

Über das literarische und literaturgeschichtliche Karat der „Jahrestage" sind sich die Leser verständlicherweise weniger einig als über den „Jakob". Ein solches Riesenwerk braucht zeitlichen Abstand, um gerecht beurteilt werden zu können. Offenkundig ist die ungeminderte Kraft Johnsons, seine Sprache biegsam und adaptionsfähig zu halten, Beziehungsnetze zu knüpfen, mit Übersicht und hintersinnigem Witz zu konstruieren. Grell negativ fällt dagegen die Unfähigkeit ins Auge, die Realität des gastgebenden Amerika angemessen wahrzunehmen und abzubilden. Endlose Zeitungszitate, ohnmächtige, abstrakte Topographien und vorbehaltlose Übernahme von Zeitgeistphrasen machen geradezu schmerzhaft deutlich, daß Johnson sein Lebtag ein in die Fremde versprengter Mecklenburger geblieben ist, der mit dem Westen gefühlsmäßig nichts zu tun hatte und mit ihm nichts anfangen konnte.

Im letzten, nach der interfamiliären Katastrophe vollendeten Band der „Jahrestage" stehen sie scharf und unversöhnbar gegenüber: die bleichen Amerika-Passagen und die um so kraftvolleren, wahrhaft mit verströmendem Herzblut geschriebenen Kapitel über das Nachkriegs-Mecklenburg der vierziger und fünfziger Jahre, über die Passion dieses Landes wie über seine Unvergänglichkeit. Vielleicht wird man Johnson einmal neben Fritz Reuter, John Brinckman und Klaus Groth zu den großen Heimatkünstlern Norddeutschlands zählen, ein Mann, der – wie einst Jakob – unnötigerweise „über die Gleise gegangen ist" und dabei auf rätselvolle Weise ums Leben kam.

GÜNTER ZEHM



Mutmaßungen und Jahrestage: Uwe Johnson (1934–1984) FOTO: DIGNE MELLER MARCOVICZ

Mit Maske und Kothurn: Gosch inszeniert Sophokles' „Oedipus" in Köln

Das Geschick läßt sich nicht überlisten

Gähnend leer ist die Bühne des Kölner Schauspielhauses. Ein kleines Podest samt Haus, sonst schwarze Vorhänge. Davor in der Luft hängend ein gelber Pfeil, dessen Spitze auf den Palast des Königs zielt. Das ist Jürgen Mantheys Bühnenbild für den „Oedipus" des Sophokles und für die Inszenierung von Jürgen Gosch, der seit Jahren aus der „DDR" zu Gast ist.

Seine Produktion heißt wirklich nur „Oedipus", ohne den Zusatz „König" oder „Tyrannus", wie es die Übertragung von Hölderlin richtig sagt. Diese wählte Gosch zur Grundlage der Aufführung. Das ist erstaunlich. Zufall ist es nicht. Darauf verweisen nicht nur die Masken der drei Darsteller und auch nicht nur die klobigen Kothurne, auf denen sie einherschreiten. Das winzige Zelt auf der Höhe des Podests macht es überdeutlich: Gosch bezieht sich nachdrücklich auf Benno Bessons Inszenierung des gleichen Textes 1967 am Deutschen Theater in Ost-Berlin, die drei solcher Zelte zeigte. Der Regisseur tritt an, den fatal falschen Ansatz jener Aufführung zu korrigieren.

Was die marxistischen Theaterstrategen damals in das Werk hineinsahen, die Flucht des vorher doch auf die Vernunft bauenden „Rätsellösers" in Orakel-Mystik und Weihrauchdunst, Gosch schlägt das fort. Fast könnte man meinen, er beschränke sich allein auf die Form der Dichtung oder auf die verblichene Praxis der Griechen: Der Chor aus vier Männern, nur mit schwarzen Hosen bekleidet, spricht nicht nur, er singt auch, und er tanzt sogar.

Dabei gelingt es Gosch aber, den Gehalt der Mythe freizulegen. Er zeigt nicht etwa einen, der am Ende fürchterlich eine Schuld büßt, die er unwissentlich auf sich lud, sondern einen Hochmütigen, der die Macht des Verstandes überschätzte und, indem er verhängtes Geschick zu überlisten suchte, schuldig wurde.

Und doch hat die Inszenierung aus ihren formalen Entscheidungen nicht überall die richtigen Konsequenzen gezogen. Es gilt ja nicht nur zu sehen, daß bei maskierten Protagonisten deren mimische Mittel ausfallen. Wer seine Darsteller auf den Kothurn stellt, hätte auch wissen müssen, daß er äußere Handlung – im Sinne von „Action" – auf der Szene nicht entfesseln kann und alle Spannung allein aus der Sprache gewinnen muß.

Das versucht Gosch nicht. Mit Schwager Kreon, mit dem Seher Teiresias verwickelt er den König mehrfach in umständliches Gerangel. Alle müssen mehrfach zu Boden oder doch auf die Knie. Dieser Äußerlichkeit entspricht das maßlos viele Blut, mit dem Oedipus und sein Gewand am Ende bedeckt sind. Dabei hat der Regisseur durchaus einen Sinn für sprachliche Nuancen.

Es liegt wohl an den drei Hauptdarstellern, daß er auf Sprache nicht setzte. Zwar färbt Hans Christian Rudolph den Kreon stimmlich anders ein als den Teiresias und versieht den Korinther Boten mit einer sprecherischen Marotte – er kostümiert gleichsam auch die Stimme – er gewinnt den Versen aber nirgends einen spezifischen Klang ab. Elisabeth Schwarz – sie gibt die Iokaste, den Hirten aus den Bergen und die Magd – fällt gänzlich aus.

Wahrhaft beeindruckend an diesem Abend, über die allein physische Leistung hinaus: die geballte darstellerische Kraft von Ulrich Wildgruber in der Titelrolle – desselben, den Peter Zadek einst als stammelnden und grimassierenden Clown durch seine Monster-Inszenierungen jachtern ließ und mißbrauchte. In Köln ist Wildgruber in jedem Augenblick von einer schauspielerischen Intensität und einer sprachlichen Ausdrucksstärke, daß es scheinen will, es wandele sich unter deren Druck selbst die starre Maske. Dem galt nach fast vier Stunden der Jubel des Publikums.

KATHRIN BERGMANN

Apokalypse vorweggenommen: Lynne Littmans Film „Das letzte Testament"

An einem Tag wie jeder andere

Nur ein ferner Blitz am sommerlichen Himmel und ein dumpfes Grollen wie bei einem Hitzegewitter deuten darauf hin, daß etwas Furchtbares geschehen ist. Doch anders als im spektakulären amerikanischen Fernsehfilm „The Day after", der bei uns in den Kinos ein großer Erfolg wurde, taumeln keine halbverbrannten Gestalten durch die mit Autowracks überfüllten Straßen, ragen keine rauchenden Trümmer zum Himmel auf. Das Menetekel, das die junge amerikanische Regisseurin Lynne Littman in ihrem Film „Das letzte Testament" auf die Leinwand bannt, ähnelt einem Alptraum, aus dem man erwachen möchte und nicht kann. Lynne Littmans Mittel sind wesentlich subtiler als die in „The Day after", und die Angst, die einen befällt, ist weitaus lähmender.

Wie in „The Day after" geht es auch im „Letzten Testament" um einen Atomschlag, der die USA trifft, unvorbereitet, wie aus heiterem Himmel. Es ist ein Tag wie jeder andere im Leben der Familie Wetherley. Der Vater (William Devane) fährt auf Dienstreise nach San Francisco, seine Frau Carol (Jane Alexander) und die drei Kinder bleiben zu Hause und freuen sich schon auf das Wochenende mit dem Vater. Der aber kehrt nie mehr zurück. Doch kein Autounfall und kein Verbrechen tragen Schuld am Tod des Mannes, sondern die Atombombe, die innerhalb weniger Sekunden San Francisco dem Erdboden gleich macht. Seine Familie hört und sieht die Nachricht im heimatlichen Dorf einige hundert Kilometer entfernt noch kurz über den Bildschirm flimmern, dann bricht jede Verbindung mit der Außenwelt ab.

Und der Tod kommt unaufhaltsam näher, ähnlich jenen grauenhaften Seuchen im Mittelalter, denen ganze Völker zum Opfer fielen. Ein Baby, das plötzlich die Muttermilch verweigert, Nachbarn der Wetherleys, die über Übelkeit klagen und plötzlich verschwinden, ein Kreuz mehr auf dem ohnehin schon überfüllten Friedhof, ein Wind, der merkwürdig riecht. Das sind die immer deutlicher werdenden Boten der apokalyptischen Reiter, vor denen es kein Entrinnen mehr gibt. Doch nicht der Tod erfüllt Carol Wetherley mit Entsetzen, sondern fast ausschließlich der Gedanke, daß es keine Zukunft für ihre Kinder geben werde. Dieses beklemmende Gefühl, die Angst um die Kinder, beherrscht den Film, der unter die Haut geht, der einem den Atem raubt.

Lynne Littmans Film endet in Hoffnungslosigkeit. Hier wird Apokalypse vorweggenommen. „Ich habe meine eigenen Ängste verfilmt", sagte die Regisseurin. „Ich bin selbst Mutter zweier Kinder, und der Gedanke, daß es für meine Kinder kein Morgen mehr geben könnte, bedeutet für mich die Hölle auf Erden."

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Spezialteam des FBI für Los Angeles

hst. **Los Angeles**

Ein neues Anti-Terror-Team des FBI zeigte vor einigen Tagen in der National Academy der Bundespolizei in Quantico (US-Bundesstaat Virginia) einige Proben seines Könnens. Die 50 Mann starke Spezialeinheit wurde im September vergangenen Jahres aufgestellt. Sie soll dabei sein, wenn in ein paar Wochen die Nationalkonvente auch der Demokraten und der Republikaner ihre Präsidentschaftskandidaten küren. Wenigstens ein Teil soll bei der Weltausstellung in New Orleans, die im nächsten Monat beginnt, eingesetzt werden. Vor allem aber ist die Aufgabe der Truppe, die Olympischen Spiele in Los Angeles vor terroristischen Angriffen zu schützen.

Die Verantwortlichen hatten sich zu der nicht ganz unumstrittenen öffentlichen Vorstellung entschlossen in der Hoffnung, damit vielleicht schon potentielle Angreifer zu entmutigen. So gaben die FBI-Spezialagenten Teile ihre Repertoires zum Besten: Kombatschießen, Nahkampf, zentimetergenaue Sprengungen, da wurden Geiseln befreit und eine „besetzte" Bank gestürmt. Die Präzision und Effektivität bei der Generalprobe im Ausbildungslager beeindruckte alle Beobachter.

Eifersucht bei den anderen Behörden

FBI-Direktor William H. Webster erklärte, die Aufgabe des Teams sei es, im Ernstfall so viele Menschen zu retten, wie möglich. Die entsprechend „Hostage Rescue Team" (etwa Geisel-Rettungs-Mannschaft) genannte Einheit soll denn auch nur eingesetzt werden, wenn Verhandlungen und alle anderen gewaltfreien Mittel ausgeschöpft sind.

Solche Art verbaler Zurückhaltung resultiert offenbar aus gewissen föderalen Eifersüchteleien anderer Polizeibehörden, die deutlich wurden, als der Beschluß aus Washington, eine Anti-Terror-Einheit des Bundes zu organisieren, bekannt wurde. Neben der Spezialeinheit der Armee, dem „Delta Blue Light Team", das für die gescheiterte Befreiungs-Aktion der amerikanischen Geiseln in Iran verantwortlich war, unterhalten die einzelnen Bundesstaaten auch noch ihre SWAT-Teams. SWAT steht für „Special Weapons and Tactics".

Training bei den europäischen Teams

Das FBI-Team wurde nach europäischen Vorbildern aufgebaut und trainierte auch mit der britischen Spezialeinheit „Special Air Services" und der deutschen GSG 9. Neben diesem speziellen Training brachten die US-Agenten auch einen Teil ihrer Ausrüstung aus Europa mit. So sind sie mit der Neun-Millimeter Maschinenpistole von Heckler & Koch und Infrarot-Nachtgläsern ausgerüstet.

Seine 48 Männer und eine Frau, so versicherte Team-Chef Coulson, sind allesamt erfahrene FBI-Agenten. Nur etwa die Hälfte ihres Dienstes würden sie beim Training für ihren Spezial-Job verbringen, ansonsten seien sie in den normalen Agenten-Einsatz eingebunden. Seine Kollegin, so Coulson, werde allerdings nicht bei Befreiungs-Aktionen eingesetzt – „wegen der physischen Erfordernisse". Alle seien jedoch einem harten Auswahlverfahren unterworfen worden, bei dem es vor allem auf persönliche Reife, körperliche Fitneß, Behendigkeit und Flexibilität angekommen sei.

Nach dem Startschuß lieferte Growian mehr Pannen als Strom

Alternative Ernergiegewinnung im Kaiser-Wilhelm-Koog noch nicht ohne Probleme

DIETER F. HERTEL, **Hamburg**

Die Windenergie – jahrhundertelang haben die Menschen sie sich hauptsächlich mit Hilfe ihrer Mühlen zunutze gemacht. Die Windmühlen mahlten nicht nur das Getreide, die Küstenbewohner setzten sie auch zur Neulandgewinnung ein. Die gemächlich drehenden Flügel der Windmühlen bestimmten in weitem Umkreis das Landschaftsbild.

Doch der Wind weht, wann und wie er will. Sein „Verfügungsgrad", um das moderne Wort zu gebrauchen, ist schwankend. Als elektrischer Strom ausreichend und zu günstigen Preisen zur Verfügung stand, schalteten Müller und Koogbauern ihre Windmühlen ab. Sie legten sich Elektromotoren zu, und ihre Mühlen und Pumpen arbeiteten zuverlässig Tag und Nacht, bei Windstille wie bei Orkan.

Doch auch diese Situation änderte sich. Als die Ölpreise in die Höhe gingen und Vorbehalte gegen die Kernenergie laut wurden, besann sich so mancher wieder auf die kostenlose Energiequelle Wind.

Mit den altmodischen Windmühlen ist es heutzutage freilich nicht mehr getan. Wenn schon Windenergie, dann muß sie hochtechnologisch verpackt präsentiert werden. Und so entstand das Projekt Growian. Dahinter verbirgt sich die Große Windenergie-Anlage, die im Kaiser-Wilhelm-Koog an der schleswig-holsteinischen Westküste in zwei Jahren errichtet wurde.

Rund 90 Millionen Mark, zum Großteil aus Bundesmitteln, kostete die Anlage, die auf den ersten Blick eher einem aufgespießten Düsenflugzeug ähnelt als einer herkömmlichen Windmühle. Ein 96,6 Meter hoher Turm von nur 3,5 Meter Durchmesser trägt an seiner Spitze eine Gondel, an deren Ende sich zwei Flügelblätter von je 50,2 Meter Länge drehen. Sie treiben einen Generator an, der maximal drei Megawatt leisten kann. Ein Spezialrechner sorgt dafür, daß sich der Riesenpropeller abschaltet, wenn die Windgeschwindigkeit 24 Meter/Sekunde überschreitet. Sinkt sie unter 6,3 Meter pro Sekunde ab, bleibt die Apparatur ebenfalls stehen.

Das alles aber ist bisher weitgehend Theorie. Denn: Kurz nach dem offiziellen Startschuß für Growian lief das Pendeldämpferlager heiß. Die Anlage schaltete automatisch ab. Das Lager, ein Koloß von vier Tonnen Gewicht und 3,5 Meter Durchmesser, hatte seine zulässige Höchsttemperatur von 60 Grad überschritten. Die Kugeln des Lagers, die sich bis zu tausendmal pro Minute drehen, wurden zu heiß, die Kühlung reichte nicht aus.

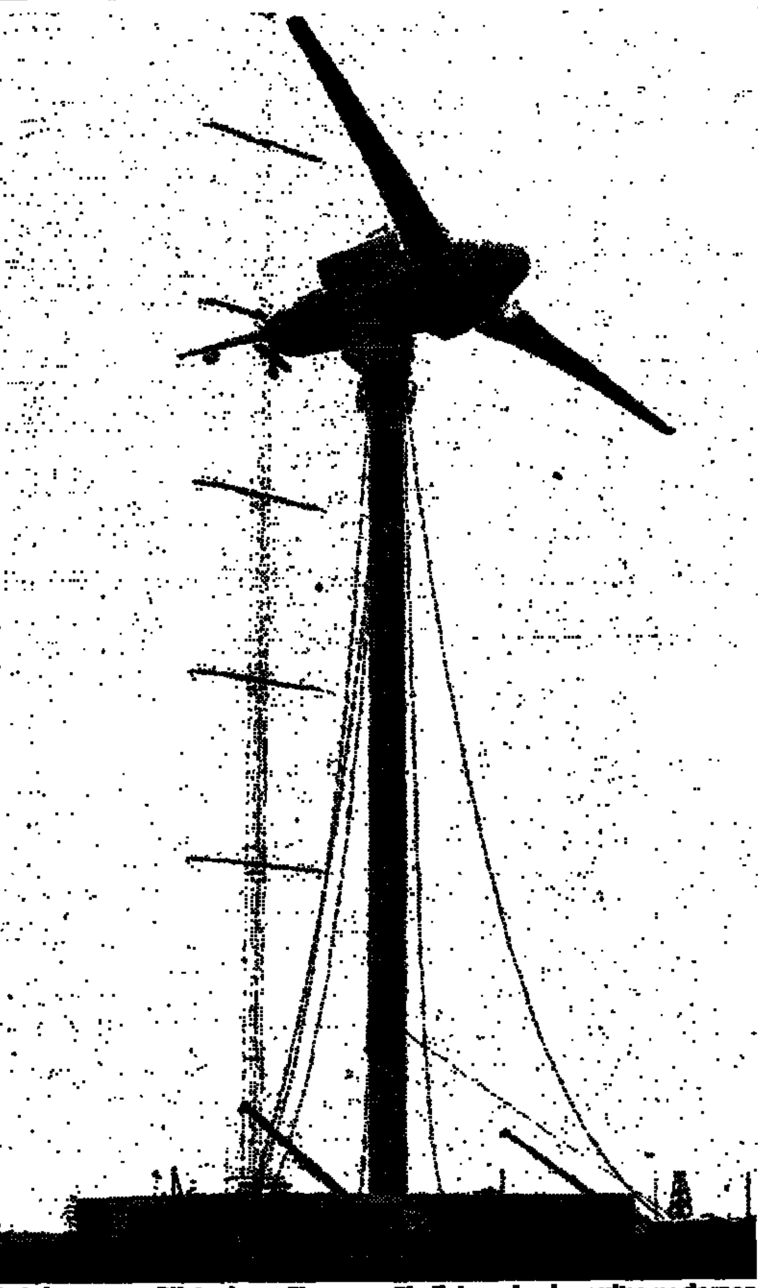
In mühsamer Feinarbeit wurde der Durchmesser der Kugeln von 60 auf 59,7 Millimeter verringert, um den Rollwiderstand zu verkleinern. Zusätzliche Kühlrippen sorgen für eine bessere Wärmeableitung. Kaum war das Lager nachgebessert, kam es zur nächsten Panne: Die Rotorblätter zeigten Risse. Die Reparatur war zeitraubend. Sie wurde in 50 bis 70 Meter Höhe von einem Montagekorb aus durchgezogen. Die Risse wurden fachgerecht verklebt und zusätzlich verschraubt.

Am 24. Februar war es endlich soweit. Growian lief an und lieferte den ersten Strom. Inzwischen steht das Ding wieder. Jetzt wird untersucht, ob die Anlage diesen ersten Lastprobelauf gut überstanden hat. Dieser Tage soll nun ein sechswöchiger Probebetrieb beginnen.

Der pannenreiche Auftakt des Growian-Programms hat mißtrauische Alternative dazu veranlaßt, den Erbauern der Anlage zu unterstellen, sie suchten nur ein Alibi für ihr Festhalten an der Kernenergie. Warum, so die immer wieder gestellte Frage, muß es denn gleich ein Windkraftriese sein, mit allen Risiken einer unerprobten Großtechnik?

Doch daß der Alibi-Vorwurf unberechtigt ist, zeigt sich wenige Kilometer vom Kaiser-Wilhelm-Koog entfernt. Auf der Insel Pellworm im nordfriesischen Wattenmeer wurden schon 1979 elf kleine Windenergieanlagen aufgebaut. Acht davon sind bereits ausgefallen, eine arbeitet nach längerem Stillstand jetzt wieder. Nur zwei laufen fehlerfrei, eine davon stammt vom Growian-Erbauer MAN.

Falls Growian in Zukunft störungsfrei läuft, soll die Anlage alljährlich rund zwölf Millionen Kilowattstunden liefern. Das würde 4000 Haushalte mit Strom versorgen – oder 250 Einfamilienhäuser mit Strom und Heizenergie. In einem Ölkraftwerk würden dafür rund 3,5 Millionen Liter Heizöl verbrannt.



Auf den ersten Blick einem Flugzeug ähnlicher als einer ultramodernen Windmühle: der 96,6 Meter hohe Growian im Kaiser-Wilhelm-Koog. FOTO: DPA

Der Bocksbeutel ist nicht mehr geschützt

lz. **München**

Der Schutz des fränkischen Bocksbeutels ist mit den Verträgen der Europäischen Gemeinschaft nicht vereinbar und damit unzulässig, verkündete gestern der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Paragraph 17 der deutschen Wein-Verordnung, wonach in den bauchig-runden Flaschen auf dem deutschen Markt allein Qualitätsweine aus Franken und aus einigen angrenzenden Anbaugebieten angeboten werden dürfen, muß nach dem gestrigen Urteil geändert werden.

Seit Jahren bemühen sich die EG-Staaten vergeblich, im Bocksbeutel-Streit eine einvernehmliche Lösung zu finden. Durch einen Weinhändler war der Zwist nun vor den Europäischen Gerichtshof gekommen: Der Mann hatte in der Bundesrepublik Deutschland Rotwein aus Südtirol in einer dem Bocksbeutel ähnlichen Flasche verkauft und sich darauf berufen, diese Flaschenform werde im italienischen Anbaugebiet seit mehr als hundert Jahren verwendet (WELT vom 13. 3.).

Das Amtsgericht sprach ihn deshalb frei, die Staatsanwaltschaft ging jedoch in die Berufung und das Münchner Landgericht legte den Fall den Europarichtern zur Prüfung vor. Nach dem Luxemburger Spruch muß der Händler jetzt auch in zweiter Instanz freigesprochen werden.

An einer Einschränkung hielt der Europäische Gerichtshof jedoch fest: In den Bocksbeutel dürfen nur dann Weine abgefüllt werden, wenn diese Flaschenform im Anbaugebiet „herkömmlicher Übung" entspricht.

Lehrer erschossen

AFP, **Castres**

Ein 15jähriger Oberschüler hat gestern vormittag in der katholischen Privatschule von Castres in Südfrankreich seinen Spanischlehrer erschossen und anschließend Selbstmord begangen.

Geldbußen-Urteil

dpa, **Karlsruhe**

Geldbußen wegen Ordnungswidrigkeiten, die unter 80 Mark bleiben und daher nicht in das Flensburger Verkehrszentralregister eingetragen werden, stellen in aller Regel keinen Nachteil im Sinne des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes (BVerfGG) dar. Bürger müssen daher künftig damit rechnen, daß eine gegen die Geldbuße gerichtete Verfassungsbeschwerde keinen Erfolg hat. Das entschied jetzt in Karlsruhe das Bundesverfassungsgericht. (AZ.: 2 BvR 1244/83)

Anschlag auf Bahn

dpa, **Frankfurt**

Auf einen mit Neuwagen beladenen Autotransportzug der Bundesbahn ist in der Nacht zu Dienstag in Frankfurt-Bonames ein Brandanschlag verübt worden. Dazu hatten Unbekannte eine Bundesbahnsignalanlage außer Betrieb gesetzt, so daß der Transport zu längerem Halt gezwungen war. Zwei Autos brannten aus, neun wurden beschädigt.

Panda-Spende

dpa, **Tokio**

Die japanische Regierung will China umgerechnet rund 500 000 Mark zur Rettung der vom Aussterben bedrohten Pandabären zur Verfügung stellen. Mit dem Betrag soll eine von Peking geplante Sofortstudie über die natürlichen Lebensbedingungen dieser Tiere finanziert werden.

Nach 60 Tagen frei

dpa, **Cuneo**

Die achtjährige Federica Isoardi, die vor 60 Tagen in Cuneo in Norditalien entführt worden war, ist gestern freigelassen worden. Die Eltern zahlten angeblich fünf Millionen Mark Lösegeld.

Geiseldrama in Schule

AP, **Rom**

Ein bewaffneter Mann drang gestern vormittag in eine Oberschule in Rom ein, erschoß einen Hausmeister und nahm einen Lehrer mit 15 Schülern als Geiseln. Am Nachmittag konnte der offenbar geistesgestörte Mann zur Aufgabe überredet werden. Der 40jährige hatte immer wieder gerufen: „Ich will Arbeit."

Kurz vor dem Konzert kamen die Carabinieri

Italienischer Popstar als Camorra-Mann verhaftet

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Die Affäre um den vor neun Monaten verhafteten Showmaster Enzo Tortora zieht immer weitere Kreise. Der besonders beliebte und populäre italienische Fernsehstar landete im Untersuchungsgefängnis, weil ihm die Zugehörigkeit zur neapolitanischen Gangster-Organisation Camorra vorgeworfen wird. Seine Lage hat sich dieser Tage, nachdem er zwei geständigen Camorristen gegenübergestellt wurde, eher verschlechtert.

Gleichzeitig werden jetzt aber weitere Prominente des italienischen Show-Business in den Strudel mit hineingezogen. Ihre Namen wurden, mit einer Ausnahme, noch nicht genannt. Diese Ausnahme heißt Franco Califano. Er ist ein bekannter Schlagersänger und sitzt seit gestern hinter schwedischen Gardinen. Er wird wie Tortora beschuldigt, für die Camorra gearbeitet zu haben und vor allem am Drogenhandel beteiligt gewesen zu sein. Verhaftet wurde er unter spektakulären Umständen. Die Polizei kam kurz vor Beginn seines Konzerts im ausverkauften römischen Parioli-Theater. Den empörten Zuschauern wurde ihr Eintrittsgeld zurückerstattet.

Sitzt hinter Gittern: Popstar Franco Califano. FOTO: DIE WELT

Califano, der durch seine engagierten Hits aus dem Verbrechermilieu in Italien viele Fans hat, war schon 1972 einmal mit der Justiz in Konflikt geraten. Damals hatte man in seiner Wohnung Kokain gefunden – angeblich für den persönlichen Gebrauch. Er kam mit zwei Jahren, neun Monaten Gefängnis auf Bewährung davon. Die ersten Gossen-Songs schrieb und komponierte er während der Untersuchungshaft. Califano bestritt nie seine Vorliebe für Haschisch und Marihuana, leugnete jedoch nachdrücklich den Konsum von Kokain und Heroin. Jetzt wird ihm aufgrund mehrerer Zeugenaussagen vorgeworfen, für die Camorra beim Handel mit schweren Drogen mitgemischt und mitverdient zu haben.

Wichtigster Belastungszeuge gegen Enzo Tortora, Franco Califano und vermutlich noch andere prominente Sänger, Film- und Fernsehstars ist Gianni Meluso, genannt „Der Schöne", ein Camorrist, der eine wichtige Rolle zwischen den beiden neapolitanischen Camorra-Gangs spielte. Die Camorra-Chefs Raffaele Cutolo und Franco Turatello – erst verfeindet und jetzt verbündet – vertrauten ihm die Kontakte zum italienischen Künstlermilieu an. Meluso, der schon seit einiger Zeit sitzt, packte vor dem Untersuchungsrichter aus. Er machte präzise Angaben über die Form der Drogenübergabe an Tortora und belegte seine Enthüllungen mit einem ganzen Fotoalbum, in dem Turatello zusammen mit Künstlern abgebildet ist. Das belastende Foto, das Tortora mit dem Camorra-Boß zeigt, ist allerdings nicht mehr an seinem Platz. Jetzt muß die Polizei auch noch nach dem Foto fahnden.

LEUTE HEUTE

Keine TV-Hinrichtung

Die Strafvollzugsbehörde des US-Bundesstaates Texas hat es abgelehnt, die Hinrichtung eines Mörders vom Fernsehen übertragen zu lassen. **James David Autry** (29) soll heute vor Sonnenaufgang durch eine tödliche Injektion hingerichtet werden. Er wurde für schuldig befunden, im Jahre 1980 eine Mutter von fünf Kindern umgebracht zu haben.

Ende einer Ehe

Zwei Jahre und 24 Tage nach der Trauung am Valentinstag 1982, dem Tag der Liebenden, ist **Charlene Tilton** (25) wieder von dem Country-Sänger **Johnny Lee** (37) geschieden.



Nach viel Prügel in den letzten Jahren brauchte sich die 1,50 Meter kleine Schauspielerin jetzt vor Gericht nicht mehr mit ihm zu streiten. Die Rechtsanwälte hatten sich geeinigt: Charlene behält das Haus in Hollywood und die 19 Monate alte Tochter **Cherish**.

Prinz tritt aus

Prinz **Philip** ist aus dem New Yorker „Explorers' Club" ausgetreten, weil er mit Entsetzen vernahm, daß bei dem jährlichen Bankett des Forscherklubs Nilpferdsteaks und Löwenfleisch gereicht wurden. Der Mann der britischen Königin ist Präsident des World Wildlife Fund, einer Vereinigung zum Schutz von Wildtieren.

Flammender Protest ließ Drähte heißlaufen

Fernsehauftritt von Serge Gainsbourg empört Franzosen

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Ein 500-Franc-Schein ist der größte Geldschein, den Frankreich kennt. Und auch wenn er jährlich etwa zehn Prozent seines Wertes verliert und in Mark umgerechnet nur noch ein Drittel seines Nennwertes besitzt, so hat das Zahlungsmittel doch Prestige. Das blaßgelbe dünne Papier mit der Totenmaske des Physikers Blaise Pascal ist ein Symbol für Reichtum und Wohlstand, das sich nicht jeder in die Tasche stecken kann und das rund drei Millionen Franzosen, die den gesetzlichen Mindestlohn von 3600 Franc im Monat beziehen, oder die 2,5 Millionen Arbeitslosen, die mit der Hälfte davon auskommen müssen, wahrscheinlich nicht oft zu Gesicht bekommen.

Wenn nun einer hingeht und vor den Fernsehkameras einen solchen Schein aus der Tasche zieht und ihn seelenruhig mit dem Feuerzeug in Brand steckt, dann ist das ein Skandal in einem Land, das in einer tiefen wirtschaftlichen Krise steckt, und wird von Millionen Menschen als Beleidigung empfunden.

Genau das hat Serge Gainsbourg in der populären Abendsendung „Sieben auf sieben" im ersten Kanal getan. Der Sänger, Filmschauspieler und Gesellschaftskritiker wollte damit drastisch erläutern, wieviel ihm der Fiskus von seinem Einkommmen wegsteuert, nämlich drei Viertel, was er damit demonstrierte, daß er das zuckende Flämmchen kurz vor dem Totalverzehr der Materie ausblies und den verbleibenden Papierschnitzel als Symbol des ihm verbleibenden Lebensunterhalts in der Runde herumzeigte.

So weit, so gut. Gainsbourg hat schon andere Reizschwellen seiner Landsleute behenden Schrittes passiert. So zeigte er pornographische Filme, die eher Übelkeit als Wollust hervorrufen, und unter seinen Reggae-Songs, die er wie warme Semmeln komponiert, ist eine verhohnepipelte „Marseillaise", die ihm einen Rechtsstreit mit dem Gaullisten Michel Droit, einem ehemaligen Fernsehdirektor, einbrachte. Gainsbourgs Ruf als „Enfant terrible" ist solide etabliert. Und der Sproß aus einem berühmten jüdischen Künstler- und Bankiershaus zementiert ihn noch, indem er stets unrasiert und in Lumpen gekleidet herumläuft.

Seine krankhafte Sucht, „anders" zu sein, hat ihm diesmal allerdings einen Streich gespielt. Die Empörung des Fernsehpublikums war unerwartet heftig. In der Nacht und auch am Tage danach hagelte es telefonische Proteste. „Noch nie haben wir eine solch spontane Reaktion auf eine Sendung gehabt", erklärte Eric Gilbert, der Produzent der Sendung. Leute in der Provinz wollten sogar gesehen haben, daß Gainsbourg nicht einen, sondern vier 500-Franc-Scheine verbrannte. Das allerdings wurde vom Sender dementiert.



Machte seinem Ruf alle Ehre: Serge Gainsbourg. FOTO: v. ESTORFF

WETTER: Heiter und trocken

Wetterlage: An der Südflanke eines kräftigen und umfangreichen Hochdruckgebietes über Nordeuropa wird weiterhin verhältnismäßig kalte Festlandsluft nach Deutschland geführt.

Vorhersage für Mittwoch:

Gesamtes Bundesgebiet und Berlin: Nach Auflösung einzelner Nebelfelder meist heiter, zeitweise auch wolkig und durchweg niederschlagsfrei. Nachmittagstemperaturen 4 bis 8 Grad, im Südwesten bis 10 Grad. Nachts klar und Abkühlung auf minus 1 bis minus 6 Grad, in Bayern örtlich bis minus 10 Grad Celsius.

Weitere Aussichten:

Andauer des ruhigen Hochdruckwetters.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	6°	Kairo	20°
Bonn	5°	Kopenh.	–
Dresden	4°	Las Palmas	19°
Essen	3°	London	3°
Frankfurt	5°	Madrid	3°
Hamburg	5°	Mailand	8°
List/Sylt	2°	Mallorca	11°
München	1°	Moskau	1°
Stuttgart	3°	Nizza	12°
Algier	16°	Oslo	1°
Amsterdam	3°	Paris	6°
Athen	10°	Prag	2°
Barcelona	8°	Rom	8°
Brüssel	2°	Stockholm	–2°
Budapest	8°	Tel Aviv	17°
Bukarest	3°	Tunis	13°
Helsinki	2°	Wien	3°
Istanbul	2°	Zürich	3°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.36 Uhr, Untergang: 18.27 Uhr; Mondaufgang: 15.36 Uhr, Untergang: 6.16 Uhr.

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Wie lange kann sich die Ostsee noch selber helfen?

Für viele Wissenschaftler ist es schon „Fünf vor zwölf" / Schutzkommission feiert ihr zehnjähriges Bestehen

R. GATERMANN, **Stockholm**

Es ist heute kein wissenschaftliches Problem mehr, die Ostsee vor ihrem biologischen Tod zu bewahren, sondern allein ein wirtschaftlich politisches. Vor zehn Jahren bildeten in Helsinki die sieben Anrainerstaaten die Kommission zum biologischen Schutz der Ostsee und ihre Arbeit zeigt inzwischen erste Früchte.

In der finnischen Hauptstadt feiert die Kommission in diesen Tagen ihr zehnjähriges Bestehen. Sie verweist darauf, daß die damals größte Gefahr für die Ostsee, die Belastung durch Schwermetalle, DDT und PCB durch gemeinsame Anstrengungen aller Anrainerstaaten weitgehend gebannt worden ist und die meisten Industrie- und Haushaltsabfälle nun mehr oder weniger gereinigt in das größte Brackwassermeer der Welt strömen. Auch die Schiffahrt hat strikte Auflagen, Abfall nicht ins Meer zu schütten. Aufgrund einer besseren Überwachung der Öltransporte, sei auch die Zahl der Unglücke erheblich zurückgegangen. Trotz allem sind die Wissenschaftler noch nicht überzeugt, daß sich die Ostsee wirklich auf dem Wege der Besserung befindet.

In den sechziger Jahren wurden auf dem Meeresboden die ersten biologisch toten Löcher festgestellt. Von den 365 000 Quadratkilometern Ostsee zeigen heute rund 100 000 kaum noch biologisches Leben. Zwar konnten Seeadler und Robben vor der Ausrottung bewahrt werden, aber wegen der übermäßigen Konzentration von Schwermetallen darf in Dänemark und Schweden keine Leber vom Ostseekabeljau und anderen Fischen verkauft werden. Paradoxerweise sorgt die weitere Verschmutzung zumindest vorübergehend für eine kräftig steigende Fischproduktion. Selten hat es in der Ostsee so viel Hering und Kabeljau wie jetzt gegeben. Aber bald wird der Nachwuchs ausbleiben. Früher DDT, PCB und Schwermetalle, heute Phosphor und Stickstoff, dies sind die Totengräber der Ostsee.

Nach schwedishen Berechnungen hat sich in den vergangenen 20 Jahren der Phosphor- und Stickstofffluß in die Ostsee verdoppelt. Zu den jährlich 80 &000 Tonnen Phosphor kommen mit den Flüssen 700 000 Tonnen Stickstoff, weitere 200 000 bis 400 000 Tonnen fallen aus der Atmosphäre herab, und schließlich produzieren die blau-grünen Algen, die sich wiederum vom Phosphor ernähren, zusätzlich 100 000 Tonnen. Während der Phosphorgehalt durch den Bau von Kläranlagen weiter eingeschränkt werden kann, gibt es bisher nur eine wirksame Methode im Kampf gegen den Stickstoff: die radikale Verringerung des Kunstdüngereinsatzes in der Landwirtschaft. Angesichts der hiermit verbundenen wirtschaftlichen Interessen sind die Forscher auf diesem Gebiet skeptisch.

Phosphor und Stickstoff fördern die Planktonproduktion, Hauptnahrungsquelle des Herings, von dem wiederum der Kabeljau abhängig ist. Die beiden Chemikalien zerstören jedoch gleichzeitig die Meeresflora und -fauna. Davon betroffen ist nicht zuletzt der Hering, dessen Laichplätze verschwinden. Hinzu kommt der immer langsamer werdende aber lebensnotwendige Wasseraustausch zwischen Nord- und Ostsee. Das mit den Herbststürmen in die Ostsee kommende sauerstoff- und salzhaltige Nordseewasser muß gegen eine immer größer werdende Menge verseuchten Wassers ankämpfen und reicht nicht mehr, um es auf einem lebenskräftigen Niveau zu halten. Allerdings vollzieht sich die Rekolonialisierung des wüstenartigen Meeresbodens nach der Zufuhr von sauerstoffhaltigem Nordseewasser schneller als man bisher dachte.

Bevor jedoch die Menschen in der Lage sind, politische und wirtschaftliche Maßnahmen zur Reaktivierung und Gesundung der Ostsee zu ergreifen, hilft sich die Natur noch selbst. In den halbtoten Bereichen leben weiterhin Bakterien, die ohne Sauerstoff auskommen und den Stickstoff zerstören. Dies ist nach Auffassung einiger Forscher wahrscheinlich der Grund dafür, daß die Ostsee noch nicht „total umgekippt" ist und den Menschen noch immer eine Chance bleibt, deren Verwandlung in ein totes Meer zu verhindern.

ZU GUTER LETZT

„Es wird aber an mindestens einem Patienten geprüft, der im Wahlfach Gynäkologie eine Patientin sein soll." Aus „Hinweise zur Durchführung des mündlichen Teils des Dritten Abschnittes der Ärztlichen Prüfung" des Landesprüfungsamtes für Medizin und Pharmazie, Hamburg.